

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 70 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 90 Pfg., bei Selbstabholung 80 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,40 Mk., für 1 Monat 80 Pfg. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13698.

Anzerate kosten die 7spaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Platzvorschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist 4.— Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Teilaufgabe 4,50 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Anzeraten für die fällige Nummer früh 9 Uhr.

Fernsprecher: 2721. Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Anzeraten-Aufnahme: Leipzig, Tauchaer Straße 10/21. Fernsprecher: 2721.

Tageskalender.

Die Leipziger Schneidermeister haben die Aussperrung der Schneider in Leipzig für Sonnabend, den 9. März, beschlossen.

Die Wehrorlagen sind dem Bundesrat zugegangen, die Deckungsfrage ist noch ungeklärt.

Die deutsche Regierung erklärt, daß sie keine Truppen nach China senden wird.

Die österreichische Regierung hat wegen der Demission des ungarischen Kabinetts, die Wehrorlage zurückgezogen und ein Provisorium eingebracht.

Dem Schweizer Nationalrat wird eine Forderung für Rüstungen in Höhe von 15 Millionen Franken vorgelegt werden.

Wahlrechtsjahren.

Leipzig, 7. März.

Der Kampf der sozialdemokratischen Arbeiterchaft um ein freies Wahlrecht, der die herrschenden Klassen in Deutschland seit fast einem Jahrzehnt in Atem hält, ist durch die Reichstagswahlbewegung etwas in den Hintergrund gedrängt worden. Ist auch die Beschaffenheit der einzelstaatlichen Wahlrechte von bestimmendem Einfluß für die Politik des Reiches, wie zuletzt erst wieder die politischen Vorgänge in Bayern gezeigt haben, so standen doch diesmal nicht die Fragen des Wahlrechts, sondern die des Imperialismus und der Wirtschaftspolitik im Vordergrund des Reichstagswahlkampfes. Es bedurfte eines neuen kräftigen Impulses, um der Wahlrechtsfrage wieder den bevorzugten Platz unter den Aufgaben des Proletariats zu geben, der ihrer Bedeutung gebührt, und um die Massen der Wahlrechtskämpfer wieder in Fluß zu bringen.

Dieser Impuls ist am Dienstag durch die Verhandlungen über den Wahlrechtsantrag unserer Genossen im sächsischen Landtag gegeben worden. Wie die Wahlrechtsbewegung in den deutschen Bundesstaaten im Jahre 1905 durch die glänzenden Wahlrechtsdemonstrationen des sächsischen Proletariats einen kräftigen Anstoß erhielt, so bedeutet der jetzige Vorstoß der sächsischen Sozialdemokratie den ersten energiegelassenen Aufbruch für den Wiederaufmarsch der Arbeiterbataillone, der hoffentlich im ganzen Reiche ein lebhaftes Echo wecken wird. Satten die bürgerlichen Parteien im vorigen Landtag es fertig gebracht, den sozialdemokratischen Wahlrechtsantrag, mit dessen sofortiger Einbringung unsere Genossen ihre parlamentarische Tätigkeit im neugebildeten Vierklassenlandtag begannen, unter den Tisch verschwinden zu lassen, so blieb ihnen diesmal die klare und eindeutige Stellungnahme nicht

erzielt, so sauer ihnen das auch geworden sein mag. Und dieser Zwang der bürgerlichen Parteien zur Aufdeckung ihrer Karten bedeutet allein schon für die Sozialdemokratie einen großen Gewinn, so wenig die Verhandlungen selbst auch, um im landläufigen bürgerlichen Jargon zu sprechen, einen „positiven Erfolg“ brachten. Die Sozialdemokratie hat nie auf dem Standpunkt gestanden, die Parlamentaristik ausschließlich unter dem Gesichtswinkel sogenannter positiver Arbeit zu bewerten. Wenn sie das ablehnte und ihre Wählerchaft immer und immer wieder auf den Klassencharakter der bürgerlichen Gesellschaft aufmerksam machte, deren ausführendes Organ das Parlament ist, so bewahrte sie das Proletariat vor Illusionen, die seinem Emanzipationskampfe nur schädlich sein können. So kann auch der „negative“ Ausgang der Wahlrechtsdebatten im sächsischen Landtag, weit entfernt, die organisierte Arbeiterschaft zu enttäuschen, ihren Kampfesifer nur von neuem entflammen und das Proletariat zu verdoppelten Kraftanstrengungen im Kampfe um die volle staatsbürgerliche Gleichberechtigung ermuntern. Die Verhandlungen haben unserm Agitationsmaterial manch neue, brauchbare und schneidige Waffe zugeführt, und wenn sie sonst kein andres Ergebnis gezeitigt haben würden, so würde die Tatsache allein schon das Einbringen des Antrags lohnen.

Jede selbständige und energisch geführte politische Aktion des Proletariats zieht mit mathematischer Sicherheit den Zusammenschluß der verschiedenen bürgerlichen Interessengruppen zu gemeinsamer Abwehr nach sich. An dieser Binsen-erfahrung vermag auch die Erkenntnis nichts zu ändern, daß hier und da die Führer dieser oder jener Gruppe sich zu einem vorübergehenden Bündnis mit der organisierten Klassenpartei des Proletariats bereit zeigen. Die Bereitwilligkeit der Führer wird letzten Endes immer wieder von den Massen ihrer Gefolgsleute korrigiert, die entschlossen das Steuer selbst in die Hand nehmen, wenn jene zu versagen scheinen. Das schließt natürlich nicht aus, daß die „eine reaktionäre Masse“, die bei solchen Anlässen dem Proletariat gegenübersteht, in sich selbst wieder zerklüftet ist und, bei aller Uebereinstimmung des Fieles im einzelnen Falle, in ihren Beweggründen und Grundanschauungen weit auseinandergeht. Dieses Bild bot sich auch bei der Behandlung des sozialdemokratischen Wahlrechtsantrags in der „Volkskammer“ des sächsischen Landtages. Als unser erster Redner, Genosse *Fischer*, zu seiner großzügigen Begründungsrede ansetzte, verließen die Minister mit ihrem Troß von Geheimgästen fluchtartig den Saal, den sie auch während der dann folgenden Debatten nicht wieder betreten. Mit diesem demonstrativen Abmarsch wollten die Regierungsbureaucraten kund tun, daß für sie die sozialdemokratische Forderung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger beiderlei Geschlechts undiskutabel ist. Sie bekundeten damit aber nur wider Willen, daß die

Regierung der Bismarck, Sadowitz und Genossen nur die Regierung einer kleinen Minderheit des sächsischen Volkes ist, die, eingesetzt von einer dem Volke nicht verantwortlichen Stelle, die Klasseninteressen dieser Minderheit vertritt. So gestattete sich der Abmarsch der regierenden Bureaucratie zu einem Affront gegen die große Mehrheit des sächsischen Volkes, als deren Wortführerin die Sozialdemokratie mit ihrem Antrag auftrat.

Die bewußte Mißachtung, ja Verhöhnung des Volkswillens, kam nicht minder auch in dem Verhalten der bürgerlichen Parteien zum Ausdruck. Die klüglichere Rolle spielten wie immer, so auch hier die liberalen Parteien. Daß die Konservativen jeder Erweiterung der Volksrechte feindlich gegenüberstehen, bedarf kaum einer besonderen Betonung. Aber diese Schwärmer für Volksnebelung und Ausnahmegeetze haben wenigstens den Mut, aus ihrer wahren Gefinnung keinerlei Hehl zu machen. Ihr Wortführer Schmidt, ein Typus des feisten Agrariers, der vor drei Jahren zusammen mit dem jetzigen Ministerialdirektor Heintz die berüchtigte Wahlkreiseinteilung auskostete, erklärte gleich am Eingang seiner Rede, seine Partei stehe dem Antrag scharf ablehnend gegenüber, da dieser das gerade Gegenteil von dem wolle, was die konservative Partei erstrebe. Und dann entwickelte der Herr seine eigene Theorie für eine „Reform“ des Wahlrechts. Die Sozialdemokratie, so meinte dieser Geistesverwandte des Junkers Jordan u. Kröcher, dürfe wegen ihres antimonarchistischen Standpunktes überhaupt nicht zur Gesetzgebungsarbeit herangezogen werden. Das jetzige Pluralwahlrecht erhalte ganz ungenügende Rauteln gegen eine Ueberflutung des Parlaments mit Sozialdemokraten, und es sei nicht ausgeschlossen, daß bei einer späteren Wahl ein Drittel der Sitze der äußersten Linken zufalle, womit dann eine Verfassungsänderung „im staatsverhaltenden Sinne“ unumgänglich geworden sei. Herr Schmidt und seine Freunde würden es deshalb am liebsten sehen, wenn möglichst umgehend eine noch weitere Verschlechterung des Wahlrechts erfolgte.

Waren diese Ausführungen auch brutal, so waren sie doch ehrlich, ein Kompliment, das man den liberalen Rednern nicht machen kann. Dem freisinnigen Heros Günther ging der Antrag viel zu weit; er konnte sich allenfalls — in der Theorie wenigstens — für das Reichstagswahlrecht begeistern. Und die weil der große Vortheil merken mochte, daß er mit dieser Rückwärtskonzentrierung des Fortschritts hinter das Programm der Liberalen von 1848, die damals, wie Genosse Fischer nachgewiesen hatte, zum guten Teil dieselben Forderungen erhoben hatten, wie sie in dem sozialdemokratischen Antrag niedergelegt sind, ingenierte er nach bewährter Methode eine große Schimpfpanonade gegen die Sozialdemokratie. Womöglich noch jämmerlicher aber benahm sich der nationalliberale Herr *Rijshke*. Er zerkerte mit hochrotem Kopfe gegen die Sozialdemokratie, die 1895

Feuilleton.

Die Kinder des Jorns.

Eine Gesindegeschichte von *Jeppe Møller*.
Autorisierte Uebersetzung von *Erich Solm*.

18) (Nachdruck verboten.)

Schulpflichtig.

„Soll der Junge heute wieder nicht in die Schule gehen?“ frag Ann-Kjæst in eines Morgens beim Frühstück, als Per schon den zweiten Monat keine Schule gesehen hatte.

„Ich begreife nicht, wo du hindenkst!“ erwiderte Bertel mit einem zornigen Blick und zog seinen Hornlöffel aus dem Mund, daß er förmlich zwischen den Zähnen knirschte.

„Kann man ihn heute entbehren, wo man die Knechte auf der Heide hat und keins daheim ist, nach was zu schauen?“ Dir ist aber auch, zum Teufel, ganz gleich, ob was getan wird auf dem Hof oder nicht, wenn nur für deine „Einsiedelgläser und Vorräte gesorgt ist.“

„Ach, du brauchst nicht gleich aufzubegehren,“ gab Ann-Kjæst zurück. „Mir liegt viel dran, ob der Jung in die Schul kommt oder nicht!‘ s ist nur, weil der neue Meßner so streng mit den Geldbußen ist, du weißt es ja ohnehin.“

„Das ist mir eine saubere Ware, diese Meßner, die eins jetziger Zeit herkringt, machen sich so wichtig, oh je, so pafzig und wichtig!“ meinte Bertel, aufgebracht auf der Bank hin und her rüddend.

„Ja, da läßt sich weiter nichts sagen, wenn eins dem nachgeht, wies ihm obliegt.“

„Na, so soll er meinetwegen Bußen einheben, der Sauerkerl! Da tu ich noch lieber — in Gottes Namen — etliche Kronen an Bußen hinlegen, wenn man dann den Burtschen

daheim behalten kann, so daß man doch so was wie einen Ruhen aus ihm herausschlägt.“

„Ja, aber,“ fuhr Ann-Kjæst fort und setzte etliche Brotkrumen in die hohle Hand, „s heißt nur, daß sie so unsinnig hoch sind, die Geldstrafen, die er auferlegt, gar so richtig; eine ganze Krone jedesmal — wenns wahr ist, was die Leute sagen — und wenns länger dauert, geht er noch mehr in die Höhe damit.“

„Gott beschütze und bewahre uns!“ rief Bertel verblüfft. „Da könnte man ja um ein halbes Roth kommen von wegen so eines Auswubens, den man vielleicht vier oder sechs Wochen daheimgehalten hat. Aber sag ichs nicht, daß es wahre Schandleute sind, die heutzutage in die Höhe kommen? Gehört sich das, daß so einer Meßner wird, der grad nur — das kann man wahrhaftig sagen — darauf aus ist, den Bauern zu rungenieren? Wenn sie sonst nichts können, soll der Teufel die ganze Schullehrer holen. Wenn sie noch was lernen täten, was einen Sinn hat, wo sie sich später einmal daran halten könnten; aber es hört einer bald nie mehr ein Gottes Wort in der Schule. Das Ganze läuft jetzt nur noch auf die Vaterlandsgeschichte hinaus. Und da werden sie meiner Seel weit kommen damit, wenns hapert. Was lernt er euch denn, der, der — das Gespenst?“ wandte sich Bertel, indem er offenbar nach einem möglichst ausdrucksvollen Kraftwort über den Schullehrer suchte, an Per.

„Die Landkarten müssen wir anschauen lernen,“ erwiderte dieser mit leiser Stimme.

„Oh, da lernt lieber gleich schauen in meinen — alten Stiefel!“ fuhr Bertel den Per wüthend an, als ob er ihn für die neue Unterrichtsmethode verantwortlich machen wollte: „Euern Katholizismus sollt ihr lernen — und das Vater-unser — und nachher, wo ihr was zum Beißen heckriegt! — Landkarten! Pah! So einer wie du soll Landkarten lernen! Sollst du vielleicht hinaus und in der Fremde umherkreifen? Hast du vielleicht was, womit du feisen täist? Deine Arbeit sollst du machen, mein Lieber, und dir die Worte zu Gemüth führen, die ich habe lernen müssen in meiner Kinderlehre:

„Fürchte Gott, den König ehre, heißt des Heilands reine Lehre.“

„Geh, stellst dich mit dem Jungen her, als könnte er davor, was die in den Schulen lernen; er muß doch tun, was ihn der Meßner heißt.“

„Ja, ja!“ brummte Bertel voll Mut, „es kommt mir grad in den Sinn, was der alte Pastor bei der Schulprüfung zu den Suben über seine Mutter gesagt hat; die Ann-Marie Kjærsgaard, die hat für gar so geschickt im Rechnen gelten wollen; und der Meßner hätte es gern gesehen, daß ihr der Vorzug vor uns andern gegeben worden wäre. Aber der alte Konsolt, der hat zur Antwort gegeben — und er war, meiner Seel, einer, der sich drauf verstanden hat: „Ach, so viel rechnen wird sie bald können, um die Würste zusammenzuzählen, die sie einmal auf ihrer Stange haben wird.“ Und so ist's auch zugetroffen!“ schloß Bertel.

Per senkte den Kopf bei dem Gelächter des Gesindes. Aber das Ende dieses Morgengesprächs war doch, daß Bertel, um seinen Geldsack besorgt, Per zur Schule schickte.

Als Per gegen Mittag aus der Schule kam, brachte er einen Zettel mit heim.

„Was ist das für ein Geschreibsel?“ Bertel hatte schon seine Brille hervorgezogen.

„Der Meßner hat mir ihn mitgegeben,“ sagte Per. Das Schreiben des Küsters teilte mit, daß Per die Schule nicht eher wieder besuchen dürfe, als bis er eine Kur gegen den Hautausschlag durchgemacht, an dem er leide und demzufolge es unverantwortlich wäre, ihn mit andern Kindern auf einer Schulbank sitzen zu lassen. Der Lehrer riet Bertel, ihn möglichst ärztlich behandeln zu lassen.

Per stand in sich gesunken und verzagt da und betrachtete seinen lieblosen Herrn, während dieser den Brief durchsuchtabierte. Seine Wangen waren von getrockneten Tränen gestreift. Offenbar hatten die Kameraden ihn auf dem Heimweg gehänselt.

durch „Ueberspannung des Bogens“ das Drei- und Vierklassenwahlrecht verschuldet habe. Erst dieser Tage habe sie in Saargrauburg-Kudolstadt die „Kinderrei“ begangen, die Herabsetzung der fürstlichen Apamoge zu beantragen. Nach Herrn Nischke ist die Sozialdemokratie überhaupt an allem Schuld, auch daran, daß die Liberalen heute alles verleugnen und vertonen, was ihre Väter gefordert und vertreten haben. „Wenn der Kapitalismus der Sozialdemokratie nicht wäre, dann wäre die rückläufige Entwicklung nicht eingetreten“ — so greinte dieser liberale Held und suchte sich dann damit zu trösten, daß auch die Sozialdemokratie manche ihrer ursprünglichen Anschauungen — wohl gemerkt: nicht Programmforderungen! — aufgegeben habe. Natürlich will Herr Nischke weder von der Verhältniswahl, noch von einer Herabsetzung der Altersgrenze, noch auch vom Frauenwahlrecht etwas wissen und für die Sonntagswahl hegt er höchstens eine ganz platonische Liebe. Für ihn ist das bestehende Vierklassenwahlrecht ein Produkt höchster Staatsweisheit, um das uns andre Staaten beneiden, und deshalb lehnte die nationalliberale Partei jede Aenderung dieses Musterwahlrechts entschieden ab.

Die Probe auf das Exempel fiel denn auch ganz so aus, wie man es bei dem reaktionären Charakter des sächsischen Bürgertums und seiner politischen Vertretung erwarten mußte. Nicht einmal einer Kommissionsberatung hielt man die Wahlrechtsforderung der arbeitenden Bevölkerung Sachsens für würdig, die man sonst jedem noch so nebenfälligen Antrag zuteil werden läßt. Auf Antrag des „liberalen“ Phrasenjägers Hettner wurde sie sofort sang- und klanglos abgewürgt. Geschlossen stimmten Konservative, Nationalliberale und Freisinnige gegen den ersten Teil des Antrags, der alle Hauptforderungen — allgemeines, gleiches, geheimes und direktes Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen unter Anwendung des Verhältniswahlrechts — enthielt, während für die Sonntagswahl neben den Sozialdemokraten sich nur die Fortschrittler erklärten. Damit war der Wahlrechtsantrag in allen seinen Teilen gefallen.

Die bestehenden Klassen Sachsens haben, wie die Wahlrechtsdebatte vom 5. März wieder einmal mit aller nur wünschenswerten Eindeutigkeit gezeigt haben, nur Hohn und ein glattes Nein für die Forderung des sächsischen Volkes nach staatsbürgerlicher Gleichberechtigung übrig. Um das Bild der bürgerlich-göttlichen Weltordnung in all seiner Schönheit erstreben zu lassen, ist es nach ihrer Meinung notwendig, daß zu der wirtschaftlichen Ausbeutung und sozialen Degradierung der Arbeiterbevölkerung auch noch die politische Entrechtung hinzutritt. Die kapitalistische Ausbeutungsgesellschaft verhasst sich hinter den Wällen des Gesellschaftsrechts gegen das Proletariat, das sein Recht fordert. Dabei vergißt sie freilich, eins: daß nämlich auch diese Wälle nur eine zeitlich begrenzte Dauer besitzen. Genosse Herzfeld konnte in seinem wirkungsvollen Schlusswort bereits ankündigen, daß der Wahlrechtsantrag wiederkommen wird, so lange wiederkommen wird, bis er erfüllt sein wird. Und wenn es die bestehenden Klassen nicht anders haben wollen, dann wird die Entwicklung auch vor den Wällen des Vierklassenparlamentes nicht Halt machen; sondern mit elementarer Gewalt über sie hinwegfluten.

Die Bergarbeiterbewegung.

Zur deutschen Bergarbeiterbewegung.

Die Grubenbesitzer haben die Forderung der deutschen Bergarbeiter abgelehnt, mit welchen „Gründen“, zeigt ihre Antwort; die wie folgt lautet:

Wir müssen es ablehnen, uns zu den gestellten Forderungen zu äußern, denn nur der nach dem Gesetz gewählte Arbeiterrat ist berechtigt, die Wünsche der Belegschaften vorzubringen.

Aber auch den Arbeiterratsausschüssen wird von den einzelnen Gruben auf die von den Ausschüssen eingereichten Forderungen eine meist ebenso kurze, provokatorische Antwort zuteil. Die meisten Zechenverwaltungen werden überhaupt nicht antworten. Das Verhältnis zwischen Grubenverwaltung und den Bergarbeitern ist deshalb ein sehr gespanntes. In den nächsten Tagen wird von den Bergarbeitern die Entscheidung gefällt werden. Den Weisungen der Organisationsleitungen wird allgemein Folge geleistet.

„Hast du die Krätze an den Händen?“ sagte Bertel und fixierte ihn mit seinen nichtsagenden Augen, die trübe wie Mistjauche waren. „Zeig deine Praxen her! Ach, die paar Schorfen da, die schaden wahrhaftig nichts, zum Misten sind sie gut genug,“ setzte Bertel höhnisch hinzu, indem er Vers hingehaltene Hände zurückschob, ohne sie genauer anzusehen. Innerlich frohlockte er über das empfangene Schreiben. Jedesmal hätte es ihn gewurtelt, so oft er den Knaben zur Schule hätte schicken müssen, und nun schrieb der Küster selber, daß er nicht kommen sollte.

Bertel besaß sich auch durchaus nicht, das Fest der Reinigung für den Hirtenjungen abzuhalten, der seinen Arbeiten wie gewöhnlich nachging, nur hin und wieder sich weidlich krakte. Als etwa drei Wochen vergangen waren, sagte eines Tags Ann-Kjetil zu ihrem Mann: „Wir werden wegen der Gesichtheit mit dem Ber doch was tun müssen.“

„Ja, warum, seht ihm was?“ verziehte Bertel. „Er darf nicht in die Schule; aber wir haben doch wahrhaftig auch bei uns daheim genug Arbeit für ihn.“

„Ja, aber weißt du, der ist heut dagewesen, der Krämer, der Kraen Lybster.“

„Na, muß der seine Nase schon wieder in unsre Sachen stecken? Man sollte meinen, solche Bettelleute hätten genug mit ihren eignen zu schaffen.“

„Er hat auch nichts andres gesagt, als daß die Mutter vom Ber, die Ann-Marie Kjaersgaard, bei der Gemeinde gewesen wäre und uns verkrachte hätte deshalb, daß der Jung angejodet worden wäre und nicht in die Schule darf. Und da wird sich jetzt wohl die Schulkommission der Sache annehmen.“

„Die Schulkommission? Teufel, das ist was andres! Schau dazu, daß er rein gemacht wird.“

„Ja, das ist, meiner Seel, leichter gesagt als getan, mein Lieber! Und etwas Unkosten wirds wohl auch machen.“

„Hat er nicht vielleicht selber Geld für die Medizin?“ schlug Bertel vor.

„Ach, der und Geld haben? So ein Bursch!“ erklärte Ann-Kjetil. „Wäre nicht anders, als wenn man Federn vom Hirsch rupfen wollte: bei ihm ein Geld suchen!“

(Fortsetzung folgt.)

Während auf Zechen Kaiserstuhl die Belegschaft vollständig angefahren ist, ist der Streik auf Zechen Schornhorst noch nicht beendet, nur wenige Arbeiter sind angefahren.

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hält Ende dieser Woche eine allgemeine Generalversammlung für das Ruhrrevier ab, um die Situation im Ruhrgebiet zu besprechen.

Im Saarrevier sprachen in christlichen Bergarbeiter-vereinigungen Giesberts, Behrens und Imbusch. In den Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, worin die Bergarbeiter der preussischen Staatsgruben das Abgeordnetenhaus bei der Beratung des Bergelates um eine entsprechende Lohnsteigerung bitten, da die Durchschnittslöhne im Saarrevier wesentlich niedriger als im Ruhrgebiet seien, während die Leistungen der Saargruben nicht zurückständen. Wenn die Christlichen ihre Lohnforderung dem preussischen Dreiklassenparlament anerkennen, werden sie sich schwerer Enttäuschungen erleben.

Daß die evangelischen Arbeitervereine es den Christlichen in der Warnung vor dem Streik mindestens gleich tun müssen, versteht sich am Rande. Die Leitung des rheinisch-westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine warnt seine Mitglieder dringend vor einer Beteiligung an „ungenügend begründeten, daher aussichtslosen Ausständen“, durch die „die Sache der Arbeiter“ nur geschädigt werde. Die deutschen Arbeiter hätten keine Veranlassung, zugunsten der deutsch-feindlichen englischen Industrie oder der Agitationsbedürfnisse der sozialdemokratischen Partei sich an einem Streik zu beteiligen.

Die Christlichen in der Bergarbeiterbewegung. Am Montag, den 4. März, traten bekanntlich die Belegschaften der Zechen Kaiserstuhl und Schornhorst in den Ausstand. Darüber herrscht in der Zentrums- und in der christlichen Gewerkschaften große Freude. Sie schrieb von anarcho-sozialistischen Einflüssen, von einem anarcho-sozialistischen Putsch usw. Und diese Meinung ging in die gesamte bürgerliche Presse über.

In der Streikversammlung der Belegschaft der Zechen Kaiserstuhl, die am gleichen Tage stattfand, wurde durch den Vertreter des Bergarbeiterverbandes nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Initiatoren des christlichen Gewerksvereins ein Interesse daran hätten, solche Putsche zu veranstalten, um ein geschlossenes Vorgehen der Bergarbeiter zu erzielen. Auch wurde bekannt gegeben, daß schon am Sonntag der Beamte des christlichen Bergarbeiterverbandes, Schneider aus Herne, erklärt hatte: „Montag oder Dienstag werden die Belegschaften von Kaiserstuhl in den Ausstand treten, dafür garantiere ich!“ — Diese Aeußerung war sehr auffallend. Es fanden sich auch Montag früh vor der Einsicht auf der Zechen 4 bis 5 geheimnisvolle Gestalten ein, die mit Depeschen operierten, die vom Vorstand des Bergarbeiterverbandes und der politischen Vereinigung ausgehen sollten, und die zum Streik aufforderten. Auch das war recht eigenartig. Nun scheint Licht in dieses geheimnisvolle Dunkel zu kommen. Es wird jetzt folgendes bekannt: In der Nacht vom Montag zum Dienstag wurde das christliche Gewerksvereinsmitglied Steinbild dabei angegriffen, wie es auf der Zechen Tremonia in Dortmund im Badraum einen Anschlag aufhängte, worin zum sofortigen Streik aufgefordert wurde. Nicht interessant! Das kennzeichnet die Stimmung der christlichen Gewerksvereinsmitglieder! Die Gewerksvereinsführer geben sich alle Mühe, ihre Mitglieder eventuell zum Streik zu verleiten, und die Mitglieder fordern über die Köpfe ihrer Führer hinweg zum sofortigen Streik auf! Sie wollen das Verhalten ihrer Leitung verteilen. Wäre es auf der Zechen Tremonia gelungen, die Belegschaft vor der allgemeinen Parole in den Ausstand zu heben, dann hätte die Zentrums- und in einem anarcho-sozialistischen Putsch geschrieen und Zustimmung gegen die Bergarbeiter gemacht. Das ist ihr Hauptzweck.

Das Verhalten dieser Presse ist geradezu gemeingefährlich. So schrieben die Gelsenkirchner Zeitungen und die Tremonia vom 3. März: „Auf der Zechen Kaiserstuhl kam es zu Rempeln, und gerade die jüngeren Bergleute waren es, die in großer Zahl den Eingang besetzt hatten, und den Arbeitwilligen den Eingang verweigerten. Die verstärkte Polizei schaffte später Ordnung. Einzelne stießen aus der Menge der Streikenden auch Schüsse.“ Nun bringt die Tremonia vom 6. März folgenden Bericht: „In unserer gestrigen Notiz über den Streik war gesagt worden, bei Gelegenheit des Ausstandes auf Zechen Kaiserstuhl sei vereinigt geschlossen worden. Aus amtlicher Stelle wird nun mitgeteilt, daß durch polizeiliche Ermittlungen bisher nicht festgestellt worden ist, daß von den Streikenden am gestrigen Tage Schüsse abgegeben worden sind. Insbesondere hat keiner von den in Frage kommenden Polizeibeamten einen Schuß gehört.“ — Also nicht einmal gehört hat die Polizei die Schüsse! Damit ist die Zentrums- und in der Schieberlei totgeschwiegen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie von der Zentrums- und außerhalb des Ruhrreviers noch weiter verbreitet wird. Im übrigen herrscht im Ruhrrevier völlige Ordnung und Ruhe.

Essen (Ruhr), 6. März. Die heute hier tagende außerordentliche Generalversammlung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter für das Ruhrrevier erklärte sich einstimmig gegen die Beteiligung an den jetzt von dem sozialdemokratischen Verband und dessen Nachfolgern beabsichtigten Streik. Sämtliche Delegierte erklärten, daß die Mitglieder mit der Haltung der Gewerksvereinsleitung voll einverstanden seien. Die Generalversammlung beschloß, die Arbeiterratsausschüsse aufzufordern, die berechtigten Wünsche der Bergleute bei den Zechenverwaltungen vorzubringen und für deren Durchführung einzutreten. Von der Behörde verlangte die Generalversammlung, daß sie energisch für den notwendigen Schutz der nichtstreikenden Bergleute Sorge.

Eine aufreizende Maßregel.

Am Dienstag sind etwa 400 Gendarmenwachmannen aus dem Reich zur Aufrechterhaltung der Ordnung in das Ruhrkohlenrevier abgereist. Die Gendarmenwachmeister aus dem Bereich des 10. Armeekorps (Provinz Hannover) fuhren in der Nacht zum Mittwoch nach dem Ruhrrevier ab.

In Dortmund ist es den Waffenhändlern verboten worden, Waffen in ihren Schaufenstern auszuliegen!

Die Kohlenbarone werden ausländische Streikbrecher.

Geser, 5. März. Die politische Polizei hat heute ein großes Verbot erlassen, daß sich damit beschäftigte, Kohlenarbeiter aus dem Pilsener und Wieser Revier anzuwerben. Die Agenten suchen besonders Arbeiter für das Kohlenbeden von Westfalen und machen ihnen, die sich anwerben lassen wollten, große Versprechungen. Man bringt die Tätigkeit des Verbotens damit in Zusammenhang, daß in Deutschland Vorkerkungen getroffen werden, für den Fall eines Uebergreifens des englischen Bergarbeiterstreiks auf die deutschen Zechen.

Die Bergarbeiterbewegung in Sachsen.

Vom Bergarbeiterverbandsbureau in Zwickau ist an die Zechenverwaltungen im Auftrage der Bergarbeiter eine Eingabe gerichtet worden, in der die Werke ersucht werden, die Forderungen zu prüfen und bis zum 9. März d. J. Antwort zu erteilen. Die von der Konferenz der Grubenvertrauensleute aufgestellten Forderungen sind folgende:

1. Erhöhung des Schichtlohnes um 30 Pfa. für alle Arbeiter unter und über Tage. Nicht unter 1.20 Mark Ausbende pro Schicht bei den Arbeitern unter Tage und nicht unter 80 Pfa. bei den Arbeitern über Tage.

Besondere Aufbesserungen der Schichtlohnsätze für diejenigen Arbeiter unter Tage, welche den im Revier auf verschiedenen Werken festgesetzten Höchstsichtlohn noch nicht erreicht haben.

2.) Beseitigung der großen Lohnunterschiede für gleichartige Arbeiter.

3. Die Abschlagszahlung hat wöchentlich, und zwar Freitag, zu erfolgen, die Reinkostenzahlung am Freitag nach dem 15. eines jeden Monats. Monatliche Bezahlung der verdienten Löhne durch Zahlung im Mannschaftslohn.

4. Achtstündige Schichtzeit; Lebenslöhne bei + 22 Grad Celsius, sechsstündige bei + 28 Grad Celsius. Vorstehende Schichtzeiten verstehen sich inkl. Ein- und Ausfahrt.

5. Ueber- und Nebenarbeiten dürfen nur bei Unfällen, Betriebsstörungen oder bei Rettung von Menschenleben verfahren werden.

6. Abschaffung des getrennten Gehlages.

7. Eine Aufrechnung der reichsgefälligen Leistungen für Knappschafftsinvaliden, waisen- und -waisen darf seitens der Knappschafftsinvalidenklasse auf die Knappschafftsleistungen nicht mehr stattfinden.

8. Aufhebung des noch bestehenden Sperrensystems.

9. Einschränkung des Strafens; Strafen von über 1 Mark bedürfen der Zustimmung des Arbeiterratsausschusses.

10. Errichtung eines paritätisch zusammengesetzten Schiedsgerichts mit unparteiischem Vorsitzenden zur Schlichtung von Streitigkeiten.

11. Nur Zulassung des Ausschanks alkoholfreier Getränke auf den Werksplätzen. Unentgeltliche Verabfolgung von Kaffee in gekennzeichneten Gefäßen für alle Arbeiter.

Die englische Bergarbeiterbewegung.

London, 8. März. Das Komitee des Verbandes der Bergarbeiter trat heute morgen zu einer erneuten Sitzung zusammen, der auch der Führer der Arbeiterpartei im Parlament, Ramsay MacDonald, beiwohnte. Dieser gab sich alle Mühe, die Versammlungsteilnehmer zu beeinflussen, doch hat die Konferenz keinerlei Ergebnis erzielt. Heute nachmittag traten die Führer der Bergarbeiter im Handelsamt mit dem Haupt- und Industrie-Kommissar Astworth zu einer Beratung zusammen. Ueber das Resultat wird noch Rückschlüsse bewahrt. — Gestern abend fand eine auf Veranlassung der Regierung einberufene Versammlung der Großindustriellen der Vereinigten Königreiche statt. Das Thema der Erörterungen bildete: Die Schädigung der englischen Industrie durch die durch den Generalstreik hervorgerufene Kohlenkrise und die Wahrung der Interessen der Großindustrie. Das Resultat der Verhandlungen wird geheim gehalten. In unterrichteten Kreisen verlautet, daß die Großindustriellen Englands gemeinsam mit der Regierung eine Transaktion zur Beilegung des Streiks herbeiführen werden.

Die Lebensmittelpreise steigen überall außerordentlich. Namentlich in Essex werden für Fleisch, Butter und Eier unerhörte Summen bezahlt. Selbst die Getreidepreise werden beeinflusst und schnellen in die Höhe. In Lincolnshire stehen die Dreschmaschinen still, da es auch dort an Kohlen mangelt. Da vielerorts die Fischdampfer nicht ausfahren, beginnt es auch an Fischen zu mangeln. In Leicester beginnt der Kohlenstreik in hygienischer Hinsicht bedeutliche Folgen nach sich zu ziehen. Die Maschinen der Wasserwerke und der Kanalisation können wegen ungenügender Kohlenzufuhr nicht mehr arbeiten und so werden in den nächsten Tagen die für die Abwässerung und Wasserleitungen erforderlichen 125 000 Liter Wasser nicht mehr vorhanden sein. — Die Preise für Kohlen steigen dort heute für die Zonne Kohle der enorme Preis von zwei Pfund Sterling bezahlt, während er gestern noch zwischen 30 und 40 Schilling schwankte. Immer zahlreichere Fabriken sehen sich gezwungen, ihre Arbeiter zu entlassen. In einigen Betrieben wird nur drei Tage lang gearbeitet, während an den andern drei Tagen die Arbeit ruht. Die Direktoren hoffen auf diese Weise, den Betrieb noch ungefähr 14 Tage lang in beschränktem Maße aufrecht erhalten zu können.

Bergarbeiterstreik in Nordamerika in Sicht.

New York, 5. März. Die Vereinigung der Minenbesitzer hat die Forderungen der pennsylvanischen Bergwerksarbeiter um eine 20prozentige Lohnerhöhung abgelehnt. Der Ausbruch des Streiks scheint so unvermeidlich. In den nächsten Tagen werden Einigungsverhandlungen zwischen den Bergarbeiterföderationen und den Minenbesitzern stattfinden.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Kongreß der Kohlengräber Amerikas.

II. (Schluß.)

Auf der diesjährigen Delegiertenversammlung, die im Januar in Indianapolis stattfand, ist es nun endlich gelungen, ein neues Statut zu schaffen, das einige der größten Uebel abstellt und die prinzipielle Stellung der Organisation schärfer präzisiert. Im alten Statut hieß es, die Bergleute haben ein Anrecht auf „einen gerechten Teil“ (an equitable share) ihres Arbeitsprodukts, im neuen fordern sie „den vollen Wert ihrer Arbeit“. Weiter wurde statutarisch festgelegt, daß fernerhin nur alle zwei Jahre eine Delegiertenversammlung stattfinden habe und daß jeder Kandidat für ein Amt im Zentralbureau fünf Jahre in der Mine tätig sein muß und mindestens drei Jahre Mitglied des Verbandes zu sein hat. Durch diese Bestimmung soll kapitalistischen Goldgräbern und Stellenjägern der Weg in das Hauptbureau erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werden. Der Wiedereintritt in die Internationale Bergarbeiterföderation wurde von mehreren Seiten verlangt und ist demgemäß beschlossen worden. Dabei wurden für die nächsten beiden internationalen Bergarbeiterkongresse je zwei Delegierte bestimmt. Der Kohlengräberverband gehörte schon einmal für kurze Zeit der Internationale an, schied aber vor zwei Jahren aus nicht gerade erbaulichen Gründen aus. Die Klage des ersten Präsidenten White, daß er bei seinem Amtsantritt Protokolle und Papiere der Organisation vergeblich gesucht habe, und der folgende Antrag lassen die Zustände in dem Verband, als auch die Auffassung von dem Pflichtbewußtsein der Bergarbeiterbeamten nicht gerade in einem günstigen Lichte erscheinen:

Alle Beamten müssen bei ihrem Austritt aus dem Amt die Gelddokumente, offiziellen Protokolle und Papiere, sowie alles Eigentum der Organisation, das sich in ihren Händen befinden mag, ihren Nachfolgern übergeben.

Die American Federation of Labor im allgemeinen und die Civic Federation im besonderen waren der Gegenstand heftiger Kritiken und entschändernder Anträge:

Da die Prinzipien der A. F. of L. im Verein mit ihrem Anschluß an die Kapitalistenklasse durch das Zwischenglied einer Schlagsproduzierenden Agentur, der Civic Federation, wobei die Lage der arbeitenden Klassen verbessern, noch das Ziel der Arbeiterbewegung, nämlich die Emanzipation der Arbeiterklasse aus ökonomischer Knechtschaft, erreichen können, beschließt der Kongreß, daß die Organisation der Kohlengräber aushört der A. F. of L. weiterhin anzugehören.

Dieser Antrag brachte eine ganze Anzahl Redner auf die Bühne, die ihre Abneigung gegen die A. F. of L. und deren Politik ungeschminkt zum Ausdruck brachten. Zum Beispiel: „Zubehalten sind wir von diesen Beamten (der A. F. of L.) hypnotisiert, magnetisiert und fast chloroformiert worden und es ist höchste Zeit, daß wir das Joch abwerfen; wenn sie nicht mit uns marschieren wollen, werden wir sie auf die Seite schieben.“ Wenn dieser Antrag eine Mehrheit nicht fand,

So wohl, weil man sich von der Weiterarbeit in der Höhe der A. G. v. L. mehr für die Klassenbewußte Gewerkschaftsbewegung verspricht als von der außerhalb derselben. Die Resolution, die das Bekenntnis zur sozialistischen Partei verlangt, wurde mit 315 gegen 155 Stimmen abgelehnt. Diese Abstimmung kann aber nicht als Maßstab für die Gesinnung der Delegierten genommen werden, da viele Sozialisten dagegen sprachen und stimmten, weil sie sich von der Annahme dieser Resolution für ihre Partei- und Gewerkschaftsfrage nichts versprechen konnten. Sie entschieden sich für die andre Resolution, die besagt, daß es Pflicht der Bergleute wie aller andern Arbeiter sei, sich politisch und gewerkschaftlich zu organisieren, die Gewerkschaft der Kohlenarbeiter aber in politischen und religiösen Fragen neutral zu bleiben habe.

In die Verhandlungen spielte die Frage der am 1. März notwendig werdenden Erneuerung der Lohnverträge und die damit verbundenen Kämpfe. Es wird dabei wieder die Erhöhung der Gedinge eine hervorragende Rolle spielen. Gewiß sind die Löhne der amerikanischen Kohlenarbeiter höher als die ihrer deutschen Kollegen. So verdienen, um nur ein Beispiel anzuführen, bestimmte Gruppen in den Gruben im Staate Illinois 16.80 bis 25.20 Mk. den Tag. Aber diese Sätze sind doch nur Ausnahmen. Die große Mehrzahl der gelehrten Bergleute verdient durchschnittlich nicht über 10.50 Mark und die ungelerneten Minenarbeiter nicht mehr als 6.30 bis 8.40 Mk., ein Tageseinkommen, das für die amerikanischen Arbeits- und Lebensverhältnisse als völlig ungenügend bezeichnet werden muß. Angesichts der in sicherer Aussicht stehenden Kämpfe mahnte der Hauptkassierer dringend zur Anjammung eines entsprechend starken Kampffonds, denn die vorhandenen Mittel seien für eine Organisation von der Größe des Bergarbeiterverbandes vollständig unzureichend. Daß er damit nur zu recht hat, läßt der Rechnungsbericht leicht erkennen. Die Jahreseinnahme beträgt 222 754 Dollar, der eine Ausgabe von 2 188 331 Dollar gegenübersteht, so daß ein Ueberschuß von 36 423 Dollar verbleibt, und das in einem Jahr ohne große Bewegungen noch Mittel, aber auch damit kann ein Zustand von größerer Ausdehnung nicht wirksam unterstützt werden. Chgr.

Leipzig und Umgebung.

Die Aussperrung der Schneider für Leipzig beschlossen.

Auch für Leipzig haben die Unternehmer der von ihrem Hauptvorstande diktierten Aussperrung zugestimmt. Von einer Einstimmigkeit ist hierbei allerdings keineswegs die Rede; eine große Anzahl Mitglieder haben vielmehr lebhaft gegen die vorzunehmende Aussperrung opponiert. Dieses Widerstreben ist begrifflich, denn nicht alle Mitglieder des Arbeitgeberverbandes werden einsehen können, daß sie den Arbeitern durchaus den Krieg ansagen sollen, wo sie mit diesen keinerlei Differenzen haben; sie sehen die solchschwere geschäftliche Schädigung, die ihnen aus der Haltung der Leitung des Arbeitgeberverbandes erwächst. Von der hiesigen Ortsgruppe des Abw wurde an den Verband der Schneider folgende offizielle Mitteilung gemacht: „Als Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Schneidergewerbe sind wir durch Hauptvorstand beschluß verpflichtet, die Betriebe unserer Mitglieder am Sonnabend, den 5. März a. e., zu schließen und damit unsere in anderen Städten bestellte Kollegenschaft solidarisch zu unterstützen. Wir geben Ihnen von dieser Maßnahme Kenntnis und nehmen hochachtungsvoll Verband der Arbeitgeber für das Schneidergewerbe in Leipzig, Mag Kraus, Vorsitzender, Otto Bähr, Schriftführer.“

Nach dieser Mitteilung, die sich vollständig mit einem offiziellen Artikel des Hauptvorstandes der Unternehmer in dessen Zentralorgan deckt, ist also beabsichtigt, sämtliche Arbeiter auszusperren. Wird doch in dem erwähnten Artikel ausdrücklich betont, daß der Hauptvorstand des Abw „den Schutz der Arbeitsmilitanz versagt“, und die getroffenen Maßnahmen mit der erforderlichen Gründlichkeit durchzuführen. Und kann ein solcher Beschluß recht sein, wir sind gerüstet; im übrigen wird er dazu beitragen, auch den indifferenten Kollegen die Augen zu öffnen und ihnen die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Organisation einzufößen.

Auch die Unternehmer der Damenschneiderei, soweit diese dem Abw angehören, planen, am Orte ihre Arbeiter auszusperren. Es liegt und zwar eine offizielle Mitteilung dieser Ortsgruppe noch nicht vor, aber es sind bereits am Montag die Kollegen in einer Firma — J. D. Schüler, Thomaskirchhof — gekündigt. Die Arbeiterinnen hat man nicht gekündigt, jedoch haben diese der Firma gesagt, daß auch für sie die Solidarität kein leeres Wort ist; sie haben bereits der Firma ihre Kündigung mitgeteilt, um die von der Firma ausgesperrten männlichen Arbeiter im Kampfe zu unterstützen. Es ist zu erwarten, daß die Arbeiterinnen in den übrigen Firmen, wo die Arbeiter am Sonnabend ohne Kündigung ausgesperrt werden, in demselben Sinne Solidarität gegen ihre Kollegen üben werden.

Die Arbeiterschaft wird, soweit sie als Konsument in Frage kommt, und gleichfalls in diesem ausgemerkten Kampfe unterstützen. Es befinden sich unter den Firmen an verschiedenen, die den Arbeiter als Kunden gern sehen, gegen ihre eigenen Arbeiter aber mit denselben Mitteln vorgehen, wie alle anderen Schatzmacher. Sobald die Aussperrung vollzogen ist, werden wir diese Art Unternehmer noch einer besonderen Würdigung unterziehen.

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäscharbeiter Deutschlands, Filiale Leipzig.

Der Streik der Leipziger Steinseher erfolgreich beendet.

Mit einem sehr günstigen Erfolge für die Arbeiterschaft ist der Streik der Steinseher nunmehr beendet worden. In erster Linie haben die Unternehmer ihren Angriff auf das Koalitionsrecht der Steinseher in vollem Umfange aufgegeben; sie haben im Gegenteil einer Klausel zugestimmt, die man sehr wohl als eine Sicherung der Freiheit des Koalitionsrechtes ansprechen kann. Wenn man sich vergegenwärtigt, daß dieser Angriff auf das Koalitionsrecht die eigentliche Ursache des Kampfes gewesen ist, so haben hier die Arbeiter einen vollen Erfolg aufzuweisen. Sie haben aber auch in der Lohnfrage einen sehr beachtlichen Erfolg erzielt. Ursprünglich wollten die Unternehmer nur eine — rein nominelle — Lohnerhöhung von 1 Pf. auf drei Jahre zugesprechen, ohne aber im geringsten eine Garantie dafür zu übernehmen, daß die Lohnerhöhung wirklich zur Geltung kommt. Bei den vorgeschlagenen Lohnsätzen hätte bei einigem „guten Willen“ sogar in der Praxis eine Lohnherabsetzung herauskommen können. In den letzten Verhandlungen verstanden sich die Unternehmer zu einer Erhöhung der unteren Lohnstaffel um 8 Pf., während die höchste Staffeln um 6 Pf. steigt, so daß im Durchschnitt eine Lohnerhöhung von 7 Pf. pro Stunde herauskommt, die durch eine entsprechende Fällung des Tarifs auch tatsächlich gesichert wird. Die Preise für Akkordarbeit, sofern solche überhaupt zugelassen ist und beantragt wird, sollen in der paritätischen Schlichtungskommission festgesetzt werden, was gleichfalls einen wesentlichen Fortschritt bedeutet. Daneben bleibt auch noch die Bestimmung bestehen, daß die Verzweigung von Akkordarbeit nicht als Tarifbruch gilt. In einigen materiell nicht ins Gewicht fallenden Punkten haben allerdings auch die Arbeiter Zugeständnisse gemacht, jedoch sind diese in keiner Weise geeignet, den Erfolg der Arbeiter zu beeinträchtigen. Dieser Erfolg fällt umso schwerer in die Waagschale, als derselbe lediglich einen Sieg der gewerkschaftlichen Disziplin darstellt. Denn als die Unternehmer den Kampf vom Zaune brochen, da war die Hälfte der in Betracht kommenden Arbeiterschaft noch arbeitslos und zwar zum Teil schon seit Wochen und Monaten. Dabei ist nicht ein Mann im Kampfe abtötungsgeworden; im Gegenteil, es haben aus Anlaß dieses Kampfes auch die Inorganisierten wieder den Weg zur Organisation gefunden. Auch die Posten- und Arbeitsführer, auf die es in erster Linie abgesehen war, haben sich fast ohne Ausnahme mit den kämpfenden solidarisch erklärt. Statt der beabsichtigten Schwächung der Arbeiterorganisation ist also das direkte Gegenteil durch den Kampf herbeigeführt worden.

Verband der Steinseher, Filiale Leipzig.

Die Lohnbewegung in der Leipziger Baumwollspinnerei ist beendet. Nachdem sich die Direktion bereit erklärt hat, die Forderungen zum größten Teil an bewilligen, haben die Spinner, Andrerer und Ausfelder ihre Kündigung zurückgezogen.

Deutscher Textilarbeiterverband, Filiale Leipzig.

Achtung, Maurer und Hilfsarbeiter! Zu der Sperre über die Firma Röthig u. Hödel teilen wir noch folgendes mit: Im vorigen Jahre führte die genannte Firma aus dem Gelände des Zentralbahnhofes einen Schuppenneubau aus, zahlte aber den Hilfsarbeitern den tarifmäßigen Lohn nicht. Auf unsere Beschwerde erklärte die Firma, daß sie in ihrem Geschäft neben der Abteilung für Hochbau auch noch eine Abteilung für Tiefbau habe. Da die fraglichen Arbeiter nur Erdarbeiter seien, könne sie diesen Leuten den Hilfsarbeiterlohn nicht zahlen. Wir hatten aber festgestellt, daß diese Angaben nicht ganz richtig waren. Nur das eine war richtig, daß die angeblichen Erdarbeiter für 45 Wk. Lohn sämtliche Bauarbeiten verrichteten. Die Firma wurde dann durch die Schlichtungskommission veranlaßt, einen Teil Lohn nachzugeben. Durch die Umgehung des Tarifs hatte sie aber trotzdem ein Geschäft gemacht. Obgleich die Firma nun im vorigen Jahre erklärte, daß ihr Geschäft Hoch- und Tiefbaugeschäft sei, hat sie jetzt die Ausschüttungsarbeiten an dem Neubau Viller-Baaren und an dem Neubau in Gohlis, Friedr.-Karl-Strassen- und Göttenstrassen-Gäßchen, angeblich dem Steinsehergeschäft Schwabach übertragen. Das eigentliche an dieser Vergebung der Arbeiten ist aber, daß der Polier der Firma Röthig u. Hödel die Leute (angeblich für die Firma Schwabach) einstellt. Einen Vorarbeiter, der in den Tiefbaugeschäften tätig ist, hat die Firma Schwabach nicht an den Arbeitsstellen. Sämtliche Arbeiter haben unter der Leitung des Poliers von der Firma Röthig u. Hödel Lieferant für die Karren, Gerüstmaterial usw. Die Arbeiter bekommen ihren Lohn, 45 Pf. pro Stunde, angeblich von der Firma Schwabach. Ein Arbeiter, der bei der Lohnzahlung zu wenig Lohn erhalten hatte, erhielt diesen aber im Kontor der Firma Röthig. Ein Arbeiter der Vorsicht haben wollte, erhielt diesen von dem Polier. Nach den Angaben der angeblich bei der Firma Schwabach beschäftigten Arbeiter wurden diese zum Betonieren, Steinarbeiten usw., also Bauarbeiten, verwendet. Für diese Arbeiten müßte aber die Firma Röthig u. Hödel 54 Wk. Lohn zahlen. Als nun von der Firma Röthig u. Hödel Auskunft über die eigentliche Arbeitsweise verlangt wurde, erklärte Herr Röthig: Wir lassen uns von niemand Vorschriften machen und brach die Verhandlungen ab. Wenn die Firma Röthig u. Hödel glaubt, mit ihrem Schelmenstreich und hinter das Licht führen zu können, so ist sie gewaltig im Irrtum. Wir betonen die diese Sache als eine Umgehung des Tarifvertrages und erheben alle organisierten Arbeiter, Arbeitsangehörige der Firma Röthig u. Hödel nicht annehmen. Ebenso dürfen an dem Neubau Friedr.-Karl-Strassen- und Göttenstr.-Gäßchen Arbeiten für die Firma Schwabach nicht ausgeführt werden.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Leipzig.

Die Differenzen mit der Firma Röthig u. Hödel sind heute vormittag beigelegt worden.

Deutscher Bauarbeiterverband.

Zweigverein Leipzig.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung der Porzellanarbeiter.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen erstreckt sich die Aussperrung der Porzellanarbeiter auf die Orte Arzberg, Selb, Selb-Plößberg, Schönwald, Roschendorf, Markt-Leuten, Marktredwitz, Reha, Trschendorf und Kronach in Bayern, während für die Porzellanindustrie in Thüringen in Betracht kommen: Jilmenau, Gotha, Eisenberg, Blankenhain, Stadtilm, Volkach, Uhlstädt, Kloster Beyer, Hermsdorf, Kahla, Rahlitz, Burgau, Neudorf und Müttendorf. Für Sachsen sind in Mitleidenschaft gezogen: Döberndorf, Frauendorf, Freiberg, Schönewitz und Margaretenhütte; für Schleisien: Altwasser, Waldenburg und Niedersalzbrunn, während an weiteren Orten noch in Frage kommen: Charlottenburg, Teltow, Kottbus, Cottbus und Zell in Baden.

In einer Reihe von Betrieben ist die Produktion so gut wie ganz unterbrochen, was wesentlich dadurch verursacht wurde, weil in einer Reihe von Orten die inorganisierten Arbeiter sich mit den organisierten solidarisch erklärten. Viele größere sonst sehr leistungsfähige Firmen stellen an ihre Arbeiter das Ersuchen, mit der Erfüllung von Aufträgen wegen der Aussperrung zu warten. Zweifellos werden eine Reihe von Fabrikanlagen dauernd schwer getroffen, so daß es begrifflich erscheint, wenn einige Unternehmer, die zur Aussperrung verpflichtet waren, es vorgezogen, lieber die Konventionalklausel an ihre Organisation zu zahlen, als auszusperren. Man kann es darum verstehen, daß die ausgesperrten Unternehmer noch einmal vor dem Beginn der Aussperrung alle Mittel anwenden, um die Arbeiter einzuschüchtern und wankelmütig zu machen. So wurden denn über den Vorstehenden des Porzellanarbeiterverbandes allerlei Schwundbelichten in die Welt gesetzt. Die Behörden wurden um militärischen und polizeilichen Schutz angegangen. Diesem Drängen der Unternehmer wurde nicht allein durch die Verechtigung von Soldaten in Bayreuth, sondern auch durch wesentliche Verstärkungen der Gendarmerieposten in den Aussperrungsorten stattgegeben.

Entsprechend ihrer inneren Veranlagung haben die Führer des christlichen Keramikarbeiterverbandes in einer Konferenz in Marktredwitz ihren Mitgliedern empfohlen, als Arbeitswillige sich den Unternehmern zur Verfügung zu stellen, d. h. sich an dem Kampfe nicht zu beteiligen. Begründet wurde für diesen neueren christlichen Streikbruch angeführt, daß die „christlichen Führer“ noch nicht wüßten, wer in diesem Streik recht habe: die Unternehmer oder der Porzellanarbeiterverband! —

Der bekannte Bergarbeiterführer Heine. Kämpfer ist am 6. März in Linden a. d. Ruhr im Alter von 64 Jahren gestorben. Die Bergarbeiterzeitung brachte von ihm sehr oft Gedichte. Im Verlage von Hansmann in Bochum ist eine Anzahl seiner Gedichte unter dem Titel: Neue Lieder erschienen.

Textilarbeiterkreuz in Sachsen. In Delsnitz haben am Montag 150 Arbeiter die Arbeit niedergelegt, nachdem die Unternehmer die Verhandlungen ohne jeden Grund abgebrochen haben. — Ebenfalls haben in Falkenstein bei der Firma G. Lange die Färberei- und Appreturarbeiten die Arbeit niedergelegt. Die Ursachen sind Lohnminderungen. — In Plauen sind am Sonnabend 350 Weber und Weberinnen unabhängig geworden, weil ihnen die Firma eine zehnprozentige Lohnaufbesserung verweigert hat.

Am Tunnelbau in Schlüchtern (Bezirk Kassel) haben 80 Stollenarbeiter die Arbeit niedergelegt.

Auf der Glasmanufaktur in Linen a. d. Sippa wurde von dem Besitzer Schulze der Tarif gekündigt. Der Fabrikant beabsichtigt, eine Lohnkürzung vorzunehmen. Da die Arbeiter sämtlich im Verband der Glasarbeiter Deutschlands organisiert sind, so haben sie über die Liner Glasmanufaktur die Sperre verhängt. Die Glasarbeiter werden gebeten, bis auf weiteres Linen a. d. Sippa zu meiden.

Der italienisch-türkische Krieg.

Die Türkei sichert die Dardanellen.

Konstantinopel, 3. März. Die türkische Regierung beschloß, die Durchfahrt durch die Dardanellen in beiden Richtungen während der Nacht für die Schiffe aller Nationen nicht mehr zu gestatten. Der Beschluß soll sofort in Kraft treten.

Der heilige Krieg.

Konstantinopel, 3. März. Ein Deputierter aus dem Jemen hat gestern dem Minister des Innern die Mitteilung gemacht, daß der Sultan des Somalilandes den heiligen Krieg gegen die Italiener erklärt habe.

Die Opfer des Krieges.

Konst., 3. März. In dem Kampf bei Derna am 3. d. M. sind, wie jetzt genau festgestellt ist, auf italienischer Seite 8 Offiziere und 52 Mann getötet, 13 Offiziere, darunter 1 schwer, und 164 Mann, davon 20 schwer, verwundet worden.

Italienische Finanzoperationen.

Konst., 3. März. Der Schatzminister legte der Kammer einen Gesetzentwurf vor, durch den er die Ermächtigung zu erlangen wünscht, während der Etatsjahre 1911/12 und 1912/13 fünf Jahre gültiger Schatzscheine auszugeben, um die Prozentigen und Prozentigen Schuldverschreibungen zu erfassen, die durch Gesetze zu außerordentlichen Ausgaben für die Staatsbahnlinien, für neue Eisenbahnbauten und für den Ankauf von Eisenbahnen bestimmt sind. Der Schatzminister erklärte, es handelt sich nicht um eine neue Emission, sondern nur um eine Abkündigung der Schuldverschreibungen durch „geeignete Papiere“, deren Ausgabe bereits vorsehen gewesen sei und die im Maximum 150 Millionen Lire jährlich betragen würden.

Die Revolution in China.

Keine Truppensendungen nach China.

Konst., 3. März. Die Verhandlungen über den Abschluß der ausbreiteten Meldungen von Truppensendungen aus Kiel und Wilhelmshafen nach China gegenstandslos seien. Ebenso sei die Mitteilung einer Nachrichtenstelle von einem zwischen den europäischen Mächten stattfindenden Meinungsaustrausch über weitgehende militärische Maßnahmen und über die bevorstehende Entsendung deutscher Truppen nach China über Sibirien vollständig aus der Luft gegriffen.

Die Anleihe.

Peking, 5. März. Die Verhandlungen über den Abschluß der ausbreiteten Anleihe schreiten fort. Auch russische und japanische Vertreter nehmen an den Verhandlungen teil. Die Finanzgruppe wird der Regierung voraussichtlich noch vor dem endgültigen Abschluß der Anleihe größere Vorstöße leisten.

Die fremden Herren?

Tientsin, 6. März. Die Befehlshaber der fremden Truppenkontingente haben in einer gemeinsamen Sitzung beschloffen, die Polizei in Tientsin selbst in die Hand zu nehmen. Die Bestimmungen des Vertrages von 1902 sind wieder in Kraft getreten, demzufolge die chinesischen Truppen sich der europäischen Niederlassung auf nicht mehr als sieben Meilen nähern dürfen. Die Chinesen dürfen nach 10 Uhr abends ihre Häuser nicht mehr verlassen.

Paris, 5. März. Dem Tempo zufolge bearbeitete die französische Regierung wegen der Vorgänge in China das Kriegsschiff Decade von Shanghai nach Schanghai und den Kreuzer Lieber nach Hongkong.

Charbin, 5. März. Infolge der letzten Unruhen und in Anbetracht der Tatsache, daß die Fremden in Charbin großen Gefahren ausgesetzt sind, hat der russische Konsul verfügt, daß drei Kompanien aus Tientsin nach Charbin abgehen, um die Grenze zu sichern.

Von Nah und Fern.

Neue Funde in Pompeji.

Einer Meldung der Tribuna zufolge haben die vor zwei Monaten von der italienischen Regierung wieder ausgenommen Ausgrabungen in Pompeji ein überraschend günstiges Ergebnis gebracht. In der Nähe des Capuaner Tor wurde ein Stadtwall freigelegt, der von fünf geraden Straßen durchkreuzt wird. Wohl erhaltene Reste einer Thermenanlage und das nur leicht beschädigte Vestibul eines prächtigen Privathauses wurden unter einer 6 Meter hohen Mauer- und Lavaschicht ausgegraben. Ein kostbarer Mosaikboden, Polierstein und Amphiride darstellend, zahlreiche Bronzegeräte und ein wunderbarer Jünglingsbrust, nach Ansicht eines hervorragenden Mitglieds des Archäologischen Instituts in Rom, ein griechisches Originalwerk aus bester Zeit, vervollständigen die reichen Funde. In der Nähe der Graberstraße wurden Reste eines Tempels an das Tageslicht befördert. Sechs herrlich gearbeitete ionische Säulenkapitelle sowie ein leider fast verfallenes Trich aus dem Friesel des Tempels sind ausgegraben worden. Die Arbeiten werden mit großem Eifer fortgesetzt. Es soll ein Antrag um Verwilligung eines außerordentlichen Kredits von 750 000 Lire für die Ausgrabungen in der Kammer eingebracht werden.

Beste Nachrichten u. Depeschen.

Berlin, 7. März. Zur Wahl des Reichstagspräsidenten ist, aus der die Leitung des neuen Reichstags morgen endgültig hervorgehen soll, erfährt der Berliner Volksanzeiger, daß sich gestern abend nach den verschiedentlich gepflogenen Verhandlungen ein völlig klares Bild noch nicht hat gewinnen lassen. Doch scheint so viel klar, daß das Zentrum bereit ist, als Entgelt dafür, daß die Nationalliberalen ihre Stellung zur Sozialdemokratie in der Präsidiumsfrage geändert haben, diesen den Präsidiumsbüro zu überlassen. Es würde dann Geheimrat Dr. Paasche Reichstagspräsident werden. Das Zentrum, das sich mit dem ersten Vizepräsidenten beizugehen will, wird für dieses Amt Dr. Spahn präsentieren. Den zweiten Vizepräsidenten soll die konservative Fraktion in der Person des Herrn Dietrich stellen. Aber es wird auch eine Kombination erwogen, die die Linke nicht völlig ausschließt, und es würde dann Syndikus Dove seinen Posten als zweiter Vizepräsident behalten, vorausgesetzt, daß die mehr links stehenden Parteien an einem Präsidium teilnehmen wollen, von dem die Sozialdemokratie vollständig ausgeschlossen ist.

Verantwortlich für den reaktionellen Zeit.

Hermann Müller in Leipzig.

Verantwortlich für den Infanterieteil.

Friedrich Viller in Vordorf-Leipzig.

Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Diese Nummer umfaßt 20 Seiten.

Verband der Schneider

Geschäftsdelegierten-Versammlung

am Sonnabend, den 9. März, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus.

Zu Anbetracht der stattfindenden Aussperrung müssen aus jedem Geschäft die Kollegen vertreten sein.

Versammlung sämtlicher Aussperrten

am Montag, vormittags 10 Uhr, im Volkshaus.

Damen-Schneider u. Schneiderinnen

Versammlung am Freitag, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshaus.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Stellung der Arbeitgeber zu unseren Forderungen. 2. Beschlußfassung über die weiteren Maßnahmen in der Bewegung. 3. Verschiedenes.

Es ist Ehrenpflicht sämtlicher Kollegen und Kolleginnen der Branche, die Versammlung zu besuchen.

[4907]

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Textilarbeiter-Verband

(Filiale Leipzig).

Sonnabend, den 9. März 1912, abends 8 Uhr, im Volkshaus, Café, Mitte

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Gaukonferenz. 2. Stellung von Vorschlägen. 3. Wahl von drei Delegierten zu derselben. 4. Verschiedenes.

Alle Kollegen und Kolleginnen werden dringend ersucht, in dieser Versammlung zu erscheinen.

[4905]

Der Vorstand.

Städtische Arbeiter, Arbeiterinnen und sonstige Betriebsgruppen.

Morgen Freitag, den 8. März, abends 7 1/2 Uhr

Große Versammlung im Volkshaus, Zeißer Str.

Tagesordnung: 1. Die Reichs-Versicherungsordnung. 2. Bericht von der Gaukonferenz in Jena. 3. Gewerkschaftliches.

Vollzähliges Erscheinen erwartet

Die Ortsverwaltung.

Öffentliche politische Versammlung

Böhlitz-Ehrenberg!

Sonnabend, den 9. März, abends 7 1/2 Uhr

Öffentliche Einwohner-Versammlung

in der Grönaer Aue (Kriegsgehardt).

Tagesordnung: 1. Die Bedeutung des Wassers im Leben. 2. Diskussion.

Zu dieser hochwichtigen Versammlung werden alle Einwohner freundlichst eingeladen.

H. A.: Ernst Ludwig, Eisenbahnstr. 15.

Metallarbeiter

Geschäftsstelle: Verband

Volkshaus, Zeißer Str. 22, Post. rechts 1. Bureaunummer: vorm. K. 9, mittl. 12-1, abends 3-8. Tel. 1584

Die Bibliothek steht allen Mitgliedern unentgeltlich zur Verfügung und können Bücher während der Bureaunummer entliehen werden

Metallschleifer, Polierer und Galvaniseure.

Freitag, den 8. März, abends 7 1/2 Uhr: Versammlung im Volkshaus. — Tagesordnung: Bericht und Neuwahl der Kommission.

Westen: Vertrauensmänner-Sitzung

Freitag, den 8. März, 7 1/2 Uhr, im Bürgergarten, Kleinzschocher.

Norden: Vertrauensmänner-Sitzung

Montag, den 11. März, 7 1/2 Uhr, im Restaurant Sängerkeller, Entzigsch.

Osten: Montag, den 11. März 1912, abends 7 1/2 Uhr: Vertrauensmänner-Sitzung in der Silberpappel, L.-So., Albst.

Verein Luft- u. Lichtbad L.-Ost.

Mittwoch, den 20. März 1912, abends 7 1/2 Uhr

Ordentl. Hauptversammlung

im Restaurant Drei Mohren, Anger-Gr., Breite Str. 7 (Saalbau). — Tagesordnung laut Satzungen. D. B.

Ämtliche Bekanntmachung.

Das Ausheben von Pflanzen, insbesondere von Säulen und Wurzelsäulen, mit der Wurzel, und das Abbrechen von Zweigen in den städtischen Waldungen sowie jedes unbefugte Betreten der Waldungen außerhalb der gebahnten Wege ist, wie wir hiermit in Erinnerung bringen, verboten.

Zu widerhandlungen werden nach den §§ 14, 19 des Sächsischen Forst- und Feldstrafgesetzes vom 20. Febr. 1909 in Verbindung mit den §§ 138, 141 der Verkehrsordnung für die Stadt Leipzig gehandelt.

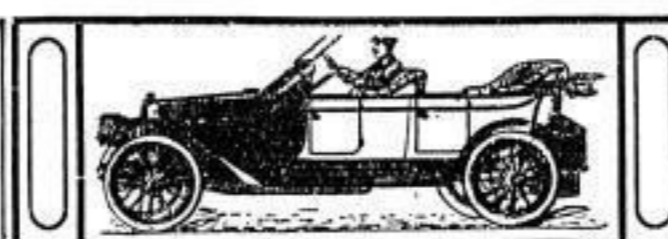
Eltern und Erzieher werden außerdem darauf aufmerksam gemacht, daß sie nach §§ 48, 49 obengenannten Gesetzes für solche Schäden, die durch die ihrer Gewalt unterworfenen Kinder herbeigeführt werden, haftbar gemacht werden können.

Wir haben unser Forst- und Aufsichtspersonal angewiesen, auf strengste Befolgung dieses Verbots zu achten, und uns alle Uebertretungen zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 4. März 1912.

A. 253.

4315] Der Rat der Stadt Leipzig.



Sektion der Stellmacher Leipzigs

Sonnabend, den 9. März, im Gesellschaftssaal des Volkshauses

Humorist. Unterhaltungsabend

Zur Aufführung gelangt ein vorzügliches Programm.

Von 10 Uhr an: Großer Festball.

Einlaß 7 Uhr. Anfang 8 Uhr

Um rege Beteiligung bittet Das Festkomitee.

Programme sind bei den Werkst.-Delegierten u. im Bureau d. Holzarbeiter-Verbandes zu haben.

Töpfer!

Dienstag, den 12. März, abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung im Volkshaus.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Fensterkontrolle. 2. Wie stellt sich die Filiale zu der Auffassung des Zentralvorstandes über die Verschmelzung? Ist seine Auffassung irrtümlich oder richtig, daß zunächst jede Besprechung der Verschmelzung — weil schon perfekt — ausgeschlossen ist, und daß nur noch das gemeinsame Statut besprochen werden darf?

D. B.

Freie Turnerschaft Markranstädt

Freitag, 8. März, abds. 9 Uhr, Mitgliederversammlung.

L.-D.: 1. Bericht vom Bezirksturntag. 2. Stellungnahme zum Kreisturntag. 3. Gründung v. Spielabteilungen. 4. Verschied.

Sonnabend, 9. März, Or. Humorabend in der Turnhalle.

Sonntag, 17. März, Abendunterhaltung i. d. Guten Quelle.

Zahlr. Beteiligung bei allen Veranstaltungen erwartet. D. T.

NB. In unserm Wohnhause sind noch 2 schöne Wohnungen für 1. April preiswert zu vermieten.

Leipzig-Co. Pegauer Str. 24

Fernruf 9828 Fernruf 9828

Günstige Kaufgelegenheit!

Juwelen, Gold-, Silber-, Alfenidewaren, Uhren

wegen Aufgabe des Ladens Barfußgässchen 12

O. Würscher, Juweller.

Leipziger Beerdigungs-Anstalt, Pietät

Teleph. 532 Feuerbestattung Teleph. 532

28 Matthäikirchhof 28

Zweiggeschäfte: L.-Lind., Odermannstr. 10. L.-Volk., Konradstr. 41. L.-Gohlis, Eisenacher Str. 8. Tel. 16370.

Familien-Nachrichten

Montag nacht verschied nach schwerem Leiden im Krankenhaus St. Jakob mein innigstgeliebter Mann, unser treuherziger Vater, der Bauarbeiter

Hermann Wiedermann

im Alter von 47 Jahren. Schmerzerfüllt zeigt dies hierdurch an

Berta verw. Wiedermann

zugleich im Namen der übrigen Hinterbliebenen.

Beerdigung Freitag, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle des Plagwitzer Friedhofs aus.

Am Dienstag verschied nach schwerem Leiden unser Sportgenosse

Hermann Wiedermann.

Dies zeigt hierdurch an

Arbeiter-Radfahrer-Verein Leipzig (Abteilung Kleinzschocher).

Die Beerdigung findet Freitag, nachmittags 3 Uhr, auf dem Plagwitzer Friedhof statt.

Nachruf.

Am 2. März verstarb unser Kollege und Mitarbeiter, der Bergolber

Joseph Seer

im Alter von 37 Jahren an der Proletarierkrankheit. Sein biederer und ehrlicher Charakter, sein Wirken im Arbeiterausgleich sichern ihm ein bleibendes Andenken.

Das Arbeiterpersonal der Firma Kunstanstalt B. Grosz.

Heute nacht entschlief nach kurzem schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute, aufopfernde Mutter, Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Anna Martha Gottschalg geb. Bader im Alter von 27 Jahren.

Zu tiefsten Schmerze zeigen dies an Leipzig-Anger, den 6. März 1912

Der trauernde Gatte und Hinterbliebene.

Die Beerdigung findet Sonntag, mittags 1/1 Uhr, vom Trauerhause, Spichernstraße 11, aus statt.

[5027]

Ein trones Mutterherz hat aufgehört zu schlagen!

Mittwoch, den 6. März, verschied sanft und ruhig unsere liebe Mutter, Schwieger- und Großmutter

Frau Friederike Auguste verw. Müller geb. Krüger.

Dieses zeigen hiermit statt besonderer Anzeige an L.-W. S. d. E. n., den 6. März 1912

Otto Müller nebst Frau und Kindern. Paul Müller nebst Frau und Kindern.

Die Verstorbene wird ihrem Wunsch entsprechend eingeschert.

[4964]

Sozialdemokrat. Verein für den 13. sächs. Reichstagswahlkreis.

Den Mitgliedern unseres Vereins zur Nachricht, daß unser treuer Genosse, der Lagerhalter

Hugo Beyer

am Dienstag nachmittag verstorben ist.

Wir verlieren in ihm einen braven Mitkämpfer, der allezeit, schon während des Ausnahmestandes, in den vordersten Reihen gestanden hat.

Die Trauerfeier mit darauffolgender Einschierung findet Freitag, nachmittags 3 Uhr, in der Kapelle des Südfriedhofs statt und erwartet zahlreiche Beteiligung

Der Hauptvorstand. J. Scheid, Vorsitzender.

5020]

Männer- und Gemischter Chor Leipzig-St.

Unsere werten Mitgliedern zur traurigen Nachricht, daß der Tod unser langjähriges passives Mitglied

Herrn Hugo Beyer

aus unsrer Mitte gerissen hat. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten!

[4964]

Müller's Monats-Garderobe

Jetzt nur 27 1/2 Tr. (fr. Katharinenstr., 2. Hofstr.) empfiehlt z. Verkauf von feinsten Herzschnitten u. Stubentchen wenig gezeigte Anzüge und Paletots

Maßarbeit, d. non bis 100. K. gef. f. 8, 12, 16, 20. K. u. höher. Frack- u. Gehrock-Anzüge staunend billig, auch leihweise.

Alle Herren könn. sich hoch eleg. u. f. bill. kleiden. Neue u. von jhr. Anz., Frack., Hos., Frh.-Pal., Gesellsch.-Anz. a. leihw.

Monatsgarderobe Schau 10 Grosse Fleischergasse Nr. 10 Goldne Krone, im Hause der städtischen Speiseanstalt.

Damen-Garderobe sowie Kinderkleider fertigt an Frau Klara Grund Leipzig-Anger Wölkauer Str. 51, I.

Für Mutters Liebling empfiehlt der Baby-Bazar seine sämtl. Kräftl. t. größt. Auswahl bei bill. Preisen. Bettfedern u. fert. Bett. v. bill. b. best. Paul Prinsky, Lindenau Gundorfer Straße. [2977]

Schuhwaren

kauft man in anerkannt guter Ware zu billigen Preisen bei A. Günther Lindenau, Auroellenstr. 38 an der Gutsmuthsstraße. Große Auswahl in Filz- u. Schnallentofeln. Reparaturen schnell u. sauber.

Heinrich Panster

Möbel-Ausstattungen L.-Kleinzschocher, Dieskaustr. 38.

Politische Uebersicht.

Staats-Monopole?

Das Berliner Tageblatt will aus sicherer Quelle erfahren haben, daß die Regierung an eine Art neue „Finanzreform“ denkt, die in der Errichtung einer Anzahl von Staatsmonopolen bestehen soll, um daraus die Kosten der Rüstungsvorlagen zu decken.

Wenn auf diese Weise die Frage der Verstaatlichung verschiedener Produktionszweige in Fluß kommt, kann uns das nur recht sein. Dagegen wäre es ein geradezu verkehrter Wahnsinn, wenn wirklich die Regierung mit dem Gedanken umgeht, die Staatsmonopole zu errichten, um die Ausgaben der Rüstungsvorlagen zu decken.

Dagegen steht die Sache mit Kalk, Spiritus und Zündhölzern so, daß es nur gelten würde, bestehende oder in Vorbereitung begriffene Privatmonopole zu verstaatlichen. Ueber solche Pläne läßt sich wohl diskutieren.

Deutsches Reich.

Aus dem Reichstag.

Parlamentsbrief.

Berlin, 6. März. Bevor der Reichstag dem Staatssekretär des Innern das Gehalt im Betrage von 50 000 Mk. bewilligt, legt es alljährlich eine wenigstens in der Dauer große Redeschlacht.

recht instruktiv über wirtschaftspolitische Probleme sich äußerte und dabei die Schwarzblauen nicht übel zudeckte. Wenn nur Herr Gothein sich kürzer fassen wollte; meistens sind seine Reden von einer unerträglichen Länge.

In der Mittwochssitzung trat Franzosen Behrens als erster Redner auf. Er spie Gift und Galle gegen die Sozialdemokratie, gegen die er sich allmählich in einen beinahe nur noch pathologisch zu erklärenden Haß hineingestossen hat.

Ein Königreich für einen Entschluß.

Die Wiederholung der Reichstagspräsidentenwahl wird morgen stattfinden. Die nationalliberalen Jammergeisse aber sitzen da, wissen sich nicht zu helfen und können zu keinem Entschluß kommen.

Die Verhandlungen zwischen den bürgerlichen Parteien sind bislang völlig ergebnislos verlaufen. Die Nationalliberalen wollen kein Linken- und kein Rechtenpräsidium, die Fortschrittler bestehen darauf, daß ein Sozialdemokrat Vizepräsident werden müsse.

Die Situation ist also sehr unklar. Da die Rechte die Mehrheit hat, wenn sich die Nationalliberalen enthalten, so kann es, wie gesagt, zu einem völlig blau-schwarzen Präsidium kommen.

Die Deckungsfrage ist noch ungelöst . . .!

Die Scherkerpfele meldet: Nachdem das preussische Staatsministerium sich in der Sitzung am Montag mit den beiden Wehrvorlagen beschäftigt hat, sind diese nunmehr dem Bundesrat zugegangen.

Das verschämte Zentrumsministerium.

Das Ministerium Hertling verleugnet seine Farbe. Es will kein Zentrumsministerium sein. In einer längeren Programmrede, die Herr v. Hertling am Dienstag den bayrischen Landboten vorgelesen hat, bestreitet er, daß sein Ministerium ein Zentrumsministerium ist.

gieten unternehme; ob aber ein solcher Versuch jemals unternommen worden sei, könne unerörtert bleiben, ein normaler Zustand sei es nicht.

Natürlich fehlte es nicht an dem obligaten Sammlungsruf an die bürgerlichen Parteien, wie an Beteuerungen, daß Kirche und Christentum als ewige Wahrheiten und Werte konservert werden und die Grundlage der Volkserziehung bilden müssen.

Somit enthielt die Rede die bekanntesten wohlwollenden Worte für Landwirtschaft, Industrie und Mittelstand, nichts aber von Sozialpolitik. Dafür aber gab es die Versicherung, daß die Autorität des Staates hochzuhalten und zu schützen sei im Sinne der geschichtlich gewordenen, allein berechtigten und verfassungsmäßig geschützten Monarchie.

Das Interpellationsrecht.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstags begann am Mittwoch mit der Beratung des Abschnittes: Interpellationen. Eine Generaldebatte wurde nicht gewünscht, aber es sollen zwei Lesungen stattfinden.

Zu den einzelnen Absätzen des § 32 der Geschäftsordnung wurden nach den Vorschlägen Müller und Hund Änderungen beschlossen. Der Paragraph erhielt danach folgende Fassung: „Interpellationen müssen bestimmt formuliert und von mindestens 20 Mitgliedern unterzeichnet eingereicht werden.“

Konstitutionelle Bedenken der Junker.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde am Mittwoch die vom Zentrum angeregte Frage eingehend diskutiert, ob der Bundesrat berechtigt war, den Saisonlohn auf Kartoffeln vom 15. Februar bis 20. April zu suspendieren.

Aus der Wahlprüfungskommission.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstags verhandelte am Dienstag drei Stunden über die Wahl des Reichsverbandes Dr. Becker und zwar zunächst über die beanstandeten Stimmzettel. Das Resultat stellte sich schließlich so: Dr. Becker 12010, Korell 12015 Stimmen.

Die Klassen der Abg. Dunajski (Pole) und J. L. (nat.) wurden für gültig erklärt, weil die Einwendungen, auch wenn sie voll erwiesen würden, doch die Stimmenmehrheit der Gewählten nicht erschüttern könnten.

Legung des Schnapsliebessabens aufziehen.

Auf der Tagung des Vereins deutscher Spiritusfabrikanten erklärte der Geschäftsführer der Spirituszentrale, der mit 50 000 M. jährlich besoldeter konjunktiver Abg. Kretz, daß die norddeutschen Brennermeister aus dem Liebessab nur um der kleinen süddeutschen Brenner willen so innig hängen. Da auch jüngst im badischen Landtag der Finanzminister — ganz im Kretz'schen Sinne — die Notwendigkeit der Beibehaltung der Branntweinliebessabens als Unterstützung der süddeutschen Kleinbrenner ostentativ herzuheben, weist ein Fachmann dem badischen Finanzminister im Karlsruher Volksfreund in einer längeren Zuschrift nach, daß die 30 000 badischen Kleinbrenner zusammen nicht im entferntesten den Liebessabentrag einheimen, wie die Großfirma Sinner in Grünwinkel bei Karlsruhe allein, die nach eigenem Verständnis im letzten Kontingentsjahr die Summe von 218 000 M. bezog. Die kleinen Brenner dürfen nicht mehr als 30 Liter reinen Alkohol, d. h. ca. 60—65 Liter Kirchschen- oder Zwetschgenwasser herstellen; dafür erhielten sie die „große Staatsunterstützung“ von 30 mal 21 Pfg., also ganze 630 M. Die könnten sie nicht retten. Am schlimmsten wären die Obstbrenneren davon, von denen man im Reichs- und Landtage nie redete. Man stelle ihnen nach der Reichsfinanzreform von 1906 die Bedingung: Entweder sind nach norddeutscher Art verschlossene Sammelgefäße anzuschaffen, oder die Obstbrenneren dürfen überhaupt nur 30 Hektoliter reinen Alkohol brennen! Eine Verordnung des Bundesrats bekräftigte diese Maßnahme, in welcher es dann hieß: Wenn die süddeutschen Obstbrenner sich diese Sammelgefäße oder wenigstens Mehrzweckgefäße nicht aufstellen lassen, dürfen sie keine ausländischen Weine mehr brennen. Der Einsender sagt dann:

Nun können wir aber die französischen Weine nicht entbehren, da wir solche zur Regenerierung benötigen, und waren somit gezwungen, uns zu fügen und Mehrzweckgefäße zu lassen, die die ganzen Brenneren verschmerzen. Auch scheint man in Berlin nicht zu wissen, daß es im Süden auch Mirabellen, Birnen, Heidelbeeren, Himbeeren und Brombeeren gibt, die einen vorzüglichen Branntwein ergeben, denn es ist uns — unglaublich aber wahr — unmöglich gemacht, diese Gattung Früchte und Beeren zu brennen, und zwar mit nachstehender Strafe: Wer die oben erwähnten Früchte brennt, hat 18 M. Vertriebsaufschlag vom Hektoliter reinen Alkohol zu bezahlen, aber nicht allein für den Branntwein, der aus diesen Früchten hergestellt wird, sondern auch für jeden beliebigen Branntwein, den der Brenner nachträglich noch herstellt, einzeln aus was er besteht. Der also hergestellte Branntwein würde sich alsdann folgendermaßen kalkulieren: Steuer 125 M., Vertriebsaufschlag 18 M., Lieberbrand 0.50 M., also der Hektoliter reiner Alkohol 143.50 M. Das sind die „Vorteile“ der Obstbrenneren gegenüber den norddeutschen Großbrenneren, die Hunderttausende als Liebessgabe erhalten.

Heute wird in Norddeutschland jeder Kauf eines Mitterguts mit der Frage eingeleitet: Wieviel Kontingent haben Sie? Wo nicht mehr der Wert des Grund und Bodens entscheidet, sondern die Höhe der Liebessgabe bestimmt den Kaufpreis. Erklärlich, daß die verschuldeten ostelbischen Junker um keinen Preis die Liebessgaben missen wollen. Der Fachmann schließt:

Wir süddeutschen Branntweinfabrikanten sind infolge des Gesetzes die Liebhaber der norddeutschen Großbrenneren und Spiritusfabrikanten. Diese haben sich zu einem Trutz zusammengetan und wir bekennen von diesem Trutz oder Zentrale, wie er sich nennt, den Preis des Feinspirits diktiert, und so all dem müssen wir noch ein freundschaftliches Gesicht machen, sonst werden wir mit einem höheren Ausnahmepreis bestraft oder der Trutz weigert sich, uns Feinsprit zu verkaufen. Der Feinsprit ist uns aber zur Vorfabrikation unentbehrlich und somit müssen wir uns auch ihren Bedingungen flets unterwerfen.

Denn um Kretz werden die unwillkürlichen Ausführungen recht unangenehm sein. Um so notwendiger ist es, sie der breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, damit der Reichstag mit dem Stand der Liebessgaben aufräumt.

Berlin, 7. März. Der Etat des Reichstags weist eine Ausgabe von 2 184 213 Mark nach. Die Aufwandsentschädigungen an die Mitglieder betragen 1 020 000 Mark. Die übrige Summe wird verausgabt für Befoldungen, Wohnungsgeldzuschüsse der Beamten des Reichstags, für persönliche Ausgaben im Interesse des Reichstags.

Kleine politische Nachrichten. Das österreichische Abgeordnetenhaus ist nach zweimonatiger Pause wieder zusammengesetzt. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Bericht des Zensurausschusses und die erste Lesung des neuen Wehrgesetzes. — Bei der in Südmannchester durch die Ernennung Paworh's zum Junior-Lord des Schachers notwendig gewordenen Neuwahl zum englischen Unterhaus erhielt der Unionist Glazebrook 7051 und der Liberale Paworh 6472 Stimmen. Die liberale Mehrheit im Januar 1910 betrug 2452.

Österreich-Ungarn.

Die Krise im ungarischen Kabinett.

Budapest, 6. März. Der Pesther Lloyd meldet: Der Ministerpräsident wird in der morgigen Audienz die Demission des Kabinetts überreichen, falls es ihm nicht gelingen sollte, mit seinem Standpunkt in der Frage der Einberufung der Referaristen durchzuführen. Voraussichtlich wird der König nicht sofort eine Entscheidung treffen, sondern das Kabinett mit der Fortführung der Geschäfte betrauen. Das Abgeordnetenhaus wird sich nach der Mitteilung der Demission am Freitag für die Dauer der Krise verlagern.

Wien, 6. März. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, habe die Krone bereits ihren Willen kundgegeben, die bekannte ungarische Resolution in der Frage der ausnahmsweisen Einberufung der Referaristen zurückzuziehen. Damit scheinen die dem Parlament vorliegenden neuen Wehrgefehdvorlagen aufgegeben. In den Abendstunden wurde in den Couloirs des Abgeordnetenhauses bereits erklärt, daß die Regierung wahrscheinlich morgen die Wehrvorlagen zurückziehen werde und an ihre Stelle ein einjähriges Provisorium einbringen beabsichtige, womit eine Erhöhung des Rekrutenkontingents von 138 000 Mann ausgesprochen wird. Als besonders wichtig hierbei ist der Umstand, daß die neue Vorlage alle jene Erleichterungen und Vergünstigungen vorsieht, die das neue Wehrgesetz enthalten hatte.

Frankreich.

Die fünfte Waffe.

Paris, 5. März. Heute nachmittag brachte der Kriegsminister Millerand in der Kammer den Gesetzentwurf über das Militärflugwesen ein, durch welchen der „fünften Waffe“ eine selbständige Organisation verliehen werden soll. Die einzelnen kriegsmäßigen Fliegerabteilungen werden den Namen Avions-Geschwader führen und je acht Flugzeuge umfassen. Für 1912 sind Gesamtausgaben von 2¼ Millionen, für die späteren Jahre durchschnittlich 25 Millionen franc vorgesehn.

Schweiz.

Das Rüstungsloster.

Bern, 6. März. Der Bundesrat hat heute morgen beschlossen, einen Kredit von 16 Millionen zum Ankauf von Militärflugzeugen, Feldgeschützen, Gebirgskanonen und Festungskanonen bei dem Nationalrat nachzusuchen. Die Vorlage wird dem Nationalrat im Juni zugehen.

400 sozialdemokratische Gemeindevertreter.

Stund 400 sozialdemokratische Gemeindevertreter hat jetzt die kleine Schweiz ausgewiesen. Das ist, wenn man bedenkt, daß das

ganze Land nur so viel Einwohner hat wie Groß-Berlin, ein relativ günstiges Resultat. Von diesen Vertretern sind etwa 22 besoldete Stadträte, die, wie in Zürich, Bern, Basel usw. die wichtigsten Aemter verwalteten und in einigen Stadtregierungen nahe daran sind, die Mehrheit zu bilden. So sind in Biel und in Zürich nicht weniger denn 4 von den 9 Stadträten, die die Verwaltung darstellen, Sozialdemokraten, und das Volzger-, Bau-, Finanz- und Armenwesen ist ganz in sozialdemokratischen Händen. Auch in den Großen Stadträten (Stadtverordnetenversammlungen) bilden unsere Genossen vielfach recht ansehnliche Minoritäten. Von den 45 Stadtvätern Winterthurs sind 15, von den 180 in Basel sind 43, von den 80 in Bern sind 28 Sozialdemokraten. In Zürich ist unsere Fraktion gar 49 Köpfe stark, bei insgesamt 125 Vertretern, in Biel zählen wir 29 unter 60 (dort war jahrelang ein Sozialdemokrat Stadtpräsident), in Derendingen (Kanton Solothurn) haben wir 12 von 21, in Grenschen 14 von 30, in Neuhausen-Schaffhausen 3 von 5, in Lersikon 3 von 7, in Oberwinterthur ebenfalls 3 von 7, in Löhli 4 von 7, in La Chaux-de-Fonds 10 von 40, in Yverdon 17 von 90, in La Roche 11 von 40 Vertretern.

Die meisten roten Gemeindevertreter hat der Kanton Bern ausgewiesen, nämlich 95; ihm folgt der Kanton Zürich mit 90, Basel mit 47, Solothurn mit 43, Waadt mit 33, Neuchâtel mit 25 usw. Dagegen ist es in recht industrie- und volkreichen Distrikten wie Genève, Thurgau, Aargau, Schaffhausen, Appenzel A. u. S., Appenzel A. u. O., Nidwalden, Ob- und Nidwalden, Schwyz, Uri, Zug und von denen, wo die Pfaffen herrschen, gar nicht zu reden.

In Zürich ist jetzt ein Sitz in der 9 Köpfe starken Stadtregierung frei geworden. Weil aber unsere Partei im Stadtparlament noch nicht die Mehrheit hat, weil sie also die Verwaltung nicht so stützen kann, wie es nötig ist, hat sie freiwillig auf den Sitz verzichtet. Es wäre ihr, wie erst vor drei Wochen die Kraftprobe bei der Bezirksrätewahl ergeben hat, ein Leichtes gewesen, sich den Sitz und damit die Mehrheit zu erobern. Jetzt aber fordern die Bürgerverbände (so eine Art Reichswahrheitsverband), daß unsere Partei den Beschluß umstoße und den Sitz übernehme. Sie sagen, unsre 4 Genossen hätten unter den 9 schon längst die Herrschaft in der Hand, jetzt sollte die Partei auch den fünften Sitz und damit — die Verantwortung übernehmen. Bald so, bald so, wie's treffst. Wir können es halt unsern Gegnern nie recht machen!

Italien.

Die Annahme des Romopolenwurfs.

Leicht und schmerzlos ist das Versicherungsmonopol von der italienischen Kammer angenommen worden. Von der gefährlichsten Diskussion, die von der Oppositionspresse des Bürgerums mit so viel Lärm angebroht worden war, ist gar nichts zu spüren gewesen. Der Entwurf, der im Juni vorigen Jahres so stürmischen Erörterungen geführt hat, ist in seiner heutigen Fassung fast ohne Widerspruch durchgegangen. Die wesentliche Veränderung gegenüber der ersten Fassung des Entwurfs liegt darin, daß eine zehn-jährige Periode des Uebergangs festgelegt wird, während der die Gesellschaften unter gewissen Bedingungen fortbestehen können, Versicherungsabträge abzuschließen. Weiter als zur Erringung dieser Zugeständnisse hat wohl die Kraft des Versicherungskapitals der Regierung gegenüber nicht gereicht. Die Schlichte, die das Kapital geliefert hat, hat sie außerhalb der Kammer geliefert. Im Parlament selbst schwebte die Opposition. Keine bürgerliche Partei hat jetzt Interesse daran, der Regierung Schwierigkeiten zu machen. Solange der Krieg dauert, gelistet es niemand, Glottis Stelle einzunehmen. Daher der geringe Kampfesmut der Opposition, der Glottis sogar der Notwendigkeit entbot, ein Vertrauensvotum zu fordern. Das im vorigen Jahre von allen Freikämpfern als der erste Schritt zum Staatssozialismus mit Wischen abgetan worden war, ist heute auf einmal eine ganz annehmbare Sache geworden, weil der Kampf um die Ministernachfolge heute ruht, und weil sich das Versicherungskapital mit der zehnjährigen Gnadenfrist halbwegs zufrieden gegeben hat.

Die schwebenden schwarzen Kugeln.

Aus Rom wird uns geschrieben: Die Differenz zwischen der Zahl der schwarzen Kugeln, die bei der geheimen Abstimmung über das Anknüpfungsdekret abgegeben worden waren, und der Zahl der bei der Abstimmung beteiligten Sozialisten hat den Parteivorstand und die Parlamentsfraktion veranlaßt, sich des längeren mit dem unerklärlichen Abstimmungsergebnis zu beschäftigen. Man beschloß, um den guten Namen der sozialistischen Abgeordneten zu wahren, jedem von ihnen, soweit er an der Abstimmung beteiligt war, eine ehrenwörtliche Erklärung über sein Votum abzuverlangen. Die gewünschte Erklärung ist bis jetzt von 18 Genossen abgegeben worden, und von diesen hat einer, nämlich der Abgeordnete Merlani, eingeräumt, daß er irrtümlicherweise eine weiße Kugel, statt einer schwarzen eingeworfen hätte. Er ist von andern Abgeordneten auf seinen Mißgriff aufmerksam gemacht worden, woraus auch hervorgeht, daß er in gutem Glauben handelte, da er im andern Falle jede Kontrolle seines Votums hätte verhindern können. Auf alle Fälle bleibt nach diesen ehrenwörtlichen Erklärungen die Tatsache, daß 17 sozialistische Abgeordnete schwarze Kugeln abgegeben haben, während deren nur 9 gefunden wurden. Es blies also nichts anderes übrig, als eine Fälschung des Abstimmungsergebnisses anzunehmen. Die Parlamentsfraktion überlandete daher dem Kammerpräsidenten ein Schreiben, in dem auseinandergesetzt wird, daß die bei der Abstimmung beteiligten sozialistischen Abgeordneten zu der Ueberzeugung kommen mußten, daß das offiziell bekanntgegebene Abstimmungsergebnis unrichtig ist. Obwohl das Schreiben sehr höflich gehalten war, erregte es doch in der Kammer große Aufregung. Als Genosse Montemartini Zweifel an der Kontrolle der Abstimmung ausdrückte, entstand ein fürchterlicher Tumult, und unser Genosse, der durch feindliche Zurufe gereizt war, ließ sich dazu hinreißen, der Mehrheit den Vorwurf zu machen, daß sie gemogelt hätte. Es entstand minutenlang lebhaftest Unruhe, bis sich Montemartini bereit erklärte, seine Worte zurückzunehmen. Schließlich gab der Sekretär der Kammerpräsidentenschaft, der die Abstimmung überwacht hatte, die Erklärung ab, daß alles durchaus korrekt verlaufen sei, und auch der Präsident Marcora wies jeden Verdacht gegen die Kontrollorgane der Kammer zurück.

Auf alle Fälle ist für uns die Sache durch die feierliche Erklärung der sozialistischen Abgeordneten erledigt. Es ist abfolnt ausgeschlossen, daß unsere Genossen sich zu einer Lächerung ihrer Partei und ihrer Wählerliste hergeben haben. Es ist klar, daß bei der Abstimmung mehr schwarze Kugeln der Urne anvertraut worden sind, als bei der Zählung zutage kamen. Die Erklärung dafür kann man nunmehr von den sozialistischen Abgeordneten verlangen. Derartige Vermutnisse pflegen überhaupt keine offizielle Erklärung zu finden, aber jeder denkt sich sein Teil dabet.

Arela.

Keine Besetzung Arelas.

Konstantinopel, 5. März. Wie die türkischen Blätter erfahren, haben die Schutzmächte von einer Wiederbesetzung Arelas Abstand genommen, um dem Sturze des Kabinetts Venizelos und inneren Wirren in Griechenland vorzubeugen.

Tunis.

Italienische Heidentaten.

Tunis, 6. März. Unter der italienischen Bevölkerung herrscht große Unruhe, da sie ein Massaker durch die Eingeborenen befürchtet. Einige Kinder der arabischen Bevölkerung im Alter von 7 bis 8 Jahren waren auf einen vorüberfahrenden Wagen, auf dem sich zwei italienische Postträger befanden, mit Steinen. Die Italiener hoben hierauf ohne weiteres ihre Revolver und gaben mehrere Schüsse auf die Kinder ab. Eins von ihnen wurde so schwer verwundet, daß es ins Hospital geschafft werden mußte, wo es nach kurzer Zeit seinen Verletzungen erliegen ist. Ueber diesen Vorgang

hat sich der arabischen Bevölkerung große Erregung bemächtigt. Die Behörden befürchten aus diesem Anlasse neue Unruhen unter den Eingeborenen und treffen alle Maßnahmen, um diesen sofort entgegenzutreten zu können. Starke Patrouillen durchziehen die Straßen.

Mexiko.

Die Revolution.

Newyork, 6. März. Wie aus Mexiko gemeldet wird, ist die Lage der Regierung kritisch. Chihuahua ist in die Hände der Rebellen gefallen und die Regierung muß eingesehen, daß General Orozco mit seinen Truppen zu den Rebellen übergegangen ist. Eine Entscheidungsschlacht zwischen den Streitkräften Raderos und der Revolutionäre wird nördlich von Torreón am Rio Casas erwartet.

Paris, 5. März. Der Marineminister entsandte den gegenwärtig im Hafen von Rio de Janeiro liegenden Kreuzer Desbarres in die mexikanischen Gewässer zum Schutze der französischen Staatsangehörigen in Mexiko.

Sächsische Angelegenheiten.

Aus dem Landtage.

Dresden, 5. März.

Bevor heute die Besprechung des sozialdemokratischen Wahlrechtsantrags begann, deren Verlauf wir an anderer Stelle würdigen, hatte sich das Haus mit einem alten freisinnigen Bekannten zu beschäftigen: dem Antrag auf all-jährliche Einberufung des Landtags. Die Einführung all-jährlicher Tagungen des Parlaments, wie sie in allen größeren deutschen Bundesstaaten bereits üblich sind, wird, ganz abgesehen von den prinzipiellen konstitutionellen Gründen, die hierfür sprechen, von Jahr zu Jahr eine immer dringendere Notwendigkeit. Die vom Landtag zu bewältigenden Arbeiten werden immer umfangreicher, die Zahl der Gesetzesvorlagen nimmt zu, ein Sturm von Petitionen ergießt sich über das Parlament, die bei dem jetzigen Tagungsmodus garnicht ordnungsmäßig zu erledigen sind. Damit ist aber ein äußerst wichtiges Recht der Staatsbürger, das Petitions- und Beschwerderecht, in Frage gestellt, obwohl die Tagungsperioden immer länger werden. Auf alle diese Tatsachen wurde sowohl von dem freisinnigen Antragbegründer Schwager wie auch von unserem Redner, dem Genossen Illge hingewiesen, ohne daß freilich ihre Argumente bei Regierung und Mehrheitsparteiern verfruchteten. Herr Bithum brachte wieder die alten Argumente gegen den Antrag hervor, aus denen nur hervorklang, daß die Regierungsbürokratie eine Mehrarbeit von seiner Erfüllung fürchtet, und der konservative Sprecher Opiß verlangte kurzerhand Uebergang zur Tagesordnung. Die Nationalliberalen zerkleien wie gewöhnlich wieder einmal in zwei Teile und ließen für die Mehrheit durch den Leipziger Abgeordneten Wappler ihre ablehnende Stellung begründen. Im Grunde genommen sprach der Herr freilich nicht gegen, sondern für den Antrag. Dieser ging schließlich an die Reichstagsdeputation, wo er sein Begründet finden dürfte. Abzulange wird seine Aufrechterhaltung dann aber doch nicht auf sich warten lassen, denn die Verhältnisse drängen immer mächtiger auf einjährige Landtagsperioden hin.

Der Zusammenbruch der Scharfmacherpläne.

Am Mittwoch verhandelte die Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer über die neuen Vorschläge des Reichsverwalters, die, wie aus den Mitteilungen in letzter Nummer hervorgeht, zwar mehr einen Kommentar zu seinen ersten Vorschlägen darstellen, aber insofern eine besondere Tragweite haben, als alle Maßregeln mit alleiniger Ausnahme des Arbeitswilligenschuldes gegen Arbeiter und Unternehmer für anwendbar erklärt werden. Zunächst sei in den Mitteilungen in der letzten Nummer noch nachgetragen, daß es nicht zutrifft, daß der neue Vorschlag „Parität“ keinen Koalitions- und Organisationszwang von Arbeitern gegen Unternehmer kenne. Vielmehr stellt der Antrag auch diese Möglichkeit auf und bringt sie in den Bereich der „paritätischen“ Bestrafung wegen Angriffs auf die staatsbürgerliche Freiheit. Ist es gleich Unsinn — denn wie soll der Arbeiter dem armen Unternehmer gegenüber solchen Zwang üben? —, so hat es doch Weisheit, denn es gehört mit als Stütz in den Trugbau der „Parität“. Ferner ist zu melden, daß sich Dr. Böhmte inzwischen zur Frage der „Parität“ bezüglich der schwarzen Listen dahin erklärt hat, daß es damit „etwas ganz andres“ sei; schwarze Listen seien kein illegales Kampfmittel und daher nicht unter Strafe zu stellen.

Das Wichtigste an der neuesten Beratung war die Erklärung der nationalliberalen Mitglieder der Deputation, die im Namen der Fraktion abgegeben wurde. Sie hand ganz offensichtlich unter dem Druck dreier Umstände: 1. daß nach der Erklärung des Staatssekretärs Dr. Delbrück im Reichstage augenblicklich keine Aussicht besteht, die Reichsregierung zu einem Vorstoße gegen das Koalitionsrecht voranzutreiben, 2. daß das ganze Scharfmachervorgehen in seiner angeblichen Veredelung durch die Gegenstände unserer Genossen so entkräftet worden ist, daß sich Dr. Böhmte wegmühtig auf die Aussicht der „Parität“ zurückzog, 3. daß diese „Parität“, so fadensteinig sie ist, doch den Unternehmern bedenklich erscheint, da schließlich die Arbeiter die Justiz dazu zwingen könnten, die Gesetze auch gegen die Unternehmer anzuwenden, während man zugleich die Parität auch im Gesetze nicht entbehren kann, wenn man den geplanten Maßregeln nicht den Charakter der Ausnahmegegebung gegen die Arbeiter allzu sichtbar ausprägen will. Und so bewegten sich die Erklärungen der Nationalliberalen nach der Richtung: Ich möchte gern, aber ich traue mich nicht. Sie fürchten, daß durch allzu große Erweiterung der strafrechtlichen Bestimmungen nicht eine Verhütung, sondern eine Verschärfung der gewerblichen Kämpfe herbeigeführt werde. Die rein wirtschaftliche Entwicklung müsse auch mit wirtschaftlichen Mitteln durchgeführt werden. Für Schäden, die dadurch entstehen, müsse gehaftet werden, daher: Rechtsfähigkeit der Berufsvereine. Das Streikpostenstechen soll nicht verboten werden, nur die „Auswülfte“ seien im Rahmen des allgemeinen Strafgesetzes unter Strafe zu stellen. Das Recht der Streikenden, die Arbeitswilligen abzupressen, anzusprechen und über den Streik aufzuklären, wollen die Nationalliberalen zulassen. Der Boykott sei ein unethisches Kampfmittel, aber er werde durch Strafbestimmungen nicht wirksam zu treffen sein. Ein Koalitionsverbot für die Arbeiter der öffentlichen Anstalten wäre den Nationalliberalen schon recht, und der § 6 der Gewerbeordnung, der die Bahnbetriebe ausdrücklich von der Geltung der Gewerbeordnung und damit nach ihrer Meinung auch die Wohnangestellten vom Koalitionsrecht ausnimmt,

ist ganz in ihrem Sinne, sollte dieser Rechtszustand aber auf weitere Betriebe ausgedehnt werden, so fürchten die National-Liberalen die praktische Undurchführbarkeit solcher Bestimmungen. Die Frage der strafrechtlichen Bestimmungen gegen „Störung des Friedens der Staatsbürger“ und gegen Sabotage (Antrag Büchse) sei untergeordneter Natur. Das ist der vollendete Zusammenbruch, gedeckt wiederum durch ein Rückzugsgefecht.

Von konservativer Seite wurde noch versucht, die Bestrafung der Sabotage dadurch zu erleichtern, daß man Anlagen wegen Sachbeschädigung nicht mehr vom Antrage des Geschädigten abhängig macht. Der gentile Gedanke fiel aber ins Wasser. Ein Fortschrittler war es, der die Idee aufbrachte, den Arbeitern der Organisation, aber nicht das Recht des Streiks zu geben. Er mußte sich von konservativer Seite sagen lassen, daß das daselbe wäre, als wenn man den Arbeitern das Recht zur Bildung von Kassekassen gesehlich zugestehen wollte. Das fortschrittliche Rudel hatte eine „Verbesserung“ des sozialdemokratischen Antrags auf Aufhebung des Absatzes 2 von § 182 sowie der §§ 183 und 6 der Gewerbeordnung sein sollen, fiel aber unter den Tisch.

Schließlich wurde beschlossen, über die böhmeischen Vorschläge einschließlich der „Parität“ und über den sozialdemokratischen Antrag Anfragen an die Regierung zu richten.

Man darf nun gespannt sein, was die Kommissare des Herrn Ullrich, des Ministers für unbedingte Parität zwischen Unternehmern und Arbeitern, bei der kommissarischen Beratung herausfinden werden.

Schulgemeinde oder Gemeindefschule?

Am Dienstag verhandelte die Schulgesetzdeputation der Zweiten Kammer über die Frage, ob auch in Zukunft besondere Schulgemeinden bestehen sollen, oder ob die bürgerliche (politische) Gemeinde die Trägerin des Schulwesens sein soll. Zu einem Beschluß kam es noch nicht. Die Mehrheit der Deputation steht aber, dem Gang der Debatte nach, auf dem letzteren Standpunkte. Nur die Konservativen halten sich an der Regierungsvorlage fest, die die besonderen Schulgemeinden aufrechterhalten will.

Der Debatte lag neben der Regierungsvorlage ein Antrag des Berichterstatters zugrunde: Die Errichtung und Unterhaltung von Schulen sowie die Schulverwaltung ist Sache der bürgerlichen Gemeinde. Dagegen kämpfen die Konservativen mit allen möglichen und noch einigen anderen Gründen, zum Teil mit solchen, die der Haltung der Konservativen auch in anderen Beziehungen der Schulfrage geradezu widerstreiten. So führte einer ihrer Redner aus: Wenn die bürgerlichen Gemeinden die Schulen übernehmen, so würden die konfessionellen Minderheiten von der Verpflegung zur eigenen Unterhaltung ihrer Minderheitsschulen befreit, sie würden dann um so häufiger die Errichtung besonderer Minderheitsschulen fordern. Die Folge werde eine Steigerung der Lasten sein, denn — die Minderheitsschule verlangt viel höhere Aufwendungen als die allgemeine Volksschule. Und ein zweiter konservativer Redner meinte, die bürgerliche Gemeinde könne schon deshalb nicht Träger der Schule sein, weil das Bestehen der konfessionellen Minderheitsschule daran hindere. Beide lehnten also die Uebernahme der Schule auf die bürgerliche Gemeinde mit trefflichen Gründen für die — allgemeine und konfessionellose Volksschule, die sie bekanntlich bekämpfen, ab.

Die witterten Verdacht gegen die Gemeindefschule, wie sie der Berichterstatter vorschlug. Sie sei, so sagte der zweite Redner, der letzte Schritt zur konfessionelosen Schule, und es liege ein stiller Kulturkampf darin. Im übrigen verstellten sich die Konservativen auf die Verhältnisse der Landgemeinden. In zusammengefügten Gemeinden müßten dann, so meinten sie, zur Verattung der Schulverwaltungsbefugnisse die Gemeinderäte aller beteiligten Orte zusammenkommen; das sei ein unmöglicher Apparat; und wie solle es in Gemeinden werden, die nur eine Gemeindeversammlung statt des Gemeinderates hätten? Die Herren finden sich, wenn sie nicht wollen, nicht aus drei Bergen. Die Einrichtung der Schulausschüsse im Rahmen der bürgerlichen Gemeindevertretung scheint ihnen ganz fremd zu sein. Vom Berichterstatter und von anderen Seiten wurde dagegen die Gemeindefschule mit guten Gründen verteidigt. Gegen das konservative Argument, die Gemeindefschule werde eine neue Rücksicht in die ohnehin schon von vielerlei Rücksichten geleiteten Gemeindefschulangelegenheiten hineintragen, wurde entgegen, daß es kein Schade sein würde, wenn unter die Rücksichten der Kirchturnspolitikk im Gemeindefschulangelegenheiten auch einmal etwas kultureller Inhalt getragen werde. Der Fortfall der konfessionellen Minderheitsschule werde nur von Vorteil sein, denn bei der konfessionellen Trennung müßten die Kinder der Minderheit oft in die minderwertige Schule gehen. Es bestehe die Gefahr, daß bei dem Bestreben nach Selbstständigkeit der Kirchengemeinde die Minderheitsschule unter die Abhängigkeit der Kirche gerate und diese Gefahr drohe, wenn so erst einmal das Prinzip in Kraft getreten sei, dann auch für die gesamte Schule. Auch um der Fortbildungsschule willen sei der Uebergang der Schule auf die politische Gemeinde notwendig, denn die allgemeine Fortbildungsschule stehe oft lediglich deshalb hinter dem Fachschulwesen zurück, weil die besondere Schulgemeinde bestehe und dafür zuständig sei, während die Fachschulen unter der Oberleitung des Ministeriums des Innern von der bürgerlichen Gemeinde verwalten würden. Die Sozialdemokraten vertraten die Uebernahme der Schule auf die Gemeinde.

In der nächsten Sitzung soll zunächst die Debatte fortgesetzt werden.

Gewerbefreiheit und Gemeindeautonomie.

er. In den Bedingungen für Abgabe von Strom aus dem Gemeinde-Elektrizitätswerk Oberprohna ist u. a. bestimmt, daß die Installation von Anlagen innerhalb und außerhalb der Gebäude nur von den von der Verwaltung zugelassenen Installateuren ausgeführt werden dürfen. Auf Grund dieser Vorschrift haben die Inhaber der Firma Karosly u. Lewy in Pimbach, als Installateure zugelassen zu werden. Sie wurden jedoch von der Verwaltung wegen Unzuverlässigkeit und mangels vorhandenen Bedürfnisses abfällig beschieden. Die Beschwerde der Firma wurde von der Amtshauptmannschaft mit dem Bemerkten verworfen, daß es an einem ausreichenden Anlaß fehle, der Bezirksverwaltung die Zulassung weiterer Installateure als der bereits bestellten anheim- oder gar aufzugeben. Die Kreis-Hauptmannschaft Chemnitz beachtete den Rekurs, indem sie sich auf eine Verordnung des Ministeriums des Innern vom April 1900 stützte, wonach es eine unzulässige Beschränkung der Gewerbefreiheit sei, wenn die Zulassung von Installationsfirmen von einem Bedürfnisse abhängig gemacht werde. Die Zulassung der einzelnen Firmen dürfe vielmehr nur davon abhängen, ob sie zuverlässig sei. Letzteres sei zu bejahen. Auf die Anfechtungsklage der Gemeinde als Verwalterin des Werks hat das sächsische Obergericht die Entscheidung der Kreis-Hauptmannschaft aufgehoben, also zugunsten der Gemeinde entschieden, und dies wie folgt begründet: Unternehmungen einer Gemeinde, die nicht zu dem Kreise der verfassungsmäßig den Gemeinden obliegenden Aufgaben gehören oder ihr als solcher nicht durch Reichs- oder Landesgesetz besonders zugewiesen sind, bilden öffentliche Einrichtungen erst dann, wenn sie dazu durch Gesetz rechtswirksam erhoben worden sind. Bis dahin stelle sich der Betrieb solcher Unternehmungen, zu denen auch Elektrizitätswerke zu rechnen seien, als eine rein privatwirtschaftliche Tätigkeit dar, und die Verfügungsmacht über sie regelt sich nach den Grundsätzen des Privatrechts. Daher seien die in Wollzucht ihrer Betriebe erteilten Anordnungen der Gemeindeorgane als Privatwillensäußerungen anzusehen. Die Aufsichts- und auch die Ober-

aufsichtsbehörden seien aber in Fällen der vorliegenden Art nicht berechtigt, die Gemeindeorgane an Durchführung ihres Willens zu hindern. Denn die Gemeinden unterliegen nur bei der Ausübung öffentlicher Verwaltung der staatlichen Aufsicht, während sie für eine privatwirtschaftliche Tätigkeit, abgesehen von einzelnen hier nicht in Betracht kommenden Ausnahmen, dieselbe Freiheit wie eine Privatperson zu beanspruchen hätten. Daß in der letzteren Beziehung die Aufsichtsbehörden keinen rechtlichen Zwang den Gemeinden gegenüber ausüben könnten, sei selbst in der von der Kreis-Hauptmannschaft erwähnten Verordnung des Ministeriums des Innern anerkannt. Denn dort sei gesagt: Natürlich hätten die Behörden nicht die Möglichkeit, gegen Private der Gemeinden unmittelbar vorzugehen. Sie würden sich vielmehr auf Einwirkungen zu beschränken haben, die regelmäßig nur in der Form würden erfolgen können, daß die Behörden beratend und verständig ihren Einfluß auf die Gemeinden geltend machten. Da der Betrieb des Werks, wie feststehe, ein privatwirtschaftliches Unternehmen sei, habe die Gemeinde das unbeschränkte Recht, die Bedingungen zu regeln, unter denen sie denjenigen, die darum nachsuchen, den Anschluß an das Werk und den Bezug von Elektrizität gestatten wolle. Mit hin dürfe sie diese Erlaubnis auch davon abhängig machen, daß die für den Privatanschluß erforderlichen Installationen durch die von ihr erwählten, von ihr zugelassenen Gewerbetreibenden ausgeführt würden. Demgemäß sei sie auch zum Ausschluß eines einzelnen Gewerbetreibenden von den betreffenden Arbeiten berechtigt. Die bloße Ausübung privatrechtlicher Befugnisse könne aber niemals eine unzulässige Beschränkung der Gewerbefreiheit sein.

Das Pfarrbesoldungsgesetz gefährdet?

Das Pfarrbesoldungsgesetz ist in der Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer auf Schwierigkeiten gestoßen. Das Hauptbedenken geht dahin, daß das Gesetz gegen die Verfassung verstoße, weil es bestimmt, daß die stiftungsmäßigen Pfarrleihen mit Beiträgen sollen zu der in Aussicht genommenen Pfarrbesoldungs- und Alterszulagenklasse, deren Zweck ist, ausgleichend für die Besoldung der Geistlichen des ganzen Landes zu wirken. Die Pfarrleihen sind aber nur für bestimmte Gemeinden vom Stifter geschaffen worden. Die Regierung vertritt den Bedenken gegenüber den Standpunkt, daß jene Maßnahmen des Pfarrbesoldungsgesetzes mit der Bestimmung in § 80 der Verfassung sich wohl vereinbaren lassen. Ein neuerdings beim Justizministerium eingeholtes Gutachten gibt der Anschauung der Regierung recht. Der Beitrag aus dem Pfarrleihen zur Pfarrbesoldungs- und Alterszulagenklasse werde dem Stiftungszweck und dem Inhaber der fraglichen Stelle ja letzten Endes nicht entzogen, sondern nur auf einem durch die fortschreitenden Zeitverhältnisse gebotenen anderen Wege als bisher zugeführt. Dazu komme noch, daß die sogenannten Prüfen für die Pfarrbesoldung wegen ihrer nicht allzu großen Höhe und des fortwährend gelutzten Wertes des Geldes bei weitem nicht die Bedeutung haben, die man ihnen vielfach beimißt. Die Deputation kann aber zum Teil trotz alledem hierbei nicht beruhigt lassen. Auch die endgültige Festlegung des Staatszuschusses zur Besoldung der Geistlichen auf jährlich 1 104 000 M. wird von einigen Mitgliedern der Deputation befüßt, und die Sozialdemokraten lehnen ihn ganz ab. Weiter wird auch die Bestimmung scharf aufgenommen, daß der Beitrag zur Alterszulagenklasse bis zum Betrage von 2 Prozent des Gesamtbetrags der in Sachsen erhobenen Staatseinkommensteuer, soweit sie nicht von Andersgläubigen erhoben wird, erhöht werden kann. Wenn danach die Ausschüsse für das Pfarrbesoldungsgesetz als nicht gerade günstig zu betrachten sind, so werden die bürgerlichen Mitglieder der Gesetzgebungsdeputation schließlich schon den Weg finden, auf dem sie mit der Regierung ankommen. Uebrigens sollen sich auch gegen den Gesetzesentwurf zur Bildung von Kirchenverbänden Schwierigkeiten erhoben haben.

Dresden. Eine vom Dresdner Lehrerverein einberufene öffentliche Versammlung im Tivoli, die bis auf den letzten Platz im Saale und auf den Galerien gefüllt war, beschäftigte sich mit der Frage der allgemeinen Volksschule. Referenten waren die Lehrer Krebs und Krz. Letzterer sprach namentlich gegen die Konfessionsschule. Im allgemeinen vertraten die Redner die bekannten Lehrerforderungen. An die Referate schloß sich eine lebhatte Debatte.

Chemnitz. Das vom hiesigen Schwurgericht gegen Frau Voigt wegen Rindstötung ergangene Todesurteil ist in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt worden.

Chemnitz. Die Erfahrungen, die die hiesige Fleischereinnung mit der Einführung australischer Geflügel gemacht hat, hat sie veranlaßt, wiederum 100 geschlachtete australische Dämme in gefrorenem Zustande kommen zu lassen. Die Sendung ist bereits eingetroffen und wird in den nächsten Tagen zum Verkauf gestellt werden.

A Dorf. Die hiesigen Stadtverordneten beschloßen die Errichtung eines städtischen Schwimmbades mit einem Kostenaufwande von etwa 12 000 Mark. Die Stadt besitzt bereits einen Fonds hierfür in Höhe von 24 000 Mark.

Aus den Nachbargebieten.

Aufgelöst!

Der Landtag zu Schwarzburg-Rudolstadt erledigte am Dienstag fünf Vorlagen, die einstimmig angenommen wurden. Dann kam der Wahlgesetzentwurf zugunsten der Höchstbesteuerten zur Beratung. Der Rechts- und Gesetzausschuß, der den Entwurf der Regierung zu begutachten hatte, kam in seiner Mehrheit zu dem Beschluß, dem Landtag die Ablehnung zu empfehlen. In der Begründung wurde ausgeführt, daß eine Aenderung des Wahlrechts nur im Sinne der Verhältniswahl erfolgen könne. Der Staatsminister Frhr. v. d. Rede bedauerte zunächst den Beschluß des Ausschusses, denn die Ablehnung bedeute materiell auch die Ablehnung des Stats, da die Steuer- und Finanzgesetze von der Wahlrechtsvorlage abhängen. Er ersuche deshalb die Sozialdemokraten nochmals, den Entwurf anzunehmen, eine Ablehnung würde Folgen haben, die für das Land von großer Wichtigkeit seien. Die Regierung habe gehofft, mit unserer Fraktion die Geschäfte führen zu können und in der ersten vertraulichen Sitzung hätte es auch auf Grund gegenseitiger Konzessionen den Anschein gehabt, als ob eine Verständigung erfolge. Dann sei die Stimmung plötzlich umgeschlagen. Auf die Wahlrechtsvorlage könne die Regierung nicht verzichten. Namens der Minderheit des Gesetzausschusses gab Abg. Sommer (liberal) die Erklärung ab, daß die bürgerlichen Abgg. die Gründe der Regierung als stichhaltig anerkennen müßten. Er und sein Parteifreund Crone hätten gern einen Teil der ihnen sympathischen sozialdemokratischen Forderungen unterläßt. Von unserer Fraktion kamen fünf Redner zum Wort. Gen. Oswald führte aus, daß die Regierung seit langen Jahren jede fortschrittliche Entwicklung der Finanzgesetze verhindere, indem sie die Wahlrechtsvorlage damit verknüpfte. Die Wähler hätten sozialdemokratische Abgeordnete ins Parlament geschickt, um endlich einmal eine freihetliche Entwicklung in der Landtagspolitik zu sehen. Als Antwort komme die Regierung mit einem Entwurf, der vor 40 Jahren verlebene Privilegien zugunsten der Höchstbesteuerten noch ausbauen anstatt beseitigen wolle. Das sei eine direkte Verhöhnung der Wähler. Der Staatsminister versuchte, unsern Genossen entgegenzutreten, hatte aber damit wenig Glück. Unsere Genossen Scholl, Finke und Frötscher betonten ebenfalls den Standpunkt unserer Partei. Gen.

Sartmann geißelte die ganze bisherige Regierungspolitik, die er als eine traurige Krämerpolitik bezeichnete. In der ganzen unfruchtbaren Politik seien nur die Regierung und die bürgerlichen Abgeordneten schuld. Warum habe man die Vorlage nicht zurückgezogen? Richtig sei, daß in der ersten vertraulichen Besprechung eine Annäherung möglich war, nachdem die Linke glaubte, die Regierung würde in der Wahlrechtsfrage nachgeben. Dann sei die Regierung von bürgerlichen Abgeordneten scharfgemacht worden und habe erklärt, sie müsse an der Vorlage festhalten. Die Regierung hat uns provoziert, denn sie wußte, daß wir prinzipiell gegen den Entwurf waren. Die Regierung will den Kampf, wir fürchten ihn nicht, jetzt muß er einmal durchgeschlagen werden.

Nach den Ausführungen Hartmanns und nachdem der Agrarier Kirsten im Sinne der Regierung gesprochen, kam die Abstimmung. Der Antrag der Regierung wurde durch unsere neun Stimmen abgelehnt. Als bald erhob sich der Staatsminister und sprach — wie schon berichtet — die Auflösung des Landtages aus. Die Zuhörer beantworteten die Worte des Ministers mit Bravorufen auf unsere Abgeordneten.

Jena. Der Feuerbestattung sind 119 von den im Jahre 1911 in Jena verstorbenen erwachsenen Ortsangehörigen zugeführt worden; es kommen also auf 100 Todesfälle 49 Einäscherungen gegen 38 im Jahre 1910. Dabei ist besonders bemerkenswert, daß von den 119 Eingäscherten 51 Frauen waren.

Briefkasten der Redaktion.

Deutscher Radfahrer-Bund, Gau Leipzig. Die Notiz stammt von unserem Gerichtsberichterstatter, der sich sicher nicht geirrt hat. Aus der Notiz selbst ergeben Sie doch auch, um wem es sich handelt. Streitköpfe Pentin. D. V. heißt Bier-Verruf. Der Ausdruck ist dem studentischen Leben entnommen und bedeutet eine „sexuelle“ Verrufserklärung, die nicht besonders ernst zu nehmen ist. B. A. Bielefeldt können Sie die Adresse durch die Vermittlung des britischen Konsulats, Kreuzstr. 2, I., erfahren. B. R. D. D. — Krankheiten des Herzens, Herzbautens, Herz-muskels, der Herzinnenhaut oder großen Gefäße, die die körperliche Leistungsfähigkeit nicht wesentlich beeinträchtigen; D 51 — doppelseitiger Bruch, der durch ein Bruchband dauernd und leicht zurückgehalten werden kann.

Auskunft in Rechtsfragen.

S. S. 4. Der Vater kann als gesetzlicher Vertreter des Minderjährigen herangezogen werden. W. H. Jockh. Da Sie die Erbschaft nicht innerhalb 6 Wochen nach dem Tode Ihres Vaters ausgeschlagen haben, können Sie sich den an Sie gestellten Anforderungen nicht entziehen. D. S. 38. Sie haben kein Recht, dem Betreffenden sein Geld vorzuenthalten. Die Ihnen entstandenen Unkosten können Sie selbstverständlich abziehen. K. J. Ja. Sie haben für die Kosten aufzukommen. M. M. Bis zum 14. Lebensjahre.

Küchenzettel der Städtischen Speise-Anstalten.

Freitag:

Brotzeit I (Vorbereitung): Reis mit Rindfleisch.
Brotzeit II (Vorbereitung): Reis mit Rindfleisch.
Brotzeit III (Mittags): Gurken und Spargel mit Rindfleisch.
Brotzeit IV (Abend): Grüne Erbsen mit Rindfleisch.
Brotzeit V (Mittags): Rindfleisch mit Kartoffeln.
Brotzeit VI (Abend): Kartoffeln mit Rindfleisch.
Brotzeit VII: Rindfleisch mit Rindfleisch.
Brotzeit VIII: Gurken und Spargel mit Rindfleisch.

Verlangen Sie
Jasmatti-Dubec



Die begehrteste und angenehmste
2 1/2 Pfg.-Cigarette



**„Hahn“
Maccaroni
Knorr**

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 7. März.

Geschichtstafelender. 7. März 1715: Der Dichter Ewald v. Kleit auf Zebbin bei Köslin geboren († 1789). 1702: Der englische Astronom Sir John Frederick William Herschel in Slough geboren († 1871). 1808: Der Rechtslehrer Johann Bluntzsch in Jülich geboren († 1881). 1880: Der ungarische Epiker Andreas Horvath in Pázmány gestorben (* 1778). 1911: Fogazzaro, italienischer Dichter, in Vicenza gestorben.

Sonnenaufgang: 6,38, Sonnenuntergang: 5,48. Monduntergang: 7,51 vorm., Mondaufgang: 11,26 nachm.

Wetter-Prognose für Freitag, den 8. März. Südwestwind, wechselnde Bewölkung, mild, zeit- und stellenweise Niederschlag.

Die Leipziger Elektrische Straßenbahn im Jahre 1911.

Die Leipziger Elektrische Straßenbahn hat soeben ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1911 herausgegeben, in dem sie feststellt, daß dieses Jahr der Gesellschaft eine weitere stetige Entwicklung gebracht hat. Neben der günstigen Witterung haben besondere Veranstaltungen im Vorjahre den Verkehr außerordentlich belebt. Wurden im Jahre 1910 gegen 33,9 Millionen Personen befördert, so stieg die Zahl im Jahre 1911 auf rund 36,6 Millionen. Die Zahl der beförderten Personen stieg um 7,84 Prozent, die Einnahmen aber erhöhten sich um 8,07 Prozent. Insgesamt betrugen im Jahre 1911 die Einnahmen 3 473 214,90 Mk., gegen 3 213 979,50 Mk. im Jahre 1910 und 1 650 407,95 Mk. im Jahre 1902. In Wagenkilometern wurden im Jahre 1911 rund 11,9 Millionen gegen 11,4 Millionen im Jahre 1910 geleistet. Das sind 5,03 Prozent mehr. Aber auch die Einnahmen pro Wagenkilometer haben sich erhöht, sie betrugen 31,49 Pfg. gegen 30,36 Pfg. Demgegenüber sind allerdings auch die Ausgaben pro Wagenkilometer von 18,32 Pfg. auf 19,45 Pfg. gestiegen.

Die Gesellschaft hat das Straßenbahnnetz durch einige Bervollkommnungen etwas leistungsfähiger gestaltet. Sie hat die bisher eingeleisteten Strecken in der Leipziger Straße in Modau und auf dem Windmühlenweg in einer Länge von 524 bzw. 420 Meter, ferner die eingeleistete Kurve Ecke Kirch- und Burzner Straße zweigleisig ausgebaut. In Mittelmodau und auf dem Windmühlenweg sind zwei Ausweichungen eingebaut worden, dagegen hat sich in der Burzner Straße ein Gleiswechsel infolge des zweigleisigen Ausbaues genannter Kurve entbehrlich gemacht. Die geplanten Gleise auf dem Vorplatz des Hauptbahnhofes sind in Angriff genommen. Um bei eintretendem Bedarf Zwischenlinien einrichten zu können, ist die Herstellung von Aufstellgleisen in der Wallwitzstraße, der Leipziger Straße in Stötteritz und in der Dimpfelstraße in Schönfeld, sowie von Verbindungsgleisen am Hauptbahnhof und am Hahnenkamm geplant. Mit Ausnahme der Gleise in der Dimpfelstraße sind die Anlagen von den Behörden inzwischen genehmigt. Die Gleislänge beträgt insgesamt 96,824 Kilometer gegen 95,720 Kilometer im Vorjahre. 10 360 Meter des Gleises wurden erneuert, außerdem aber eine Anzahl Straßen neugepflastert. Infolge des gesteigerten Betriebes sind einige Strecken des Stromnetzes in Stötteritz, Paunsdorf und Gohlis an Unterwerke des städtischen Elektrizitätswerkes angeschlossen und das Kraftwerk der Gesellschaft entlastet.

Der Bericht stellt in Aussicht, daß die Betriebsmittel vermehrt werden sollen. Hoffentlich folgt diesem Vorsprechen bald die Tat, denn auf einigen Strecken ist die Ueberfüllung der Wagen zu bestimmten Tageszeiten zu einer geradezu verkehrshindernden Kalamität geworden. Der Bericht sagt: Die Beschaffung einer großen Zahl Motor- und Anhängerwagen ist in die Wege geleitet, um für die notwendig werdenden Verdichtungen genügend Betriebsmittel zur Verfügung zu haben. Im Berichtsjahr sind 15 neue Motorwagen und 30 neue Anhängerwagen in Betrieb gestellt worden, so daß die Gesellschaft am Ende des Jahres 170 Motor- und 95 Anhängerwagen besaß. Die Zahl der bei der Gesellschaft insgesamt beschäftigten Personen betrug am Ende des Jahres 939, davon waren 304 über 10 Jahre und 484 länger als 5 Jahre bei der Gesellschaft tätig. Der Ueberfluß, den die Gesellschaft erzielt, betrug 1 161 770,68 Mk. Davon sollen dem Erneuerungsfondskonto 400 000 Mk., dem Bahnkörper-Amortisationsfonds 100 000 Mk. und für andere Zwecke 85 000 Mk. überwiesen werden. Von dem verbleibenden Reingewinn von 576 770,68 Mk. müssen 27 456,10 Mk. dem Reservefonds zugeführt werden. Der Rest soll wie folgt verteilt werden: 4 Prozent Dividende auf 8 Mill. Mark Aktien = 320 000 Mk., 10 Prozent von 201 665,95 Mk. Tantemien an den Aufsichtsrat = 20 166,60 Mk., 10 Prozent von 201 665,95 Mk. zu Gratifikationen an die Beamten und in den Unterstützungsfonds = 20 166,60 Mk., 2 Prozent Superdividende auf 8 Mill. Mark Aktien = 160 000 Mk., Vortrag auf neue Rechnung 28 981,38 Mk.

Lebensversicherungsgesellschaften und Gemeindecinkommensteuer.

er. Zur Frage der Besteuerung der Spezial- und Reservefonds von Aktiengesellschaften und G. m. b. H. nahm der zweite Senat des Oberverwaltungsgerichts eine wichtige grundsätzliche Stellung ein. Der Rat der Stadt Leipzig hatte die Leipziger Lebensversicherungsgesellschaft auf Gegenständigkeit (alte Leipziger) für das Jahr 1910 mit einem Einkommen von 875 007 Mk. zur städtischen Einkommensteuer herangezogen. Es handelte sich in diesem Falle um die im Jahre 1910 erzielten Gesamtüberschüsse. Diese Veranlagung war auf Grund von § 18,1 der städtischen Steuerordnung erfolgt, wonach die zur Verteilung, zur Schuldenentlastung, zur Geschäftserweiterung, zur Bildung von allerlei Fonds u. dergl. gelangenden Ueberschüsse zur städtischen Einkommensteuer herangezogen werden können. Die Gesellschaft weigerte sich, die oben angeführte Summe zu versteuern, und wollte nur etwas über die Hälfte, nämlich 371 008 Mk., der Veranlagung untergelegen lassen. Während die Stadt, wie schon erwähnt, den gesamten Ueberschuß steuerpflichtig machen wollte, erklärte die Gesellschaft, daß die an die einzelnen Fonds, wie Ausgleichs-, Sicherheits-, Beamtenpensionsfonds und Gewinnreserve der auf den Lebensfall Versicherungen, verteilten Summen steuerfrei bleiben müßten und nur die zur Verteilung gelangenden Ueberschüsse zur Veranlagung herangezogen werden könnten. Der Ausgleichsfonds habe den Zweck, eventuelle Stetigkeit der Dividenden zu ermöglichen; das Wesen der anderen Fonds liege in ihrem Namen begründet. Die in diesen Fonds geflossenen Gelder könnten nicht als Ueberschüsse im Sinne von

§ 18,1 der städtischen Steuerordnung behandelt werden, da es keine verteilungsfähigen Ueberschüsse seien. Eine Besteuerung sei, wie schon erwähnt, nur zulässig nach Maßgabe der verteilten Ueberschüsse. Es handele sich hier lediglich um buchhalterische Posten, um keine reinen Ueberschüsse im steuerrechtlichen Sinne. Zum Zwecke einer gleichmäßigen Geschäftsführung sei man gezwungen, die Ueberschüsse durch die Fonds hindurchgehen zu lassen. Was dann für die Mitglieder übrig bleibe, könne zur Besteuerung herangezogen werden. Nachdem sich der Kreisausschuß als Rekursinstanz auf die Seite des Stadtrats gestellt hatte, ging die Sache auf dem Wege der Anfechtungsklage an das Oberverwaltungsgericht. Die Gesellschaft brachte als Klägerin noch einmal ihre angeführten Gründe vor und erklärte, daß sowohl der Fonds der auf Lebensfall Versicherten wie der Beamtenpensionsfonds als Schuldkonten der Gesellschaft aufgeführt werden müßten und deshalb unzulässig der Besteuerung unterliegen könnten. Der Vertreter der Stadt erwiderte darauf, daß das ganze Unternehmen auf Gewinn gerichtet sei und die Versicherer die Ueberschüsse bezögen. Außerdem hätten die Beamten keine Rechtsansprüche auf Pension. Das Oberverwaltungsgericht hob die Entscheidung des Kreisausschusses zum Teil auf und erklärte die in den Pensionsfonds sowie in den Fonds der auf Lebensfall Versicherten stehenden Ueberschüsse für nicht steuerpflichtig. Im übrigen wurde die Verurteilung verurteilt. Der Senat erklärte die Gewinnanteile der auf den Lebensfall Versicherten als eine Schuld der Gesellschaft. Ähnlich verhalte es sich mit dem Beamtenpensionsfonds. Ein Recht auf Pension könne den Beamten bei dem Renouveau der alten Firma nicht abgesprochen werden. Es müsse im Gegenteil, wenn auch vielleicht einmal aus irgend welchen Gründen eine Ausnahme vorkommen könnte, angenommen werden, daß die Firma die Pensionsansprüche ihrer Angestellten erfülle. Die Bewegungen im Personal erzeugten aber eine derart fortwährende Veränderung, daß sich eine arithmetisch einwandfreie Schätzung nicht aufstellen lasse. Deshalb seien auch die in diesen Fonds stehenden Gelder als echte Schulden anzusehen. Aus diesem Grunde müßten die in den Fonds der auf den Lebensfall Versicherten wie in den Pensionsfonds geflossenen Ueberschüsse von einer Besteuerung befreit bleiben. Hinsichtlich der Ausgleichs- und Sicherheitsfonds vermöge der Senat den Ausführungen der Klägerin nicht beizutreten. Nach der Fassung des § 18,1 der Steuerordnung laufe die Gesellschaft Gefahr, die in die Fonds geflossenen Ueberschüsse zweimal zu versteuern; einmal, wenn sie in die Fonds geleitet würden, und dann noch einmal, wenn sie an die Mitglieder zur Verteilung gelangen. Das Oberverwaltungsgericht habe sich auf den Standpunkt des Stadtrats gestellt und bezeichnet den Zeitpunkt der Ueberleitung der Summen in die beiden Fonds als den zur Besteuerung richtigen Moment. Denn sonst würde man der Absicht des Gesetzgebers nicht gerecht, der die Bildung aller Fonds steuerpflichtig mache, um möglichst alle Ueberschüsse zu versteuern und um zu vermeiden, daß ein Teil der Ueberschüsse zu andern Zwecken Verwendung finde.

Hugo Beyer † Wieder hat der Tod einen unserer eifrigsten Mitkämpfer aus unseren Reihen gerissen, den 57 Jahre alten Lagerhalter in Eibendau, Hugo Beyer. Schon sehr frühzeitig — Beyer erlernte den Rotenstickerberuf — schloß er sich der Arbeiterbewegung an und war wie in der Partei so auch in der Gewerkschaftsbewegung rastlos tätig. Während des Sozialkämpfers wurde er mehrmals gemahnt, was ihn aber nur noch mehr anfeuernte, am Kampfe gegen die Vereinnahmung der Arbeiterbewegung durch die Kapitalisten. Heute steht es freilich in dieser Beziehung besser wie früher, die Arbeiter können für die Opfer sorgen. Seine lieben Kinder trifft der Verlust um den Vater um so schwerer, als sie jetzt völlig allein stehen, da die Mutter schon vor einigen Jahren gestorben ist. Was der Verstorbene der Bewegung war, das wird stets in ihrem Gedächtnis fortleben. Die Trauerfeier und Einäscherung findet morgen, Freitag, nachmittags um 3 Uhr, statt.

Den gestrigen Vortag hatte sich die Fortschrittliche Volkspartei als Versammlungstag herausgehoben, um im Zoologischen Garten eine Volksversammlung abzuhalten, in der der gemahnte Herr Ratho aus Köln einen Vortrag halten sollte. Da aber weder die Vereinsvorsitzenden noch die verschiedenen dem Verein angehörenden Reichsanwälte im Vereinsgesetz und besonders in den städtischen Ausführungsbestimmungen um Bescheid wissen, so mußten sie sich von der Polizei sagen lassen, daß die Versammlung nicht abgehalten werden darf. Nun versuchten die Herren mit einer geschlossenen Mitgliederversammlung. Aber auch davon will die Polizei nichts wissen, denn in einer Verfügung sagt sie u. a.:

Da der etwa 2000 Personen fassende große Saal des Zoologischen Gartens für die Versammlung in Aussicht genommen worden sei, der veranstaltende Verein aber nur 900 Mitglieder zähle, die auch nicht sämtlich erscheinen würden, so liege es nahe, daß von vornherein auf die Einführung sehr zahlreicher, dem Vereine nicht als Mitglieder angehörender Personen gerechnet werden sollte. Die Zahl der eingeführten Gäste würde die Zahl der Mitglieder erreichen, wenn nicht überföhrigen, es bestände daher die Annahme zu Recht, daß die geplante Versammlung den Charakter einer öffentlichen Versammlung würde, deren Abhaltung aber, wie oben erwähnt, am Vortage verboten sei.

Auf diese Weise erfährt man, daß die Fortschrittliche Volkspartei 900 Mitglieder in Leipzig hat, und ferner werden ihr von der Polizei so die Schmeicheleien des von ihr über das Wohlwollen gelobten Reichsvereinsgesetzes einmal drastisch vor Augen geführt. Die Polizei weiß alles, kann alles und darf alles.

Der Verband adabemischer Arbeiter-Unterrichtsturse Deutschlands hielt — so schreibt man uns — am 2., 3. und 4. März in Leipzig seine XI. Verbandskonferenz ab. Die Tagung war recht gut besucht. Aus 14 Hochschulstädten waren Vertreter anwesend; außerdem hatten 8 andere Städte, in denen während der Ferien wird, Vertreter entsandt. Wegen des kürzlich erfolgten Todes des Leiters der Zentralstelle konnte kein genauer Ueberblick über die Bewegung gegeben werden. Immerhin ließ sich erkennen, daß die studentischen Arbeiter-Unterrichtsturse in den großen Universitätsstädten zu einem gewissen Stillstand gekommen sind, und daß ihre Ausdehnungsfähigkeit dort die Grenze erreicht haben dürfte. Dafür greift der Gedanke jetzt auf andere Städte über; die Studenten richten in den Ferien in ihren Heimatstädten sogenannte Ferien- und Heimatturse ein. Große Erfolge hat in dieser Beziehung schon das Sekretariat sozialer Studentenarbeit in München-Ob- und Namentlich in Südb- und Westdeutschland, erzielt; diese Einrichtungen stehen jedoch in Beziehung zum Volksverein für das katholische Deutschland. Da der Grundgedanke des Verbandes adabemischer Arbeiter-Unterrichtsturse Deutschlands strengste Neutralität auf politischem und religiösem Gebiet ist, soll in Zukunft versucht werden, alle solche Neugründungen auf den Boden des Verbandes zu stellen, da nur dann die Unterrichtsturse der Teilnahme aller Arbeiter und aller Studenten sicher sein können, wenn alle politischen oder religiösen Gedanken aus ihnen völlig ausgeschlossen bleiben. Um diesen Bestrebungen eine besondere Stütze zu verleihen, wurde die Herausgabe einer eigenen Zeitschrift beschlossen. Als Sitz der Zentralstelle wurde wiederum Leipzig bestimmt, und mit ihrer Leitung Fräulein stud. phil. Annie Clausen betraut.

Der Allgemeine Fürsorge-Erziehungs-Tag findet in diesem Jahre in Dresden vom 24. bis 27. Juni statt. Es werden folgende aktuelle Thematika in den Hauptversammlungen behandelt werden: Die Beziehungen der Fürsorge-Erziehungsorgane zu den Familien unserer Fürsorge-Jünger — Psychopathologie der Ueber-erziehung — Die Förderung der vordringenden Wirkung der Fürsorge-Erziehung durch Vereinheitlichung der Durchführung von Fürsorge-Erziehung, Jugendgericht und Waisensorge.

Grundstücksverkäufe im Monat Februar. Verkaufte Grundstücke wurden 44 zu 4 195 305 Mark und 28 unbebaute zu 710 574 Mark verkauft.

Einem Aprilscherz wollen die Widmarckverehrer Leipzigs in-gerieren. Am 1. April soll Widmarcks Geburtstag in einer noch nie dagewesenen Art gefeiert werden. Zwölf der namhaftesten Vereine haben sich bereits dafür zusammengeschlossen. Das nähere Programm sowie die veranstaltenden Vereine und der Ort werden demnächst bekannt gemacht.

Beese Zeiden.

Nich wahr, Herr Jund, Sie schideln mit den Cobbe? Nich wahr, Herr Jund, 's is Anne beese Zeid? Der schene Viman hab Sie in der Glosbe In a Verfahren is schon eingeleid. Von allen Seiden hagel's bidde Blagen, Als habben Sie verleid a Hochverrad — Ja, ja, Herr Jund, es gehd um Cobb un Gragen, Uff alle Fälle amwer uns Wondab!

Ehrsch schand fer Sie in Uchberlohen Piammen Was unendwegd fer Reich un Gaifer rich; Nehd heerd mer dausendshimmig Sie verdammen In de Endrikung schledid Sie vor Gericht. Es schandid nach Sie erbidder in der Kunde Des angehehrden Bierhillfesch Grimm — Wer hieh Sie ooh in unglitfeger Schunde Der Scheidemann von de Roden schidim?

Wie gann uff so a drenalichen Gedanken Ne echer Leipzger Nahjzenaler gann? Gammle verleidid vor diesen hummen Schwanen So zwee, drei Meeser iwern Dorfsch genann? Mer hieh Sie je fer sowid gann verleididig In warn Se selwer ooh ge Gerdnid — Wenn gannb's denn vor, daß ener egenhändig Sehr ohne Rod sich das Genide bridh?

Ehr' midder Se zu gandieren wagen, Wärsch rich'ger, sich in Rosendal zu hang. Mer heerd schon jeid der Dreten Dreite saggen Was, Junde wählen? Nich in de Ramang! Das haum Se nu mid Ihren Seidenföhrunge, Der ooh de Jahmsten milde machd, erziehd! Das Beste is, Se schidaren Ihre Lunge, Denn fer de Seesföhdit haum Se ausgeschidid.

Se sein der Achd verfallen in den Banne In Ihren Schgalb werd Viman heeme bring. Verlassen Se sich nich uff Wassermanne — Sie rangureihen werden nich gelung. Ne Junker is fer Leipzid galbes Wasser — In liberal ishd schon langh nich mehr — Es muh fer uns a Sozialistenhasser! Un wenn er noch so rubbig wäre, her!

F. M.

Drei Selbstmorde und ein Selbstmordversuch. Einen Selbstmordversuch machte gestern ein 25 Jahre alter wohnungsloser Arbeiter aus Eisleben, indem er in den Elster-Saale-Kanal an der Gieselerstraße sprang. Der Unglückliche wurde von hinzugelaufenen Leuten nach vieler Mühe gerettet und in das Krankenhaus übergeführt. Er will die Tat aus Gram darüber begangen haben, daß ihn seine Frau verlassen hat.

Selbstmord verübte in einem Hotel des Ostviertels ein 26 Jahre alter Formenstecher aus Eisenburg, indem er ein Quantum Lysoform trank und sich dann außerdem noch mit einem Revolver erschöß. Es ist nicht bekannt, weshalb der Mann Selbstmord verübt hat.

In der Vornaischen Straße entleibte sich die 27 Jahre alte Ehefrau eines Produktenhändlers durch Erhängen. Der Beweggrund ist nicht aufgeklärt.

Ferner hat ein 44 Jahre alter Gelegenheitsarbeiter aus Neu-Schönefeld seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Der Verhängnis wurde an die Anatomie abgeliefert.

In schamloser Weise belästigte ein 25 Jahre alter Bergarbeiter aus Koburg auf dem Schletterplatze mehrere Kinder. Es erfolgte die Festnahme des wegen solcher Verfehlungen schon vordestraften schamlosen Menschen.

Ferner erregte ein in der Ostvorstadt wohnender 45 Jahre alter Handlungsgehilfe in der Landberger Straße durch schamloses Verhalten gegenüber einer Frau öffentlichen Aergernis. Der, wie es sich herausstellte, etwas angetrunkene Mann wurde der Polizei übergeben.

Unfälle auf der Straße. Auf der Straßenkreuzung Frankfurter Straße—Waldstraße wurde ein raschfahrender 18jähriger Handelskäufer von einem Kutschgespann umgerissen und angscheinend innerlich verletzt. Doch konnte er sich allein nach Hause begeben. Das Kutschgespann soll den Kutscher treffen. Dessen Version ist festzustellen. Auf der Goethestraße wurde eine Mannerehefrau von einem Kraftwagen ungerissen. Die Frau klagte über Brustschmerzen. Sie wurde in das Krankenhaus gebracht.

Vorgefunden wurde auf der Straße, die von der Theresienstraße nach der Berliner Straße führt, ein 16jähriger Zimmerlehrling aus Nadelwitz von einem einpännigen Fuhrwerk überfahren und nicht unerheblich verletzt.

In der Vornaischen Straße lief ein 16jähriger Barbiersohn gegen einen Straßenbahnwagen. Zum Glück vermochte dessen Führer den Wagen sofort anzuhalten, so daß der Knabe vor Schaden bewahrt blieb.

Feuer wurde am Dienstag aus einer Gieserei in der Holzhäuser Straße gemeldet. Der in dem Fuhrraum entstandene Brand war nicht erheblich. Er konnte sofort unterdrückt werden, so daß die Feuerwehr nur noch aufzuräumen hatte.

Aufmerksam gemacht wird auf einen Betrüger, der in Stuttgart mehrere Verlagsbuchhändler und Bankiers um die Uebertragung schriftstellerischer Arbeiten und Uebersetzungen anging und nach Erlangung eines Vorschußes, um den es ihm nur zu tun war, wieder verschwand, ohne die Arbeit zu Ende zu führen. Der Schwindler, der wahrscheinlich von einer großen Stadt zur andern zieht, nannte sich Schriftsteller Gerhard Brunow; man vermutet in ihm aber einen am 22. August 1882 in Posen geborenen Gerhard Gange. In Begleitung des Betrügers befindet sich seine angebliche Frau, die sich Helene Brunow, geboren am 21. Dezember 1881 in Singingen, nennt.

Zeugen gesucht. Am 1. März, nachmittags in der 6. Stunde, wurde an der Ecke der Eisenbahnstraße und Josastraße in E.-Volkshaus eine ältere Frau nach dem Absteigen von der Straßenbahn von einem Radfahrer ungerissen, wobei die Frau einen Armbruch erlitten hat. Etwasige Zeugen dieses Unfalls werden ersucht, sich bei der Kriminalpolizei zu melden.

Zwei Taschendiebe, Arbeiter im Alter von 19 und 20 Jahren und aus Lindenau und Kleinziechener gebürtig, benutzten das am Montag in den Abendstunden in der Petersstraße aus Anlaß eines Brandes entstandene Menschengedränge dazu, den Leuten die Taschen zu plündern, wobei sie aber festgenommen wurden. Im Verlaufe der Vernehmung wurden zwei Damenportemonnaies mit Inhalt vorgefunden, deren Eigentümerinnen noch nicht bekannt sind. Diese sollen sich bei der Kriminalpolizei melden.

Vermißt wird seit dem 1. März früh 3 Uhr der am 20. Juli 1878 in Döbeln geborene Schumann des hiesigen Polizeiamts, Emil Richard Kuhnert. Der Verschwundene ist von mittlerer Größe, rötlich, hat dunkelblondes Haar, dunkeln Schurrbart und eine Narbe über dem linken Auge. Wahrscheinlich trug er einen dunkeln Leberzieher, dunkeln Jackettanzug und einen graugrünen weichen Hut. Es liegt gegen den Beamten dienstlich nicht das geringste vor; es wird angenommen, daß er nervenleidend ist und umherirrt, wenn er sich nicht etwa ein Leid angetan hat. Etwaige Mitteilungen wolle man dem Polizeiamt zugehen lassen.

Im Brunnen verschüttet. Gestern vormittag war der 24 Jahre alte Eisendreher Hermann Chevallier, Holzhauser Straße 24 wohnhaft, im Garten seiner Eltern in einen vier Meter tiefen Brunnen geschlagen, um die Sohle von Schlamm zu reinigen, als der Schacht einstürzte und Chevallier von den Sandmassen verschüttet wurde. Der zur Rettung des Verschütteten sofort hinzugeeilten Feuerwehrgelag gelang es erst nach dreistündiger, anstrengender Tätigkeit, Chevallier, der zwar stark ermatet, aber unversehrt war, zu befreien. Er wurde in die elterliche Wohnung getragen.

Verhaftungen. In einem Geschäft in L. Neuditz erschwand ein 23jähriger Arbeiter aus Nothitz unter Angabe eines falschen Namens eine Menge Lebensmittel. Der schon wegen Missetaten bestrafte Mensch wurde in Haft genommen.

Ein 33jähriger Tischler und ein 25 Jahre alter Sattler aus Herrngosensfeld mußten wegen Diebstahls zur Verantwortung gezogen werden.

Ein schon wiederholt bestrafter 23jähriger Arbeiter kaufte einen Geschändler für etwa 20 Mark Waren und überließ diese einem schon wegen schwerer Eigentumsverbrechen vorbestraften 45 Jahre alten Handelsmann. Beide wurden festgenommen.

Weiter sind verhaftet worden eine wegen Diebstahls gesuchte 22jährige Schneiderin aus der Westvorstadt sowie ein von den hiesigen Gerichten wegen Diebstahls verurteilter 41 Jahre alter Maurer aus L. Sellenhausen; ein 42 Jahre alter Arbeiter aus Herzberg und dessen 13jähriger Sohn wurden ebenfalls wegen verübter Diebstahle verhaftet.

Aus der Umgebung. Zur Einverleibungsfrage.

Der Bezirksauschuss der Amtshauptmannschaft Leipzig hat in seiner heutigen Sitzung einen Antrag des Freiherrn von Rechenberg in Kleinmiltitz angenommen, wonach die Einverleibung von Schnefeld und Leusich grundsätzlich abgelehnt wird. Ein Vorschlag des Amtshauptmanns von Nothitz-Walkwitz, nur die Einverleibung von Leusich abzulehnen, dagegen für die Eingemeindung von Schnefeld einzutreten, unter der Bedingung, daß auch Nothitz einverleibt werde, fand nur die Unterstützung des Stadtrats Heyer aus Martzschütz. Die Vertreter der Gemeinden Leusich und Schnefeld, sowie der Vorsitzende des Leipziger Elektrizitätsverbandes haben nicht mit abgestimmt.

Sommerfeld. Jugendfang. Ein Herr Friedrich Gluthe, seines Zeichens Buchdrucker, Mitglied des Kirchenvorstandes, Feuerwehrhauptmann und Turnwart bei den deutschen Turnern, hatte es unternommen, für Mittwochabend eine Versammlung anzuberaumen, in der über das Thema: Jugendpflege verhandelt wurde. Eingeladen waren zu dieser hochwichtigen Versammlung unter anderem die Vorstände des Verkehrsvereins, des Handwerkervereins, der Gemeinderat und der Schulvorstand. Herr Gluthe will mit seinen Gesinnungsfreunden Mittel und Wege finden, um die heutige Jugend zu schützen, daß sie nicht der Sozialdemokratie in die Hände fällt. Wir wünschen dem eifrigen Herrn recht viel Glück zu seinem Unternehmen, denn niemand scheint uns beruhter zu einer so mühsamen Arbeit, die heutige Arbeiterjugend für den Ordnungszustand einzufangen, wie gerade Herr Gluthe, der zugleich Mitglied einer modernen Arbeiterorganisation ist, und zwar des Buchdruckerverbandes.

Engelsdorf. Außenbahn! Hier und in einigen Nachbargemeinden ist man schon seit längerer Zeit bestrbt, mit der Stadt Leipzig eine Straßenbahnverbindung herzustellen, um speziell die Ortshäuser und Ortsteile zu heben, die keinen oder ungenügenden Anschluß an die Eisenbahn haben. Jetzt soll nun ein Komitee zustande gekommen sein, dem der hiesige Gemeindevorstand ebenfalls mit angehört, das die Angelegenheit fördern soll. Verhandlungen mit der Leipziger Außenbahn, A.-G., scheinen zu einem Resultat aber nicht geführt zu haben, denn wie es heißt, soll ein neuer Plan dahin gehen, daß die interessierten Gemeinden selbst eine Außenbahn bauen und diese an eine Gesellschaft verpacken. Zu diesem Zwecke sollen auch schon nennenswerte Summen von größeren Grundbesitzern gesammelt worden sein. Zunächst kämen für das Projekt in Frage die Gemeinden Müllau, Engelsdorf mit Eisenbahnergenossenschaft, Sommerfeld, in zweiter Linie wäre eine Verbindung mit den Gemeinden Müllau und Borsdorf möglich. Jedenfalls wird es aber noch geraume Zeit dauern, ehe das Projekt greifbare Gestalt annimmt.

Tauscha. Gegen den Volksschulgesehntwurf. In einer am Freitag im Schützenhaus abgehaltenen öffentlichen Versammlung wurde nach einem Referat des Lehrers Kurt Wehner aus Leipzig folgende Resolution angenommen: „Die heute im Schützenhaus in Tauscha versammelten Männer und Frauen aus Tauscha und Umgegend können den Schulgesetzentwurf nicht als einen Fortschritt in den grundsätzlichen Fragen der Schulgesetzgebung bezeichnen und vermögen ihn daher nicht als geeignete Grundlage für eine neue Schulgesetzgebung anzuerkennen. Ein neues Schulgesetz muß dem Geist und den Bedürfnissen unserer Zeit und den Forderungen einer neuen pädagogischen Pädagogik entsprechen. Der Entwurf hat daher eine Umgestaltung nach folgenden Grundsätzen zu erfahren: 1. Die Grundlage des gesamten Schulwesens bildet die allgemeine unparteiliche Volksschule, die alle Kinder des Volkes ohne Rücksicht auf soziale oder konfessionelle Verhältnisse den Eltern vereinigt. 2. Der Religionsunterricht ist einer zeitgemäßen Reform zu unterziehen. 3. Die Schularbeit muß auf die Selbstverantwortlichkeit der Lehrerpersönlichkeit gegründet sein. 4. In der gesamten Schulverwaltung sind neben Verwaltungsbeamten Vertreter der Eltern und Lehrer zur Mitarbeit hinzuzuziehen.“

Böhly-Grabenberg. In der letzten Schulvorstandssitzung wurde davon Kenntnis genommen, daß die Befähigung des Hilfslehrers Ziegler zum ständigen Lehrer erfolgt ist. Von der Teilnahme an den Kurien für Lehrer an Fortbildungsschulen wurde abgesehen. Die Weiterbestellung der Zeitschrift Feierabend, die an die Fortbildungsschüler gratis verteilt wird und 48 Mk. pro Jahr Ankosten verursacht, wurde gegen 1 Stimme beschlossen. In eingehender Weise beschäftigte man sich sodann mit

der „nationalen“ Jugendpflege. Da für die sogenannte Kochschule ein größerer Raum in der Schule vorhanden ist, aber nicht benutzt wird, beschloß man, diesen Raum zur Jugendpflege herzurichten und bewilligte zur Anschaffung von Tischen und Stühlen und sonstiger Ausstattung 550 Mk. als Berechnungsgeld. Genosse Trube bestritt die Kompetenzfrage und wies darauf hin, daß die Bewilligung von Mitteln der Schule für die Jugendpflege wohl nicht unangängig sei, denn das sei Sache des Gemeinderates. Da aber nun beschlossen worden sei, 550 Mk. aufzuwenden, stehe er auf dem Standpunkte, daß die Anschaffung für die Schule geschehe und der Schule als Eigentum verbleibe. Um aber jeden spätern Eigentumsrechte der „nationalen“ Jugendpflege entgegenzutreten zu können, beantragte er, dies ausdrücklich im Protokoll festzusetzen, womit man sich nach einer kurzen Debatte auch einverstanden erklärte. Die Denkung des Raumes, worin auch der Handfertigkeitsunterricht stattfinden soll, wurde vorläufig zum Zwecke der Jugendpflege gestattet. Von einer Befähigung der Bezirksinspektion über Anschaffung von Schulbüchern und Schulgebrauchsgegenständen, die besagt, daß die im Orte wohnenden Händler mit Schulenteufeln von der Neueinführung von Büchern und sonstigen Bedarfsartikeln für die Schule rechtlich beauftragt werden, damit keine Störung in der Lieferung eintrete, wurde Kenntnis genommen. In der Festwöchentlichkeitsfrage wurde beschlossen, nach 95000 Mk. abzuschließen. Die Kohlenlieferung wurde dem bisherigen Lieferanten wieder übertragen. In der Wohnungsgeldfrage der Lehrerschaft um Erhöhung entspann sich eine lebhafteste Debatte. Von verschiedenen Rednern wurde darauf hingewiesen, daß die Lehrer gar keine Ursache hätten, mit dieser Forderung zu kommen, da Böhly-Grabenberg stets mit an erster Stelle in der Bezahlung stände. Auch der Hinweis, daß keine „entsprechenden“ (d. h. den gebräuchlichen Raumverhältnissen entsprechenden) Wohnungen im Preise von 400 bis 450 Mk. zu finden seien, wurde zurückgewiesen. Daß die Mietten geüberteuert seien, müsse zugegeben werden, aber nicht allein für die Lehrer, sondern auch für alle andern Mieter, die kein Extrawohnungsgeld von 400, 450 und 500 Mk. bekämen. Von anderer Seite wurde der Vorschlag gemacht, wenigstens eine kleine Erhöhung stattfinden zu lassen, da die Lehrer doch nicht in jedes Haus einzuziehen könnten und folglich eine bessere und auch teurere Wohnung haben müßten. Dem wurde entgegen gehalten, daß ja, wenn man so sehr auf die gebräuchlichen Bestimmungen in dem Größenverhältnis der Wohnungen hinwiese, Mühseliges dadurch geschaffen werden könnte, daß man ein einfaches, den Größenverhältnissen entsprechendes sogenanntes „Lehrerheim“ baue, worin dann die Lehrer zu wohnen hätten. Uebrigens komme bald der Zeitpunkt, wo eine Neuordnung des Wohnungsgeldes einzuführen habe. Nach unweiliger weiterer Debatte wurde beschlossen, keine Erhöhung eintreten zu lassen, weil im nächsten Jahre sowieso Stellung zur Neuordnung genommen werden muß.

Leberwolkwitz. Von der Ortskrankenkasse. Am Sonntag, den 2. März, hielt ein neu gewählter Generalversammlungsvertreter der Leberwolkwitzer Ortskrankenkasse im Gasthof zum schwarzen Roß eine Vorbesprechung zu der im April stattfindenden Generalversammlung ab. Der Genosse Mayerbacher aus Leipzig hielt einen instruktiven Vortrag über die Einführungsbestimmungen der neuen Reichsversicherungsordnung sowie über das Statut der Kasse. Er machte in seinem Vortrag darauf aufmerksam, daß schon ein Teil der Reichsversicherungsordnung seit dem 16. August 1911 in Kraft getreten sei und zwar das sogenannte Beamtenrecht, zu welchem er einige Erläuterungen gab. Am Schluß seiner Ausführungen forderte er die Versammelten auf, sich genau über die neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung sowie des Statuts zu informieren zum Nutzen der Versicherten. In der sehr regen Diskussion wurde kritisiert, daß ein Teil der eingeladenen Vertreter nicht erschienen war. Es wurde die Leitung der Versammlung beauftragt, die nicht Erschienenen bei der kommenden Generalversammlung schriftlich an ihre Pflicht zu erinnern. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, der fordert, daß die §§ 82 und 83 des Statuts dahin abgeändert werden, daß alle Bekanntmachungen des Vorstandes im Amtsblatt und in der Leipziger Volkszeitung publiziert werden sollen. Die Leitung der Versammlung wurde beauftragt, dem Vorstande der Kasse den Antrag zu übermitteln, so daß die im April stattfindende Generalversammlung darüber beschließen kann.

Burghausen. In der letzten Gemeinderatsitzung wurde Jugendturnvereine beauftragt, in der Wasserleitungsfache die Kostenanschläge bald anzufertigen und den kürzeren Weg vom Hauptwasserrohr zugrunde zu legen. Weiter lag der vom Finanzausschuß aufgestellte Haushaltsplan für 1912 zur Genehmigung vor. Die Gemeindefasse hat einen Bedarf von 8728 Mk. Deckungsmittel sind 2205 Mk. vorhanden. Der Fehlbetrag von 6523 Mk. soll zur Hälfte von der Grundbesitzer und zur Hälfte von der Einkommensteuer gedeckt werden. Von der Grundbesitzersteuer sollen von 1000 Mk. 1.50 Mk. erhoben werden (früher 1.10 Mk.) und von der Einkommensteuer 110 Proz. des Normalsteuersatzes (früher 100 Proz.). In der Armen- und Feuerlöschkasse übersteigen die Deckungsmittel den voraussichtlichen Bedarf. Ein Antrag der Gemeinde Rüdnardsdorf wegen Aufklärung der Brauerei Burghausen nebst einigen anderen Parzellen an die Gemeinde Rüdnardsdorf wurde vertagt, bis eine Grenzbestimmung stattgefunden hat.

Gilenburg. Stadtoverordnetenitzung. Der Vorsitzende brachte zur Kenntnis, daß die Befähigung der Wiederwahl des Herrn Stadtrats Luppe erfolgt sei. Ferner wurde Beschluß gefaßt über die Entlastung der Rechnung der Gemeinlichen Fortbildungsschule pro 1910. Einer anderweitigen Regelung der Gehaltsbezüge der Lehrer und Leiter der Gemeinlichen Fortbildungsschule wurde Zustimmung erteilt. Bis her wurde der Lehrer für jede Stunde mit 2 Mk. entschädigt. Dies kommt in Wegfall und wird dafür eine feste Summe von jährlich 90 Mk. an jeden einzelnen Lehrer bezahlt. Auch für den Leiter wurde ein fester Satz bestimmt. Die Mehrausgaben, die dadurch entstehen, betragen 352 Mk. Ebenso wurde der vom Magistrat vorgeschlagene Fünftelplan unter Aufhebung des bestehenden Fünftelplans für die Leipziger Straße und die angrenzenden Straßen die Zustimmung gegeben. Die Warenhaussteuer, die vom hiesigen Konsumverein an die Stadt entrichtet wird, soll in der bisherigen Weise an die Gewerbetreibenden der 4. Steuerklasse verteilt werden. Die Steuer betrug im Jahre 1910: 7812 Mk., 1911: 8788 Mk. Für 1912 konnte die Summe noch nicht angegeben werden. Die Parsival-Luftschiff-Gesellschaft richtet an den Magistrat das Ersuchen um Beihilfe, damit eine Landung des Parsival-Luftschiffes ermöglicht werde. Unter Zustimmung sämtlicher Stadtoverordneten wurde beschlossen, einen Preis von 300 Mk. bei Landung des Luftschiffes anzusetzen. Die Feuerlöschdeputation stellt die Dispositionen. In der geschlossenen Sitzung wurde der Ankauf des Kaufmann Otto Gieseler'schen Grundstückes, Leipziger Straße 33, für 30000 Mk., sowie der Ankauf des der Frau Schuhmachermeister Dergt gehörigen Grundstückes, Leipziger Straße 32, für 17000 Mk. genehmigt. Ferner wurde die Anstellung der Herren Lust, Kilmann, Werke, Kroft und Reich als Ranglisten genehmigt.

Das diesjährige Musterungsgeschäft für die militärpflichtigen Personen unserer Stadt findet am 11., 12. und 13. März im Schützenhause statt. Es haben sich die Militärpflichtigen des Jahrganges 1890 und diejenigen des Jahrganges 1891, deren Familiennamen mit den Buchstaben A bis D beginnen, sowie die Restanten am Montag, den 11. März, vormittags 7½ Uhr, die Militärpflichtigen des Jahrganges 1891, deren Familiennamen mit den Buchstaben E bis Z beginnen, und diejenigen des Jahrganges 1892, deren Familiennamen mit den Buchstaben A bis G beginnen, am Dienstag, den 12. März, vormittags 7½ Uhr, und die Militärpflichtigen des Jahrganges 1892, deren Familiennamen mit den Buchstaben H bis Z beginnen, am Mittwoch, den 13. März, vormittags 7½ Uhr, im Schützenhause pünktlich einzufinden. Diejenigen, die durch Krankheit am Erscheinen verhindert sind, haben ein ärztliches Attest vor Beginn der Musterung bei dem Magistrat, Zimmer Nr. 12, I. Etage, einzureichen.

Aus der Partei.

Unsere Artikel über das Stichwahlabkommen haben in der freisinnigen Presse augenscheinlich wahres Entsetzen verbreitet. Während die übrige bürgerliche Presse in der eingehendsten Weise von ihnen Notiz nahm, herrschte in den fortschrittlichen Blättern, die doch eigentlich einig Interesse an unseren Ausführungen hätten, haben sollen, eisiges Schweigen. Jetzt endlich hat das Berliner Tageblatt die Sprache wiedergesunden. In einer Konari, die deutlich die zitternde Wut des Blattes erkennen läßt, schreibt es:

In der Leipziger Volkszeitung, dem von niemandem mehr ernst genommenen Organ eines wild lebenden sozialdemokratischen Radikalismus, hat Frau Rosa Luxemburg soeben nicht weniger als vier Artikel über die sozialdemokratische Stichwahltaktik und speziell über das Zusammengehen von Sozialdemokratie und Fortschrittlicher Volkspartei veröffentlicht. Die Ereignisse der sozialdemokratischen Partei ist mit dieser Taktik des Parteivorstandes nicht unzufrieden, und sie will darin nichts als „eine geschäftige Jagd nach Mandaten“ sehen. Das ist nun weder sehr wichtig, noch sehr amüsant und die „Entstellungen“ und die Jörnbergfälle der Frau Luxemburg haben denn auch nur bei der konservativen und der liberalen Presse einige Beachtung gefunden, die den teuffischen Part zwischen der Sozialdemokratie und dem linksliberalismus nun für definitiv bewiesen erklärt. Wenn diese Presse sich dabei auf die Angaben der Frau Luxemburg beruft, so muß man ihr freilich sagen, daß gerade diesmal das Berliner, das sie der bewährten radikalen Dame schenkt, zum mindesten nicht ganz berechtigt ist, denn die in der „Leipziger Volkszeitung“ mitgeteilten Details sind — wie ziemlich alles, was bisher zu diesem Thema veröffentlicht wurde — vollkommen falsch. Der „Vorwärts“ hält es immerhin für angebracht, der schlecht informierten Parteiengenossen zu antworten, und er hat gestern gleichfalls die Veröffentlichung einer Artikelserie über die Stichwahltaktik begonnen.

Wie lange muß man im Dienst der Firma Mosse gefanden haben, um die Stirn zu dieser dreifachen Unverschämtheit zu besigen! Wir können demgegenüber nur erklären, daß unsere Angaben über den Inhalt des Stichwahlabkommens auf dem vom Parteivorstand der Parteipresse zugegangenen Material beruhen. Der Parteivorstand wird nun nicht mehr umhin können, da seine eigenen Mitteilungen vom anderen Kontrahenten als „vollkommen falsch“ bezeichnet werden, durch eine authentische Erklärung den dreifachen Ablehnungsversuchen der jungen Leute des Herrn Mosse entgegenzutreten.

Der Humor der Situation will es, daß schon am Abend des gleichen Tages, an dessen Morgen das Berliner Tageblatt noch von den Artikeln des „Vorwärts“ „bessere Informationen“ erhoffte, diese Pöfnung arg gerüdt wurde. Denn in der Abendnummer erhebt das edle Blatt nun auch noch gegen den „Vorwärts“ den Vorwurf, falsche Informationen zu geben. Der „Vorwärts“, auf dessen Artikel wir noch zurückkommen werden, hätte nämlich behauptet, das Stichwahlabkommen sei von den Fortschrittlichen der Sozialdemokratie angeboten worden. Das bezeichnet nun das Berliner Tageblatt ebenfalls als völlig falsch. Es behauptet damit also indirekt, daß die Sozialdemokratie den Fortschrittlichen nachgelassen sei und ihnen das Bündnis angeboten habe. Diesen schmachvollen Verdict darf der Vorstand keinen Augenblick auf der Partei sitzen lassen. Eine schleunige Zurückweisung dieser fortschrittlichen Unverschämtheiten durch eine öffentliche Erklärung des Parteivorstandes ist absolut notwendig.

Die Bremer Genossen zum Stichwahlabkommen. In einer von nahezu 5000 Personen besuchten Parteiverammlung in Bremen referierte am Freitag Genosse Luxemburg über den Wahltag und seine Lehre. Sie trat dabei auch in eine entschiedene Kritik des Stichwahlabkommens ein. In der Diskussion vertrat einige Genossen die Ansicht, mit dem Urteil über das Abkommen zu warten, bis sich der Parteivorstand dazu geäußert habe. In ihrem Schlusswort protestierte Genosse Luxemburg gegen die Auffassung, als ob es sich darum handelte, den Parteivorstand wegen des Stichwahlabkommens zu verurteilen. Es sei nur die Aufgabe der Versammlung, Klarheit zu schaffen über eine wichtige Parteifrage. Es sei zu bebauern, daß sich der Vorstand noch nicht zu der Sache geäußert habe. Dem Vorstande machte sie nicht zum Vorwurf, daß er die Partei nicht in den wenigen Tagen, wo er mit den fortschrittlichen verhandelt, über jedes Wort unterrichtet, sondern ihm werde zum Vorwurf gemacht, daß er die Entscheidung nicht sofort veröffentlichte. Das sei die Partei den Wählern schuldig. Die elende Raubjagd im Reichstage um das Kaiserthum habe gezeigt, daß die ganze Spekulation auf eine Mehrheit der Linken ein Kartenhaus war, das jämmerlich zusammenbrach. Die linke Mehrheit existierte nicht mehr im Reichstage, sie sei auf eine Minderheit der verkommenen Republikaner zusammengedrumpft. Die Masse der Genossen habe jetzt die Aufgabe, ein Urteil zu sprechen, wenn sie wolle, daß der Vorstand als Vorkämpfer der Schlichtung trete.

Die Referentensammlung stimmte hierauf einer Resolution zu, wonach sie auch stiefte bedauert, daß der Vorstand mit der freisinnigen Volkspartei das Stichwahlabkommen abschloß, da sowohl die Heimlichkeit wie auch der Inhalt des Abkommens der Natur einer sozialistischen Massenpartei schmerzhaft widerspreche. Es heißt weiter, die Versammlung erklärt den Versuch, mit den Fortschrittlichen und den Nationalliberalen gemeinsame Politik der Linken zu treiben, für utopisch und nur geeignet, Verwirrung in das Proletariat zu tragen und die Quelle seiner Kraft, sein Klassenbewußtsein und sein revolutionäres Selbstvertrauen zu verschütten. Sie erachtet es als notwendig, den großen Wachstums, den unter Bahstieg der deutschen Arbeiterklasse gebracht hat, in erster Linie zu einem neuen energischen Kampf für die Demokratisierung des Staatslebens auszunutzen, einem Kampf, der nicht im Parlament, sondern nur durch Massenaktionen der Arbeitermassen selbst zum erfolgreichen Ausgang gebracht werden kann; und sie betrautet noch wie vor den Kampf um das preussische Wahlrecht als die nächste Aufgabe der sozialdemokratischen Partei.

Zur gefälligen Beachtung!

Unsere verehrten Leser wollen bei Bezahlung der Leipziger Volkszeitung darauf achten, daß auf der Quittung sowohl der Name oder Stempel des Austrägers, als auch der Name des Abonnenten vermerkt ist. — Bei eventueller Beschwerde über unpünktliche Zustellung, die wir direkt an die Expedition erbitten, wolle man den Namen des Austrägers mit angeben. Die Expedition.

»SULIMA« Cigaretten
ESPRIT
Lieblingsmarke
der feinen Welt. 5 Pf. p. Stück

Reichstag.

20. Sitzung, Dienstag, 5. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Etat des Innern.

Schließender Tag der Generaldebatte.

Abg. Dr. Dertel (konf.). Ein Angehöriger der sozialdemokratischen Partei hat jüngst in Süddeutschland dieses hohe Haus ein „Quasibaus“ genannt. (Hört, hört! rechts.) Wenn ich mir dieses herbe Urteil auch nicht zu eigen mache, so glaube ich doch, daß beim Etat des Reichs auch etwas zu viel geredet wird. (Große Heiterkeit und Zurufe links: Warum reden Sie denn?) Gewiß, ich gehöre selbst zu den Sündern.

Die Entwicklung der elsaß-lothringischen Verhältnisse haben wir vorausgesehen und deshalb die Verfassungsreform abgelehnt. In der Frage des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Beamtenchaft stehe ich auf dem Standpunkt des Ministers v. Dallwitz. Gegen die Eigenverpflichtung von Reichs wegen in schärfster Weise eingeschritten werden. Verlangt werden muß grundsätzliche Verfassung des Wandergewerbetreibenden und Stellung der Kinder unter Fürsorgeerziehung. (Abg. Sasse ruft: Prügelstrafe! Große Heiterkeit.) Der Frauenbewegung stehe ich sympathisch gegenüber. (Lachen links.) Wir wollen aber die Frauen nicht in das politische Leben hineinziehen lassen. (Zustimmung rechts.) Ich habe nun unsere Resolution zum Schutze der Arbeitswilligen zu begründen. Wir wollen keine Verwässerung des Koalitionsrechts, kein Ausnahmengesetz (Lachen links), sondern Schutz für Arbeitswillige gegen Drohungen und Gewalttätigkeiten. Ich verleihe deshalb nicht den Widerstand, besonders des Staatssekretärs Dr. Delbrück, der sich damit in Widerspruch zum Reichskanzler und ehemaligen Staatsminister v. Berlepsch setzt. Auch von den Nationalalliberalen im sächsischen Landtage und in der republikanischen Hamburger Bürgerschaft ist unser Standpunkt vertreten worden. Hier im Hause sind sie dagegen. Es sollen in der nationalliberalen Partei öfter Meinungsverschiedenheiten bestehen. (Heiterkeit.)

Wir fordern in Uebereinstimmung mit der Industrie den lüdenlosen Zolltarif. Um dem Arbeitermangel in der Landwirtschaft zu begegnen, würde ich empfehlen, die Jugend unter 14 und 16 Jahren von der Beschäftigung in gewissen Fabriken fern zu halten. (Lachen links.) Ich meine im Interesse der Jugend. (Lachen links.) Der Bund der Landwirte hat niemals den Boykott verhängt. (Lebhafte Widerspruch links.) Wenn einzelne Personen das getan hätten, dann würden wir das mißbilligen. (Zurufe.) Ebensoviele macht der Bund durch seine Verkaufsstellen den ländlichen Gewerbetreibenden Konkurrenz. Auch der gewerbliche Mittelstand muß von der Beschäftigung geschützt werden. Eine bedrohliche Erschütterung ist die Verknüpfung gewisser Großbanken mit der Großindustrie, die leider überall offene Türen und offene Arme findet. (Zurufe links.) Der Bund der Landwirte findet diese offenen Arme nicht. (Zuruf links: Er hat aber offene Hände! Große Heiterkeit.) Diese Verknüpfung der Großbanken ist eine Bedrohung unseres politischen Lebens, eine Bedrohung der Monarchie. Nur eine kraftvolle Mittelstandspolitik kann hier helfen. Es müssen große Mittel angewandt werden, die hauptsächlich auf steuerlichem Gebiet liegen. (Zurufe links: Erbschaftsteuer!) Sie möchten wohl gern mich in den Jrgarten der Erbschaftsteuer locken. Wenn mich die guten Buben locken, so folge ich ihnen nicht. (Große Heiterkeit.) Der selbständige Mittelstand ist die beste Stütze für Monarchie und Monarchie. (Beifall rechts.) Trotz mancher Differenzen bin ich gern bereit, den Reichstag zu bitten, er möge doch das Gesetz des Staatssekretärs, um das es sich doch eigentlich handelt, möglichst bald bewilligen. (Heiterkeit und Beifall rechts.)

Staatssekretär Dr. Delbrück. Der Vorredner war der Meinung, daß meine Ausführungen über die Resolution auf Einbringung eines Arbeitswilligen-Schutzgesetzes anderen Regierungserklärungen widersprächen. Die Neuerungen des Staatssekretärs von Berlepsch sind aber vor langer Zeit gefallen und seitdem hat sich mancherlei verändert, namentlich die Interpretation des § 153 der U.-D., die früher außerordentlich eng war, jetzt aber erheblich erweitert worden ist. (Sehr wahr! bei den Soz.) Außerdem wurden seither außerordentlich milde Strafen verhängt, während man jetzt allmählich zu immer höheren Strafen übergegangen ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Aus dieser Tatsache folgt, daß die Bestimmungen des § 153 ausreichen, wenn die zuständigen Organe des Staates ihre Pflicht tun. Diese Auffassung habe ich auch heute noch. Erfahrungsgemäß gelingt es in den seltensten Fällen, die Urheber von Straftaten zu fassen und vor Gericht zu stellen. Außerdem habe ich angemerkt, daß jedes Gesetz in dieser Richtung sich auch mit Vorgängen befassen wird, die unser gesamtes politisches und wirtschaftliches Leben betreffen und nicht allein Bezug haben auf das Verhalten angehöriger einzelner Parteien. Ich habe daraus den Schluß gezogen, daß unser Strafgesetzbuch mit seinen Bestimmungen zum Schutze der persönlichen Freiheit, die auf einem völlig anderen Boden gewachsen sind, heute noch ausreicht, und ob man nicht Rücksicht nehmen müsse auf die großen Veränderungen, die in unserem öffentlich rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Leben vorgegangen sind. Der Staatssekretär führt weiter aus, daß diese Auffassung mit den Erklärungen des Reichskanzlers vom November 1910 und auch mit den Neuerungen des sächsischen Ministers Grafen Bismarck übereinstimmen. Der Staatssekretär geht dann auf die Mittelstandsfrage ein. Wenn man heute über Mittelstandsfragen spricht, so muß man sich klar werden, welchen Mittelstand man meint. (Sehr! richtig links.) Der bäuerliche Mittelstand hat sich günstig entwickelt und gibt wenig Anlaß zu Klagen. Beim gewerblichen Mittelstand muß man aber darauf Rücksicht nehmen, daß wir neben dem selbständigen jetzt auch einen unselbständigen Mittelstand bekommen haben, den sogenannten neuen Mittelstand, wie ihn seine Gönner und Freunde zu bezeichnen pflegen. Er ist ein Produkt unserer modernen wirtschaftlichen Entwicklung, und er gehört zweifellos nicht zu den Stiefkindern unserer Gesamtentwicklung. Er umfaßt große Kategorien von Existenzen, die zwischen dem Unternehmer und dem Arbeiter stehen, die große Kategorie von werktätigen Personen, die wir zuletzt gehabt haben mit dem Gesetze der Versicherung für die Privatangestellten. Dieses Gesetz allein sollte schon beweisen, daß der neue Mittelstand sich der warmen Fürsorge sowohl der verbündeten Regierungen, wie des Reichstags zu erfreuen hat. Die Kosten, die das Gesetz unserer Produktion auferlegt hat, sind nicht gering, und das sollte man in den Kreisen dieses neuen unselbständigen Mittelstandes nicht vergessen. Selbstverständlich haben auch diese Herren eine Reihe von Wünschen, und sie haben berechtigte Wünsche, sie haben, wenn ich es allgemein ausdrücken darf, den Wunsch in ihrer Rechtsstellung in dieselbe Situation zu kommen, wie die Angestellten des Handelsgewerbes. Ich erkläre ausdrücklich, ich bin jeden Tag bereit, diese Wünsche zu erfüllen, soweit es sich nicht um die Preisgabe wichtiger grundsätzlicher Fragen handelt. In den Wünschen der Herren gehört dann die Regelung der Konkurrenzklause. Auch diese Frage haben die verbündeten Regierungen bereits versucht zu regeln, die Vorschläge haben aber nicht die Billigung des Reichstags gefunden. Die verschiedenen Vorschläge, die damals kamen, haben mich in der Ueberzeugung bestärkt, daß die Sache noch nicht reif zu einer Lösung war. Jetzt ist Zeit darüber hingegangen. Die Frage der Konkurrenzklause im Handelsgewerbe wird im Reichsjustizamt behandelt, und wir müssen abwarten, was sich daraus ergibt, bevor wir uns wieder der Frage näher treten können. Eine dritte Materie unter den Angelegenheiten ist die des Erbschaftsrechts. Sie kann zweifelsfrei zusammen mit unserer mit einer Neuregelung des Patentwesens geregelt werden. Ich kann daher alle Beteiligten nur bitten, zu warten, bis ich in der Lage bin —

und ich hoffe, bald dazu in der Lage zu sein — die Neuregelung des Patentwesens vorzuschlagen. Nun zum selbständigen Mittelstand. Seit einiger Zeit häuften sich die Klagen dieses Mittelstandes und sie haben zum großen Teil ihre Berechtigung. (Hört, hört!) Die besten Kräfte gehen dem Mittelstand dadurch verloren, daß die intelligentesten Handwerker in beschäftigter oder unbeschäftigter Weise in die Großbetriebe hineingehen. (Hört, hört! links.) Andererseits geht ein großer Teil der Kreise, die vor 50 Jahren Kleinmeister wurden, jetzt in den Arbeiterstand über. Schließlich ist auch die Tatsache, daß die Maschinen der Fabriken einen großen Teil der gewerblichen Arbeiten für den Kleinbetrieb unrentabel gemacht haben, nicht aus der Welt zu schaffen. Man muß bestrebt sein, dem Handwerk womöglich alle Vorteile des Großbetriebes zugänglich zu machen, also Kapital, Kredit, Kalkulation und womöglich Motorkräfte. Aber alles das sind Mittel, die nicht für das Reich, sondern nur für die Bundesstaaten und in allererster Linie für die Gemeinden durchführbar sind. Die Reichsregierung ist nicht untätig gewesen. Das deutsche Genossenschaftsgesetz nimmt in erster Linie auf das Kleingewerbe Rücksicht, die Neuregelung des Prüfungswesens, die Einrichtung der Handwerkerkammer, der kleine Befähigungsnachweis sind in diesem Sinne von der Reichsregierung geschaffen worden und haben dem Handwerk viel genutzt. Tatsächlich haben noch der Statistik auch nur die Zwergbetriebe und diejenigen Handwerksberufe einen großen Rückgang erlitten, die durch die Natur der Dinge mit dem Großbetrieb nicht konkurrieren können. Viele andere Zweige des Handwerks, bei denen es mehr auf den individuellen Geschick und auf die Kunstfertigkeit ankommt, haben dagegen eine günstigere Entwicklung genommen. Die Forderung, daß die Industrie beitragen soll zu den Kosten der Lehrlingsausbildung im Handwerk, wird zwar von allen Seiten des Hauses als berechtigt anerkannt, aber die Verhältnisse in den einzelnen Teilen Deutschlands liegen hier sehr verschieden, und ich habe deshalb immer eine gewisse Scheu gehabt, hier mit einer reichsgesetzlichen Regelung einzugreifen. Ich bin aber bereit, mit den Regierungen in Verhandlung darüber einzutreten, ob nicht eine Regelung durch Dispositionen erfolgen könnte. Eine Beschränkung der Wanderlager wird sich kaum auf reichsgesetzlichem Wege durchführen lassen. Ebenso liegt es mit einer Vertretung des Kleinhandwerkes in den Handelskammern. Auch hier ist die Landesregierung zuständig. Bei den Wünschen auf eine Reform des Submissionswesens handelt es sich auch um Fragen, die schwer eine reichsgesetzliche Regelung erlauben. Das sind Nützlichkeitfragen, für die man höchstens Richtlinien geben kann. Im Verwaltungswesen muß aber dafür gesorgt werden, daß das Handwerk berücksichtigt wird. Das will auch die preussische Submissionsordnung von 1905 und die Chefs der einzelnen Verwaltungen müssen dafür sorgen, daß diese Verordnung auch befolgt wird. (Abg. Pauli (konf.): Sie tun aber nicht.) Die preussischen Vorschriften sind auch im Reich eingeführt. Vielleicht können mit Hilfe der Innungen Normen für einheitliche Preise festgestellt werden, die den Behörden bei der Kalkulation einen Anhalt geben. In Sachen hat das organisierte Handwerk ein Submissionsamt geschaffen, das den Behörden und den Handwerkern mit Maßnahmen zur Seite steht. Vielleicht liegt in dieser Richtung der Anlaß zu einer erfolgreichen Lösung der Frage. Der Staatssekretär spricht sich dann gegen die Aufhebung des § 100a aus und betont, daß auch verschiedene Bundesstaaten gegen die Aufhebung seien. In diesem Frühjahr werde eine neue Handwerkerkonferenz einberufen werden, um neben anderen auch diese Frage prüfen zu lassen. Weiter soll eine Kommission über die Frage des Kleingewerbes beraten, besonders darüber, in welchem Umfange eine Enquete auf diesem Gebiete veranstaltet werden soll. (Beifall.)

Abg. Marquardt (nat.-lib.). Meine hochverehrten Anwesenden! (Stillsitzende Heiterkeit.) Das Grundproblem der Wirtschaftspolitik ist, wie schaffen wir dauernd Arbeitslosigkeit. Hand in Hand mit dem Wachstum der deutschen Bevölkerung muß das Wachstum der deutschen Wirtschaft gehen, meine lieben Freunde. (Erneute Heiterkeit.) Die Entwicklung steht nicht still. (Witziges ironisches: Sehr richtig!) Meine hochverehrten Anwesenden! (Erneuter Nachdruck; der Redner bekräftigt endlich und fügt sich der parlamentarischen Form.) Dringend notwendig ist die reichsgesetzliche Regelung der Sonntagsruhe für den Kaufmannstand. Sie liegt gleichermaßen im Interesse der Handelsgeschäften und der Prinzipale; ebenso erforderlich ist die gesetzliche Festlegung des 8-Uhr-Laden-schlusses, der ein Segen für die Gesundheit, die Arbeitskraft, das Familienleben des Kaufmannstandes und seiner Beihilgen am Kulturleben ist. Auch die Arbeitszeit in den Kontoren muß über kurz oder lang gesetzlich geregelt werden. Es wäre ehrenpflicht der Prinzipale, in Krankheitsfällen der Angestellten vom Gehalt keine Abzüge zu machen. Die Konkurrenzklause, die eine Entwertung und Erschwerung der Erwerbstätigkeit für den einzelnen ist, muß aufgehoben, auf jeden Fall gesetzlich neu geregelt werden. Ein einheitliches Privatbeamtenrecht scheidet wahrscheinlich an der Verschiedenheit der Verhältnisse. Das Koalitionsrecht muß genügend geschützt werden. Es muß so heilig und unverletzlich sein wie das Wahlrecht. Es ist ein Unrecht des einzelnen, sich zu koalieren. Der § 153 der U.-D. läßt die Verhinderung am Gebrauch des Koalitionsrechts unbestraft. Dieser mangelnde Schutz muß nachgeholt werden. Starke Organisationen der Unternehmer und der Arbeiter sind keine Bedrohung des Wirtschaftsfriedens, dem auch ein Reichseinigungsamt dienen würde. Wir müssen auf dem Boden der Sozialreform ein gesundes, arbeitsfrohes und arbeitskräftiges Volk schaffen. (Bravo bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gothein (Sp.). Wir sind bereit, dem Staatssekretär das Gehalt zu bewilligen, selbst wenn er nicht jeden Tag eine 1 1/2-stündige Rede hält. (Große Heiterkeit.) Geht das so weiter, so müssen wir ein Gesetz zum Schutze gegen lange Ministerreden schaffen. (Erneute Heiterkeit.) Der elegische Schluß des Abg. Dr. Dertel steht im Einklang mit der Weisheit, die er jetzt trägt. Er hat seine bisher weise Weisheit mit einem schwarzen Trauerband versehen. (Große Heiterkeit.) Vermutlich trauert er darüber, daß der Reichstag nicht ganz nach seinen Wünschen zusammengeführt ist. Der Staatssekretär und der Redner des Zentrums Dr. Mayer haben unsere Wirtschaftslage eminent günstig genannt und es so dargestellt, als ob dies eine Folge unserer Wirtschaftspolitik sei. Sie berufen sich auf die Steigerung unserer Ausfuhr, aber aus ihr läßt sich nicht ohne weiteres auf einen Erfolg unserer Wirtschaftspolitik schließen. Ist doch auch in den Jahren der Capriolischen Wirtschaftspolitik die Ausfuhr bedeutend gestiegen. In einem Lande, dessen Bevölkerung sich so stark vermehrt wie in Deutschland — um jährlich neunhunderttausend Menschen — muß die Ausfuhr an sich erheblich steigen; denn dieser Bevölkerungszuwachs, den die Landwirtschaft nicht unterbringen kann, muß in Handel, Gewerbe und Industrie untergebracht werden. Die englische Bevölkerung aber vermehrt sich um 100 000 Menschen jährlich. Wenn nun die englische Ausfuhr, und England kommt ohne jeden Schutz aus, etwa ebenso gestiegen ist, wie die unsere, dann ist unsere Situation im Vergleich zu England gar nicht besonders günstig. — Der Staatssekretär sagte, unser Zolltarif sei ein gutes Instrument für Handelsverträge. Nun, die Handelsverträge, die wir seitdem abgeschlossen haben, sind sehr ungünstig ausgefallen, woraus zu schließen wäre, daß unser Zolltarif kein gutes Instrument ist. Das Ausland hat uns diesen Tarif mit seinen Spezialerträgen nachgemacht, und wir sind nicht weiter gekommen. Beim Vergleich mit England darf auch nicht übersehen werden, daß dieses seinen Schiffbau noch ganz anders forciert hat als wir, und daß es mit seiner tiefen Flotte in ganz anderem Maße als Deutschland der Frachtführer der Welt geworden ist. (Zuruf richtig links.) Die Auffassung, daß die gegenwärtige Konjunktur günstig sei, ist doch recht optimistisch, wenn man sich den Kurzettel und die Abschlüsse der Banken ansieht, so ist von einer günstigen Konjunktur nichts zu merken. Zweifellos ist reichlich Arbeit vorhanden, und die Arbeitslöhne sind gestiegen, sie müßten

aber steigen, weil alles teurer geworden ist und die Arbeiter sonst sich und ihre Familie nicht mehr ernähren könnten. (Sehr richtig links.) Der reichlichen Arbeitslosigkeit steht gegenüber eine wesentliche geringere Rentabilität unserer Industrie, die wieder eine geringere Kapitalbildung zur Folge hat und damit eine Verlangsamung im Schaffen neuer Produktionsstätten. Eine vorsichtige Bankpolitik ist gewiss geboten, aber unsere Industrie braucht Bankkredit; ihn einzuschränken, hieße den Unternehmungsgeist lähmen. Herr Dr. Mayer klagt über das Steigen der Kohlenpreise, aber da die Lebensmittel teurer geworden sind, müssen die Löhne im Bergbau steigen. Wichtigstens ist den Bergarbeitern für den 1. April eine Erhöhung der Löhne versprochen. Hoffentlich werden sie nicht damit in den April geschickt. Höhere Löhne aber bedeuten höhere Kohlenpreise. In derselben Richtung wirkt die Erhöhung der Produktionskosten durch die Verteilung der Schächte. Auch die Syndikate wirken preissteigernd. Die Angriffe des Zentrums gegen die Syndikate nehme ich nicht ernst. Es will seinen Wählern nur sagen können, es habe gegen die Syndikate gewettet. Früher sprach man davon, daß ein Gesetz gegen die Syndikate im Schreißlich des Herrn Spahn fertig läge, aber der wunderliche Schreißlich blieb jahrelang verschlossen und dann kam der jetzige mehr als harmlose Antrag heraus, der wie weiße Seife gegen Krebsgeschwüre ist. (Heiterkeit.) Das einzige wirkliche Mittel gegen die gefährliche Preissteigerung der Karie ist, daß man die Möglichkeit einer Konkurrenz aufrecht erhält. Der Fiskus aber tut das Gegenteil. Sein Beitritt zum Kohlensubsidat hat das „Brot der Industrie“ nur verteuert. Das Kartellgesetz hat das kritischste Gegenteil von dem erreicht, was der Staatssekretär von den Syndikaten erwartet. Denn ohne dies Gesetz könnten 15—20 Gruben dieselbe Menge Koll fördern, die gegenwärtig von 100 Gruben gefördert wird. Spezialgesetze über das Syndikatswesen haben wir bereits. Das Brauntüchergesetz ist doch nur ein Gesetz zur Förderung des Spirituskartells. Und zur Förderung des Eisenkartells wirkt der Schutzoll auf Eisen als Spezialgesetz.

Das Zentrum will mit seinem Kartellantrag nur verfehlen machen, was es an der Bekämpfung der Ausschreitungen der Kartelle durch Zustimmung zu den Hochschützollen und Ausfuhrbegünstigungen gesündigt hat. Der Vater des „Schutzes der nationalen Arbeit“, Friedrich List, hat erklärt, jeder Schutzoll macht sich mit der Zeit selbst illusorisch dadurch, daß durch die Steigerung der Produktion die innere Konkurrenz den Schutzoll unwirksam mache. Bei den neuen Handelsverträgen kommt es auf den Welt an, in dem der Zolltarif gehandhabt wird. In Beweisen dafür, daß die Schutzölle nützlich gewirkt haben, fehlt es. Es muß endlich eine Umfrage darüber veranstaltet werden. Die Millionen sozialdemokratischer Arbeiter darf man aber nicht davon ausschließen. (Zustimmung links.) Die preussische Statistik über die Wirkung der Landwirtschaftszölle ist ob ihrer Einseitigkeit unbrauchbar. Sie ist Dummheit, ein Faustschlag ins Gesicht der Wissenschaft. (Sehr richtig links.) Die objektive Erhebung in Oesterreich hat die Schutzollpolitik so gebrandmarkt, daß man sie geheimhält und sie erst auf Umwegen bekannt wurde. Der Redner schließt mit dem Nachweis, daß der Großgrundbesitz egoistische Politik zum Schaden des Kleinbesitzes wie der gesamten Volkswirtschaft treibe, daß er nach dem Eingeständnis des Oberpräsidenten a. D. Graf Zedlig-Zrihschler die fähigsten ausländischen Arbeiter den deutschen vorgeht und daß diese Politik durch eine solche zum Besten des Volks ersetzt werden müsse. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dr. Dertel (konf.). — persönlich: Ich weiß nicht, ob ich im Namen meiner vom Abg. Gothein besprochenen Worte eine persönliche Bemerkung machen kann (Heiterkeit). Er hat ihren schwarzen Rand ebenso mißverstanden wie meine Rede.

Mittwoch 1 Uhr: Fortsetzung. — Schluß 6 1/2 Uhr.

Schließender Tag der Generaldebatte.

Abg. Behrens (wirtsch.-lib. Bg.): Die Resolutionen sollten, soweit sie Initiativanträge enthalten, nach Materien zusammengefaßt und bestimmten Kommissionen überwiesen werden. Aus den Ausführungen des Staatssekretärs hörte man immer nur das Nein! Die Sozialdemokraten bezeichnen unsere Sozialreform als kleine Abschlussschlacht, verlangen aber selbst solche (Zuruf b. b. Soz.: die Sie ablehnen!) nein, wenn sie vernünftig sind, nicht. (Lachen b. b. Soz.) Abg. Sasse macht für die schwere Lage der Textilindustrie unsere Wirtschaftspolitik und auch noch ein paar Junker verantwortlich. Das ist falsch und irreführend. (Beifall rechts.) Aus seinen sachlich berechtigten Ausführungen gegen die Heranziehung ausländischer Arbeiter hat er nicht die Konsequenzen gezogen. (Zuruf b. b. Soz.: Wie? denn nicht?) Er hätte nicht bloß auf die Arbeitgeber beschimpfen sollen. (Lachen b. b. Soz.) Eine allgemeine Syndikatsgesetzgebung halte ich für dringend notwendig. In den neuen Zolltarif sollte eine neue Bestimmung aufgenommen werden, wonach in den Fällen, wo ein Syndikat seine Macht mißbraucht, eine Herabsetzung des Zollfußes eintreten kann. Die Gesetzgebung muß in den syndikatisierten Industrien auch einen Einfluß auf Lohnhöhe und Arbeitszeit haben. Wir stimmen den Resolutionen zu, die eine Förderung der inneren Kolonisation bezwecken. Auch die Gewerkschaften der äußersten Linken sollten dieser Tätigkeit mehr Beachtung schenken, die die günstigste Lösung des Arbeitslosenproblems verspricht. Trotz der vielen Verbesserungen, die die Reichsversicherungsordnung gebracht hat, sollten die Rentenanprüche auch auf die Fälle ausgedehnt werden, in denen Invalidität oder Tod schon vor dem 1. Januar d. Js. eingetreten sind. Der preussische Fiskus hat durch kleinliche Anwendung der Versicherungsbestimmungen in seinen Bergwerken bei den Arbeitern Mitleid erregt. Da jetzt erfreulicherweise ein erheblicher Ueberschuß zu verzeichnen ist, so kann die Regierung weitergehende Wünsche in der Versicherungsordnung nicht mehr ablehnen. Die Motive der konservativen Resolution, betreffend den gesetzlichen Arbeitswilligenstatus, verstehe ich. Der Unmut gegen den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften findet darin seinen Ausdruck. Wir werden aber dagegen stimmen, weil diese Maßnahmen auch andere Gewerkschaften schädigen würden. Fällt diese Resolution aber nicht, so trägt die Verantwortung die Sozialdemokratie. (Oh, oh! b. b. Soz.) Beifall rechts und im Zentr.) Wir fordern eine Aufgestaltung des Einigungswesens. Was ist bisher vom Reichsamt des Innern geschehen, um der drohenden Schmelzberaubsperrung und dem Lohnkampf im Bergbau vorzubeugen? Dem arbeitslosen Bergarbeiterverband sind wegen seiner Haltung bei der jetzigen Lohnbewegung viele ungeredete Vorwürfe gemacht worden. Tatsächlich sind im Saarrevier auf den fiskalischen Gruben die Löhne zu niedrig, und es besteht ein vorfindliches Strafsystem. Gewiß ist auch im Ruhrrevier eine gewisse Erregung unter den Arbeitern vorhanden. Die sozialdemokratische Presse führt aber im Ruhrrevier eine unverantwortlich aufreizende Sprache. Die Bundesstaaten sollten den Wünschen der Bergarbeiter mehr Beachtung schenken.

Abg. Dertel (Sp.) tritt für eine stärkere Bestimmung der Konsumvereine und eine Einschränkung der Wanderlager im Interesse des Mittelstandes ein.

Abg. Siebel (Soz.): Zwischen den Ausführungen des Abg. Behrens und den Veröffentlichungen der Zentrumspreste, sowie der christlichen Arbeiterbewegung bestehen schwere Widersprüche. Nach Herrn Behrens sollen sich die Arbeiter aus nationalwirtschaftlichen Gründen nicht an Sympathiestreiks beteiligen. Es handelt sich aber gar nicht um einen solchen. Die englischen Bergarbeiter haben festgestellt, daß ihnen gar nichts an Sympathiestreiks in Nachbarländern liege und mein Parteigenosse Gué hat sich im Sinne der englischen, sowie der deutschen Bergarbeiter gegen einen Sympathiestreik ausgesprochen. Während Herr Behrens die Zeichenbereiter bereit sieht, Lohnzulagen zu gewähren, schreibt die königliche Volkszeitung vom 6. Februar, daß nach der Haltung des Hohenverbandes nicht anzunehmen sei, daß eine allgemeine Lohnherabsetzung durchgeführt werde. (Hört, hört! bei den Soz.) Die Parteien, die jetzt so fleißig für die Sozialpolitik eintreten, haben wiederholt bewiesen, wie wenig sie bereit sind, ihre Versprechungen zu halten. Herr Dertel will keine Einschränkung des Koalitionsrechts, sondern

nur ein bloßer Schutz der Arbeitswilligen. Aber für dieses barmherzige Götze fehlt es an der genügenden Leichtigkeit. Staatssekretär Dehnbach hat die Konzentrierung der Industrie festgesetzt, aber nicht den notwendigen Schutz gezogen, daß man eingetretene werden müsse für die Laufende von Angestellten, die durch diese Entwicklung ihre Menschenrechte verloren haben. Die Wohnungsreform verwies er an die Kommunen und Bundesstaaten, diese verweisen sie wieder an das Reich! Wenn der Staatssekretär so energisch bestreitet, daß ein Stillstand in der Sozialpolitik eingetreten sei, so ist das ein Erfolg der antreibenden Arbeit der Sozialdemokratie, die der bürgerlichen Gesellschaft das soziale Bewußtsein geschärft hat. Das Kapital ist durch die Arbeitslosigkeit der Millionen von Arbeitern und Angestellten in Deutschland so reich geworden, daß ihm größere Opfer sehr wohl zugemutet werden können. (Zustimmung bei den Soz.) Herr Deriel sprach für die Berücksichtigung der Handwerker, aber alle unsere dahingehenden Anträge sind abgelehnt worden. Das war ihre Mittelstands-treue. (Sehr richtig! bei den Soz.) Große Massen des Mittelstandes sind durch die Gesetzgebung außerordentlich kümmerlich berücksichtigt worden; die Bureauangestellten hat man bislang völlig ignoriert, trotzdem der Reichstag Resolutionen zu ihren Gunsten gefaßt hat. Das Privatbeamtenversicherungsgesetz ist ein Angstprodukt vor den Reichstagswahlen, es sollte den Zustrom der Privatangestellten zur Sozialdemokratie einschränken. Diese sind kein neuer Mittelstand, sondern nur ein neuer mittelster Stand. (Sehr gut! bei den Soz.) Sie werden von den Unternehmern genau so ausgebeutet wie die Industriearbeiter. Der soziale Friede besteht nur, solange sie sich widerprüchlos ausbeuten lassen. Sogenannte Gewerbetote sollen sie sich gefallen lassen; das Rettungswort Industriewerk verweigert die Gehemiligung, wenn der Angestellte eine Polka heiraten will, oder die Frau nicht als Beamtenfrau anerkannt wird. (Leb. Hör! Hör! links.) Die Dienstordnungen für Angestellte verfahren mit den persönlichen Rechten ebenso rücksichtslos, wie die Arbeitsordnungen mit denen der Arbeiter. Es wird geradezu der preussische Militarismus auf das Dienstverhältnis der Angestellten übertragen. Rücksichtslos werden Angestellten mit ganz niedrigen Gehältern durch die Konkurrenzklausele enorme Konventionalkonten aufgeschwungen. Durch die ehrenwörtliche Verpflichtung zur Geheimhaltung des Gehalts entweicht man die Beamten.

Die Nationalliberalen wollen in ihren Anträgen die Bureauangestellten nicht einbeziehen in die rechtliche Einheit der Privatangestellten, sondern sie verlangen für diese Gruppe besondere Bestimmungen. Das würde wieder nur halbe Arbeit sein, weil beispielsweise zwischen den Bureauangestellten und den Handlungsangestellten doch sehr enge Verbindungen bestehen. Die Sonntagruhe, der Lebenslohn, angemessene Ruhepausen, Erholungsurlaub und viele andere Wünsche, in denen die Angestelltenbewegung völlig einmütig ist, müssen mit hineingenommen werden in das zu schaffende Einheitsrecht der Privatangestellten. Bei dem üblichen Tempo der Sozialpolitik werden wir freilich auf eine derartige Zusammenfassung des Angestelltenrechts lange warten müssen; es aber läßt sich schnell herbeiführen: die völlige rechtliche Gleichstellung der technischen Angestellten und Bureaubeamten mit den Handlungsangestellten. Dazu sind keine großen gesetzgeberischen Vorbereitungen nötig, wenn nur die Regierung den Anregungen der verschiedenen Parteien in dieser Richtung folgen wollte. (Sehr richtig! bei den Soz.) Bei der Besprechung der Resolution, die ein Arbeitswilligenschutzgesetz verlangt, ist wieder von der Rechten über den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften geklagt worden. Zuerst hat aber der Sozialdemokrat die Zentralverbandes der Industriellen ergeben, daß die Zahl der sogenannten Streikgewalttaten verschwindend gering ist. Was wird auch alles als Gewalttat aufgefaßt? Ich gebe dem Staatssekretär darin Recht, daß in den letzten Jahren die Rechtsprechung in Bezug auf den § 158 S. O. geradezu ungebührlich verschärft worden ist. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man hat Strafen verhängt, die das Rechtsbewußtsein der Arbeiterschaft geradezu empört haben. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) Beispielsweise wurde ein Streikender, der einen Verurteilten fragte, ob Streikarbeit angeferligt werde, deswegen zu Gefängnis verurteilt. (Hör, hör! bei den Soz.) Eine Notwendigkeit zu einer Verschärfung der Gesetze scheint da doch wirklich nicht vorzuliegen. (Zustimmung links.) Der Terrorismus, der in den Unternehmerrreihen

geübt wird, sieht ganz anders aus. Der wird ja nicht nur geübt gegen Angestellte und Arbeiter, sondern auch gegen die eigenen Klassengenossen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Angestellten haben nicht minder unter den Angriffen gegen ihr Koalitionsrecht zu leiden, wie die Arbeiter. Die Unternehmer huldigen hier dem bekannten Bischofswort: wer Knecht ist, soll Knecht bleiben. Wenn Abg. Pieper meinte, daß der Mobilmachungsprozess in der Angestelltenbewegung nur eine Kinderkrankheit sei, so bin ich im Gegenteil der Meinung, daß dieser Prozess erst anfängt und sich immer weiter entwickeln wird, je rücksichtsloser das Unternehmertum gegen die Organisationen der Angestellten vorgeht.

Die Unternehmer ächten sogar diejenigen Angestellten, die früher einer Organisation angehört haben. Die Angestellten und Arbeiter können von der Gesetzgebung beansprucht, daß das ihnen durch Reichsgesetz gewährte Koalitionsrecht nicht durch Gewaltmaßnahmen der Unternehmer unterbunden werden kann. Wenn der Sozialdemokratie vorgeworfen wurde, sie hätte die Bevölkerung über die Wirtschaftspolitik und ihre Wirkungen falsch informiert, so ist das durchaus nicht richtig. Das Volk merkt am eigenen Leibe die Wirkungen der Wirtschaftspolitik und es sieht, daß die bei der Reichsfinanzreform geübte Auspönerung der Massen nur den Großkapitalisten in Industrie und Landwirtschaft zugute kommt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was seitens der Sozialdemokratie geschehen kann, die Sozialpolitik vorwärts zu treiben, das soll von uns geschehen. Wir werden dafür sorgen, daß den schönen Reden auch Taten folgen; wir werden eine Situation schaffen, von der man sagen muß: da hilft kein Mundspitzen, da muß gepiffen werden. (Lebhafte Beifall bei den Soz.)

Abg. Sieberts (Zentr.): Die Privatbeamtenversicherung war keineswegs ein Produkt der Angst vor den Reichstagswahlen, sondern der Besorgnis, ob der neue Reichstag die Frage ebenso gut würde lösen können, als der alte. (Lebh. Zustimmung rechts.) Wir warten auf die Taten der Sozialdemokratie. Brechen Sie den Widerstand der Regierung in Sachen der Konkurrenzklausele, wir konnten es nicht. Wenn sie in 5 Jahren die Erfolge erzielen, die wir erreicht haben, dann werde ich zum ersten Male sagen: das ist positiver Mitarbeit. (Weiterkeit bei den Soz.) Die Zeichenbesitzer werden den Arbeiterorganisationen gegenüber eine andere Haltung einnehmen müssen, und die Gesetzgebung muß den Arbeitern mehr entgegenkommen. Die Bergmannsarbeit hätte zunächst den Anspruch auf Mindestlohn, dem aber die Minimalleistung gegenüberstehen muß. Von einem Sympathiestreik für England wollen die Bergarbeiter und will die öffentliche Meinung nichts wissen. Er würde auch den Engländern nicht viel nützen. Hoffentlich lassen sich die deutschen Grubenbesitzer nicht zum Kohlenexport nach England missbrauchen. Die heutige Lohnbewegung trägt ihre Berechtigung in sich. Bei der Rentabilität der deutschen Gruben sind Lohnreduzierungen überhaupt ungerechtfertigt. Der Preis-erhöhung muß eine Lohnsteigerung entsprechen. Die deutsche Kohle ist nicht in erster Linie zur Ausbeutung der Arbeiter durch eine Handvoll Kapitalisten da. Werden die Zeichenbarone nicht vernünftiger, so bin ich für ein Syndikatsgesetz, das Lohnreduzierungen bei steigender Konjunktur vorschreibt. Warum hat Abg. Sachs denn nicht von den elenden Löhnen im mittelschleischen Kohlenrevier gesprochen. (Widerspruch bei den Soz.) Dort wäre eine Streik viel nötiger als im Ruhrrevier. Ohne den christlichen Verband können die übrigen Verbände keinen erfolgreichen Streik durchführen. Die christlichen Arbeiter haben das größte Misstrauen in die christlichen Verbände des sozialdemokratischen Verbandes seit dem Kampf von 1905. Der Redner wünscht zum Schluß eine Regelung der heute überlangen Arbeitszeit in den Koferebetrieben der Bechen. (Beifall im Zentr.)

Abg. Witsch (nat.-lib.) wünscht eine Reform des kaufmännischen Unterrichtswesens. Der kaufmännische Mittelstand hat sich im Hansabund eine machtvollere Vertretung verschafft. (Wachen rechts.) Wenn die Rechte wirklich für den Mittelstand eintreten will, so möge sie dafür sorgen, daß ihm nicht wieder neue Steuern aufgewälzt werden, sie möge also für die Erbschaftsteuer stimmen. (Lebh. Zustimmung links, Wachen rechts.)

Abg. Herzogstein (Op.): Wir würden nicht soviel Mittelstandsfragen haben, wenn nicht unsere Erziehungspolitik seit einem Jahr-

hundert so weit hinter den gewaltigen Umwälzungen auf offen Geblieben zurückgeblieben wäre. Das gilt vor allem für die Handwerkerfrage. Es muß nun nicht eine Mittelstandspolitik als Mittelpolitik, als Kampfpolitik gegen die Sozialdemokratie, als Schutzmauerpolitik. Für die gesunde Entwicklung des Staates kommt es darauf an, möglichst viel unabhängige Menschen zu schaffen. Es gibt keinen Kulturstaat aus Sklaven. Was ist nun eine richtige Erziehungspolitik? Die Schutzpolitik schafft immer mehr Abhängige, sie führt zur Verfallung des ganzen wirtschaftlichen Lebens. Warum herrscht bei den norddeutschen Handwerkern eine solche Abneigung gegen die Erziehungspolitik? Sehr einfach — von der Schutzpolitik verprügelt man sich sofort materiellen Gewinn, sie erfordert vom Handwerk keine persönlichen Opfer; anders die Erziehungspolitik, deren Kardinalfrage lautet: Wie verhilft sich der Mittelstand einen intelligenten Nachwuchs, und wie ist die Fortbildung und Ausbildung selbständiger Existenzen zu sichern? Die Qualität des Nachwuchses im Mittelstand muß vor allem gehoben werden.

Es bedeutet eine enorme Vergeudung von Mitteln, wenn man ein minderwertiges Menschenmaterial durch später einsetzende Fortbildung wertvoller machen will. Unsere deutschen Volks- und höheren Schulen geben leider einer selbständigen Ausbildung der Hand viel zu geringe Nahrung, und doch könne gerade die Schule dem Handwerk viele Intelligenzen zuführen. Unsere realistischen Schulen, unsere Volksschulen haben keine Beziehungen zum praktischen Leben. Wie kann man erwarten, daß sie ihre Schüler dafür erziehen, selbständig den Kampf im wirtschaftlichen Leben aufzunehmen? Wenn Sie dem Mittelstand intelligente Kräfte zuführen wollen, dann müssen die Schulen nach amerikanischem Muster organisiert werden. Wenn die Schule nach den Grundfragen der Arbeitsgemeinschaft eingerichtet wird, wie ich das vertrete, so wird sie auch die wichtigsten sozialen Tugenden entwickeln. (Sehr gut! links.) Eine zweite Kardinalfrage ist die Lehrlingsfrage. Die Meisterlehre reicht nicht aus. Das Fortbildungs- und Fachschulwesen ist um so notwendiger, als vielfach Lehrlinge nur als billige Arbeitskräfte von den Meistern benutzt und immer mit derselben Tätigkeit beschäftigt werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ferner ist notwendig kaufmännische und wirtschaftliche Ausbildung der Lehrlinge und die von Herrn Pauli so verdiente staatsbürgerliche Erziehung. (Sehr richtig! links.) Herr Pauli sagt zwar, das brauchen wir alles nicht, es genügt, in den Fortbildungsschulen Rechnen, Lesen und Schreiben zu lehren. Früher war man auch derselben Ansicht in England, aber die Engländer sind inzwischen geistiger geworden (große Heiterkeit), und es ist möglich, daß wir auch noch Herrn Pauli be-lehren. Nun will ich durchaus nicht die glatte Uebertragung des Münchener Verfahrens auf alle anderen Städte empfehlen. Die Schulorganisation muß sich immer den lokalen Verhältnissen anpassen. Drei Grundmerkmale muß jede Organisation haben: es muß die reine Freude am Arbeiten, am praktischen Schaffen in den Schülern geweckt werden, zweitens muß sich in ihnen ein moralisches Bedürfnis entwickeln, alle Arbeiten so gut, reell, gewissenhaft und einwandfrei wie möglich zu machen (Beifall) und drittens muß die Schule den sozialen Sinn haben, den Gemeinfinn und den Gemeinschaftsfinn. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Dombel (Pole) erörtert, auf der Tribüne schwer verständlich, es Arbeits- und Lohnverhältnisse im obers- und mittelschleischen Bergbau, die er als dringend verbesserungsbedürftig bezeichnet. Das Haus verläßt sich.

Nächste Sitzung: Donnerstag nachmittags 1 Uhr. (Weiterberatung des Etats des Reichsanits des Innern.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Bereine und Versammlungen.

Gewerkschaftskartell.
Die Generalversammlung des Gewerkschaftskartells fand am 29. Februar statt. Genosse Ploog berichtete über die Tätigkeit des Ausschusses und verlas die Delegierten auf den gedruckt vorliegenden Jahresbericht. Die Vorarbeiten für die Wahlen zum Gewerbe-

Kauf-haus-Brühl

G. m. b. H.

== Frisch ==
geschlachtetes

Fleisch

Nur prima Ware
Freitag und Sonnabend

Neu aufgenommen!

Soweit Vorrat!

Frish geschlachtetes Fleisch

Pa. Schweinefleisch

Schweinebauch . . . Pfund	70
bei 5 Pfund	68
Schweinskeule . . . Pfund	70
Schweinekamm . . . Pfund	75
Koteletts Pfund	80
Rückenfett Pfund	68
Liesenfett (Schmer) . . . Pfund	70
Gehacktes (Schweinefleisch) Pfund	70

Pa. Kalbfleisch

Pfefferfleisch Pfund	80
Brust oder Kamm Pfund	90
Koteletts Pfund	90
Nierenbraten Pfund	95
Keule Pfund	1.00
Schnitzel Pfund	1.30

Pa. Hammelfleisch

Kochfleisch Pfund	80
Koteletts Pfund	90
Keule Pfund	1.00

Pa. Rindfleisch

Kochfleisch Pfund	70
Brust Pfund	70
Hohe Rippe u. Kamm Pfund	80
Rindfleisch (derbes) . . . Pfund	90
Blume Pfund	1.00
Roastbeef Pfund	85
Gehacktes (Rindfleisch) . . Pfund	82

Rindsleber Pfund	90
Kalbsleber Pfund	1.—

Speck geräuchert, mager Pfund	70
Speck geräuchert, fett Pfund	70

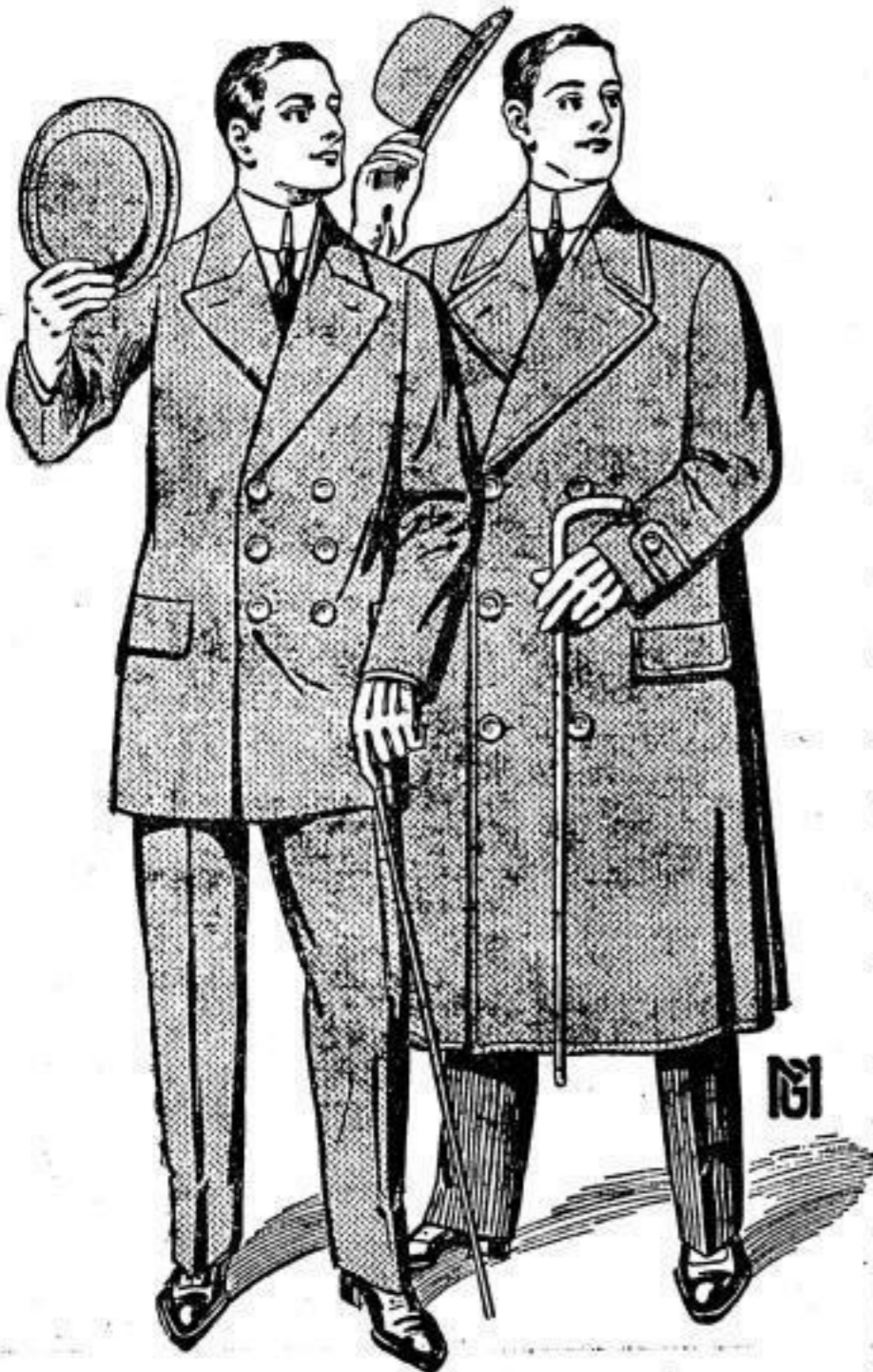
GEBR. MANES LEIPZIG

REICHSTR. 11
ECKE SALZGÄSSCHEN

Spezialhaus grossen Stils

für

Herren- u. Knaben- Kleidung



Herren-Anzüge zweireihig, in den neuen Molange-Farben	54. ⁰⁰ 36. ⁰⁰	48. ⁰⁰ 33. ⁰⁰	44. ⁰⁰ 28. ⁰⁰	40. ⁰⁰ 24. ⁰⁰	20.⁰⁰
Herren-Anzüge blau oder marengo, zweireihige und einreihige Formen .	65. ⁰⁰ 44. ⁰⁰	58. ⁰⁰ 40. ⁰⁰	54. ⁰⁰ 36. ⁰⁰	48. ⁰⁰ 33. ⁰⁰	30.⁰⁰
Herren-Paletots in solider, vornehmer Ausstattung	65. ⁰⁰ 44. ⁰⁰	58. ⁰⁰ 40. ⁰⁰	54. ⁰⁰ 36. ⁰⁰	48. ⁰⁰ 30. ⁰⁰	24.⁰⁰
Herren-Ulster vornehm. kleidsame Fassung in neuester Stoffausmusterung	54. ⁰⁰ 36. ⁰⁰	48. ⁰⁰ 33. ⁰⁰	44. ⁰⁰ 28. ⁰⁰	40. ⁰⁰ 24. ⁰⁰	20.⁰⁰
Herren-Hosen neueste Streifenessins, vorzüglich im Schnitt	17. ⁰⁰ 12. ⁰⁰	15. ⁰⁰ 10. ⁰⁰	14. ⁰⁰ 8. ⁵⁰	13. ⁰⁰ 6. ⁵⁰	5.⁵⁰

Durch gemeinsamen Einkauf für 12 eigene Geschäfte sind wir in der Lage, stets das Neueste zuerst in reichhaltigster Auswahl zu besonders vorteilhaften Preisen zum Verkauf zu bringen.

Eilenburg

Schnellbesohl-Anstalt Inhaber: P. Neubert liefert saub., halb. u. bill. Arbeit.
Zigaretten und G. Raute. Gute Quelle Kr. Mittagstisch
Zigaretten empf. G. Raute. Gute Quelle Kr. Mittagstisch

Josef Fitzek Beste u. streng reelle Bezugsquelle für sämtliche Herren-, Jünglings- u. Kinder-Bekleidung.
Torgauer Str. 47.

Gust. Friedrich Hüte, Mützen, Filz- u. Pelzwaren empfiehlt
Leipziger Str. 3.

Gewerkschaftshaus Tivoli Angenehmer Aufenthaltsort. Jeden Sonntag Ballmusik.

Bürger Schuhwaren Handelsgärtnerei Torgauer Str. 37. Gut und billig. v. A. Görlsch, Weitzbergstr. 20.

Filz- u. Filzwaren, Hüte, Mützen in großer Auswahl empfiehlt Fr. Rössner, Breite Str. 1.

Ellenburger Stadtbrauerei empfiehlt ihre ff. Biere.

J. Meyerstein Herren- u. Knabenkleidung Lieferant f. d. Konsumverein.
Torgauer Str. 37. Verlässliche Bezugsquelle für jeden Arbeiter.

Hermann Ziemann empfiehlt Uhren u. Goldwaren. Reparaturen gut u. billig.

Filiale der Volkszeitung Steinstr. 1 :: Abholstelle Abonnementspreis bei Abholung 70 Pfg.

Gasthof zur Taube Sonnabend, 9. März Grosser Bockbierrummel Licht oberbayr. Musikkapelle. Frdl. ladet ein Ernst Jäger.

Achtung, Metallarbeiter! Sonnabend, 9. März Mützen-Abend im Wilsenthal. Um zahlreiche Beteiligung bittet Der Vorstand.

Gratis! Einladung Gratis!

zur **Kochprobe** Morgen Freitag den 8. März

von **Rügers** weltbekanntem mit Gratis-Kostprobe von **Hansi-Kakao** **Hansi-Biskuit**

bei **Alfred Pfützer, L.-Reudnitz, Täubchenweg 43^B**

Bei jedem Einkauf von **Hansi-Kakao**, 1/4 Pfd. 60 50 40 Pfg.

Gratis-Zugabe von Hansi-Schokolade und zwar bei Einkauf von 1/4 Pfd. Kakao 1/2 Pfd. Kakao 1/2 Pfd. Kakao 10-Pfg.-Tafel 25-Pfg.-Tafel 50-Pfg.-Tafel

Gratis nur morgen Freitag, den 8. März.

Günstige Gelegenheitsläufe!

Fritz Reuters Hauptwerk: Ut mine Stromtid gebunden 1.25

Straßburger Kinderkalender für 1911 125 Seiten gebunden nur 40

Andersen-Nexo: Sühne gebunden nur 75

Dieser interessante Roman hat seinerzeit in der Leipziger Volkszeitung gestanden.

Zu beziehen durch die **Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft** Abteilung Buchhandlung sowie durch alle Filialen u. Aussträger d. Volkszeitung.

Bandwurm mit Roval

Verschiedene Arten habe ich gemacht, um den lästigen Bandwurm los zu werden, aber alles vergeblich; ich lieb mir daher Ihre Bandwurmmittel **Solitaonia** schenken, welches von vorzüglicher Wirkung war, und spreche Ihnen hiermit meinen herzlichsten Dank aus und werde bemüht sein, das Mittel weiter zu empfehlen. **Deposits in Leipzig:** Engelapothek, Markt 12; Strichapoth., Grimm. Str. 28; Hofapothek, Hauptstraße 9; Salomonsapoth., Grim. St. 17; Lindenau, Carolaapothek.

Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig am 4. März 1912.

a) **Auflrieb:** 615 Rinder und zwar 220 Ochsen, 120 Bullen, 25 Kalben, 287 Kühe, 10 Fresser (3 männliche, 7 weibliche); 493 Kälber; 609 Schafe; 3012 Schweine; zusammen 4880 Tiere.

b) **Marktpreise für 50 kg in Markt:**

Tierzuchtung	Bezeichnung	Lebendgewicht	Schlachtgewicht
Ochsen	1. vollfleischige, ausgewästete, höchsten Schlachtwerts bis zu 6 Jahren	—	90—94
	2. junge, fleischige, nicht ausgewästete, — ältere ausgewästete	—	84—89
	3. mäßig genährte junge, gut genährte ältere	—	75—83
	4. gering genährte jegigen Alters	—	68—74
	5. mäßig genährte, ausgewästete, höchsten Schlachtwertes	—	85—88
Bullen	1. vollfleischige ausgewästete, höchsten Schlachtwertes	—	81—84
	2. mäßig genährte jüngere	—	78—80
	3. mäßig genährte ältere	—	75—77
	4. gering genährte	—	68—78
Kalben	1. vollfleischige, ausgewästete Kalben höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	—	83—88
	2. vollfleischige, ausgewästete Kalben höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren	—	83—88
	3. ältere ausgewästete Kühe und gut entwicelte jüngere Kühe und Kalben	—	78—82
	4. gut genährte Kühe und mäßig genährte Kalben	—	64—72
	5. mäßig u. gering genährte Kühe u. gering genährte Kalben gering genährtes Jungvieh im Alter von 3 Monaten bis zu einem Jahre	—	55—63
Fresser	1. Doppellender	—	68—78
	2. beste Mast- und Saugkälber	62—65	—
	3. mittlere Mast- und gute Saugkälber	55—61	—
	4. geringe Kälber	48—54	—
Schafe	1. Mastlamm und jüngere Mastlamm	48—44	—
	2. ältere Mastlamm	40—42	—
Schweine	1. mäßiggenährte Hammel und Schafe (Merkelschafe)	95—99	—
	1. vollfleischige der feineren Rassen und deren Kreuzungen im Alter bis zu 1 1/2 Jahre	51—59	63—65
	2. Fetttschweine	52—53	64—65
	3. fleischige	47—50	50—62
	4. gering entwicelte	48—48	55—58
5. Sauen und Eber	42—47	54—59	

c) **Ueberstand:** Rinder 12, davon Ochsen 7, Bullen 1, Kühe 4, Kalben —, Kälber —, Schafe 65, Schweine 15.

d) **Geschäftsgang:** Rinder mittel, Kälber mittel, Schafe mittel, Schweine mittel.

Sonntags-Spaziergänge in Leipzigs weiterer Umgebung

von G. Semmig.

Ausgibt von G. Arschmar und C. Semann mit einer Karte der Umgebung Leipzigs.

Erste Folge 3. Auflage Preis 50 Pfg.
Zweite Folge 1. Auflage Preis 60 Pfg.
Erste und zweite Folge zusammen 1.00 Mk.

Wir empfehlen diese Bücher, von denen bisher insgesamt ca. 10 000 Stück abgesetzt wurden, angelegentlich.

Zu beziehen durch alle Filialen und die Aussträger. Leipziger Buchdruckerei H. G., Abt. Buchhandlung **Kochstr. 10/21.**

Urin- Untersuchungen zur Erkennung von Krankheiten. **Laboratorium Timmler, Altonburg S.-A.*** Marzallstr. 1. Sprechzeit tägl. 10-1 Uhr, auch Sonntags. Man verlange gratis ein Urin-Versandglas. Sprechzeit in Leipzig, Grimmische Str. 13 (Passage), jed. Dienstag u. Freitag 5-7 Uhr nachm. Man bringe od. sende stets 1 Fläschch. Morg.-Urin.

„Si, non gloriandum!“

hat schon Mancher gerufen, der sein Schuhwerk mit **Kavalier** putzen ließ. „Kavalier“ ist das beste Schuhputzmittel der Welt!

Kavalier Lederputz-Creme

Sächsischer Landtag.

Zweite Kammer.

56. Sitzung vom 5. März, vorm. 11 1/2 Uhr.

Am Regierungstische: Bismuth, v. Seydewitz. Zur Verhandlung steht zunächst der Antrag Schwager und Genossen (Sp.) auf

alljährliche Einberufung des Landtags.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

Die Kammer wolle beschließen: die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, dem Landtage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem im Oktober, spätestens im November jeden Jahres ein ordentlicher Landtag einzuberufen ist.

Abg. Schwager (Sp.) begründet den Antrag. Wir verlangen nicht Einführung einjähriger Etatsperioden; die Etatsperioden können zweijährig bleiben. Wir wünschen aber die Einführung einjähriger Landtagsperioden, damit sich der Landtag in den Sessionen, wo er sich nicht mit dem Etat zu beschäftigen braucht, den gesetzgeberischen Aufgaben und den Petitionen widmen kann. Vor zwei Jahren ist unser Antrag noch abgelehnt worden, aber auf die Dauer läßt sich der gegenwärtige Zustand nicht aufrecht erhalten. Auf allen Seiten des Hauses und auch bei der Regierung wird denn auch der enorme Umfang und die schwerwiegende Bedeutung der gesetzgeberischen Aufgaben anerkannt. Die starke Zunahme der Landtagsgeschäfte hat seinen Grund in der raschen Bevölkerungszunahme und in der erschütternden Entwicklung von Industrie, Handel und Verkehr in unserm engeren Vaterlande. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Voraussetzungen, die vor 40 Jahren für die Einführung zweijähriger Legislaturperioden maßgebend waren, heute nicht mehr gegeben sind. Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes haben sich seitdem total verändert und liegen heute derart, daß die gesetzgeberischen Aufgaben bei den zweijährigen Landtagsperioden kaum noch bewältigt werden können. Dem gegenwärtigen Landtage sind allein 30 Dekrete und einige umfangreiche Denkschriften zugegangen, die eine große Arbeitsleistung bedingen. Man hat einige Wirkendeputationen eingesetzt und dem Volkshausgesetzentwurf einer außerordentlichen Deputation überweisen müssen. Das 15. Rezejchnis der eingegangenen Petitionen und Beschwerden schließt mit der Nr. 1273 ab. Wenn darüber Klage geführt wird, daß ich immer weniger Männer aus dem praktischen Leben bereit sind, ein Landtagsmandat zu übernehmen, so ist hieran zum großen Teil der gegenwärtige Zustand schuld. Man hat unsern Antrag stiller entgegengehalten, daß dann der Petitionssturm noch größer werden wird. Das ist aber nur eine Vermutung, viel eher ist sogar anzunehmen, daß, wenn die Bevölkerung jedes Jahr Gelegenheit hat, den Ständen ihre Wünsche zu unterbreiten, der Petitionssturm etwas nachlassen wird. Die Nationalliberalen könnten mit der Zustimmung zu unserm Antrage viel zur Vereinfachung der Landtagsgeschäfte beitragen. Jetzt ist das Land fast volle zwei Jahre ohne Parlament, das soll kein Fühlungsnahme mit der Regierung. Ein solcher Zustand ist eben auf die Dauer unhaltbar; über kurz oder lang wird man unsern Antrage stattgeben müssen. Was wir verlangen, ist nicht eine weltumstürzende Revolution; was wir wollen, besteht bereits in Preußen, Württemberg, Elsaß-Lothringen usw.

Minister des Innern Graf Bismuth: Die Einführung alljährlicher Einberufung des Landtags ist schon so oft in diesem Hause behandelt worden, daß der Antragsteller nichts Neues zur Begründung vorzubringen hat; auch ich kann deshalb keine neuen Gesichtspunkte vorbringen. Die ablehnende Haltung der Regierung hat sich nicht geändert, auch die Gründe hierfür sind dieselben geblieben. Wenn der Antrag dazu führen könnte, eine wesentliche Abklärung der parlamentarischen Verhandlungen herbeizuführen, so würde ich natürlich die Regierung fördern. Die Einführung einjähriger Landtagsperioden würde auch die Einführung einjähriger Etatsperioden zur Folge haben. Das eine würde nur der Vorläufer des andern sein. Die Verhältnisse werden sich eben stärker erweisen als die Wünsche der Antragsteller. Man würde bald bezüglich der Dauer der Sitzungsperioden auf dem alten Fieße sein. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.) Selbst wenn sich eine scharfe Trennung der Sessionen durchführen ließe, so würden sich auch in diesem Falle höchst unerwünschte Folgen ergeben. Vor allem würden die parlamentarischen Kräfte dann nicht voll ausgenutzt werden. In kurzen Tagungen von drei bis vier Monaten Dauer lassen sich die Etatberatungen gar nicht durchführen. Das haben früher auch die Abgeordneten Bettner und Opitz angegeben. Die gebrauchten finanziellen Opfer würden also umsonst gebracht und sie würden bei Verwirklichung des Antrags ziemlich hoch sein; sie dürften eine Mehrausgabe von circa 200 000 Mk. hervorrufen. Durch den jährlichen Zusammentritt des Landtags würde auch bezüglich der Art seiner Zusammenkunft dem parlamentarischen Bürokratismus die Wege geebnet werden. (Sehr richtig! rechts und in der Mitte.) Man sollte aber auch an die Beamten der Regierung denken; ihr Verlust an Arbeitskraft sei jetzt schon infolge der angestrengten Tätigkeit ein so großer, daß eine Steigerung derselben, wie es bei Einführung alljährlicher Landtagsperioden der Fall sein würde, nicht zu verantworten wäre. Die Verwirklichung des Antrags würde die Vermehrung der Beamtenschaft um 30 Prozent erforderlich machen. (Dort, hört! rechts.) Gewiß sind die gesetzgeberischen Aufgaben im Laufe der Jahre gewachsen; man darf aber nicht vergessen, daß ein Teil derselben vom Reichstag erledigt wird. Die diesmahlige Uebernahme des Landtags mit Gesetzesvorlagen ist ein Ausnahmestand. Die Regierung kann an eine Verfassungsänderung, wie sie der vorliegende Antrag bedeutet, nur mit größter Vorsicht und in dringendsten Fällen herantreten. Ein solcher dringender Fall liegt aber gegenwärtig nicht vor; deshalb kann die Regierung ihre Mitwirkung bei der beantragten Verfassungsänderung nicht in Aussicht stellen. (Bravo! rechts.)

Abg. Opitz (kon.) gibt namens seiner politischen Freunde die Erklärung ab, sie könnten nicht anerkennen, daß die bestehende Einrichtung den obwaltenden Verhältnissen nicht mehr entspricht. Mit den zweijährigen Landtagsperioden sei auszukommen, zumal die Einberufung außerordentlicher Landtage nicht ausgeschlossen sei. Sie beantragen deshalb aus diesen Gründen und mit Rücksicht auf die Geschäftsfrage des Hauses und weil auch nicht auf Zustimmung der Ersten Kammer zu rechnen ist, über den vorliegenden Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Wappler (nat.-lib.): Unsere Zeit ist viel zu kostbar, als daß man uns zumuten sollte, die Reden der Linken, die wir hier schon so oft gehört haben, heute wieder mit anzuhören. Wenn wir auch nicht verkennen, daß manche Gründe für die alljährliche Einberufung des Landtags sprechen, so haben sich meine politischen Freunde mit wenigen Ausnahmen doch nicht entschließen können, für den Antrag einzutreten. Man dürfe nicht vergessen, daß schwerwiegende Gründe dagegen sprechen, namentlich solche finanzieller Art. Eine Zeitersparnis würde nicht eintreten, da die Verlesung der Beschlüsse, die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien noch weiter auszuwählen, als es jetzt schon der Fall ist. Wenn die Landboten alljährlich zusammenkommen würden, müßte auch ihre Urteilsfähigkeit leiden, weil sie dann nicht genug Zeit hätten, um mit den Wählern in Verbindung zu treten. Wir wollen also nicht alljährliche Einberufung des Landtags, wünschen aber, daß die Regierung auf andere Weise Wandel schafft, namentlich sollte sie dafür sorgen, daß den Abgeordneten alle wichtigeren Gesetzentwürfe schon beim Zusammentritt des Landtags zugehen, damit sie sich besser und ausführlicher orientieren können, als es jetzt der Fall ist.

Abg. Klee (Soz.): Meine politischen Freunde haben schon vor zwei Jahren die Erklärung abgegeben, daß sie die alljährliche Einberufung des Landtags für eine Notwendigkeit halten. Zur Begründung haben wir aber von weiteren Gesichtspunkten aus als die Fortschrittliche Volkspartei. Wie diese sich auch in der Frage der

Reform der Ersten Kammer rückwärts konzentriert hat, so hat die Fortschrittliche Volkspartei anfangs auch die Einführung alljährlicher Landtags- und Etatsperioden verlangt. Schon vor zwei Jahren hat sie die Forderung einjähriger Etatsperioden fallen gelassen. Meine politischen Freunde sind gerade der Meinung, daß, wenn der Landtag alljährlich einberufen werden soll, es notwendig ist, jedem Landtage auch einen Etat zur Beratung vorzulegen. Wenn sich deshalb eine Verfassungsänderung notwendig macht, dann muß eben die Verfassung geändert werden. Unsere Verfassung ist gewiß sehr änderungsbedürftig. Der Landtag wird jetzt mit solcher Menge Beratungsstoff unterhalten, daß es auf die Dauer unmöglich ist, ihn in der zur Verfügung stehenden Zeit aufzuarbeiten. Es ist eine Tatsache, daß den letzten Landtagen eine derart große Anzahl Gesetzentwürfe zugegangen ist, daß die Abfertigung von gesetzgeberischen Aufgaben an das Reich gar nicht in Frage kommen kann. Das Gewicht der Kammer hat sich wesentlich nach links verschoben; daraus erklärt sich, daß die Verhandlungen über die einzelnen Gegenstände viel gründlicher geführt werden als früher. Den letzten Landtagen ist auch eine bedeutend größere Anzahl von Initiativanträgen zugegangen als seinen Vorgängern. Die alljährliche Einberufung des Landtags ist notwendig, damit die Landtagsgeschäfte ordnungsgemäß und ohne jede Verzögerung erledigt werden können. Eine Trennung der parlamentarischen Arbeiten halten wir nicht für wünschenswert. Es ist jetzt auch ein unangenehmer Zustand, daß dem Landtage der Rechenschaftsbericht auf weit zurückliegende Zeit vorgelegt wird. Bei alljährlichen Etatsperioden wird die Etatsaufstellung und -verwaltung viel leichter sein. Die Beratungen in den Deputationen würden sich viel schneller abwickeln. Warum geht im Reichstage, in Preußen usw., wo die Aufstellung des Etats viel größere Schwierigkeiten macht? Es gibt aber auch kleinere Bundesstaaten, wie z. B. Hessen, die einjährige Etats- und Landtagsperioden haben. Die Regierung bleibt nach der heutigen Erklärung des Ministers auf ihrem ablehnenden Standpunkte stehen, weil die jetzige Einrichtung sich bewährt hat. Solche Wendungen hat man auch bei andern Gelegenheiten von der Regierung hören können. Die ablehnende Haltung der Konservativen ist nicht verwunderlich, da sie sich ja jedem Fortschritt entgegenstellen. Die Haltung der Nationalliberalen hat aber doch übersehen. Dabei sprach das, was der Abg. Wappler gesagt hat, mehr für den Antrag Schwager als gegen ihn. (Sehr richtig! links.) Die Aussichten für alljährliche Einberufung des Landtags haben sich nicht gebessert. Trotzdem werden die Zeiten nicht mehr fern sein, wo auch die bürgerlichen Parteien und die Regierung angesichts des ständig wachsenden Beratungsstoffes dazu gelangen werden, sich für eine alljährliche Einberufung des Landtags auszusprechen. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Günther (Sp.) weist darauf hin, daß in den süddeutschen Bundesstaaten eine Hauptforderung in dem Programm der national-liberalen Partei die alljährliche Einberufung des Landtages bildet. Die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einjähriger Landtagsperioden hat sich selbst schon in konservativen Kreisen Bahn gebrochen. Wenn wir die Forderung der einjährigen Etatsperioden fallen gelassen haben, so haben wir das getan, um der Regierung ein Kompromiß anzubieten. Uebrigens ist noch darauf hinzuweisen, daß auf die Einberufung außerordentlicher Landtage die Stände selbst gar keinen Einfluß haben. (Sehr richtig! links.) Die Regierung betrachtet sowieso nur den Landtag als ein notwendiges Uebel. Mit dem hohen finanziellen Opfer hat die Regierung nur ein Gespenst an die Wand gemalt.

Nach einem Schlusswort des Antragstellers Abg. Schwager (Sp.) wird der Antrag mit großer Mehrheit der Rechenschaftsdeputation zur Weiterberatung überwiesen.

Es folgt nunmehr der Antrag C a t a n und Genossen (Soz.) auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Landtagswahlrechts.

Der Antrag lautet:

Die Kammer wolle beschließen: die Königl. Staatsregierung zu ersuchen, nach diesem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, wonach

- 1. für die Wahlen zur Zweiten Ständekammer das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen unter Anwendung der Verhältnismahl eingeführt wird;
2. Die Wahl an einem Sonntage vorgenommen werden muß. Die Regierungsbüro haben sich vollständig gelehrt.

Abg. Pfeiffer (Soz.) begründet den Antrag. Seit den bekannten Vorgängen im Landtage im Jahre 1898 ist die sozialdemokratische Partei zum erstenmal in der Lage, aus eigener Initiative einen Wahlrechtsantrag in diesem Hause einzubringen. Vor zwei Jahren lag bereits ein solcher Antrag vor, der aber nicht zur Beratung kam. Wir erachten uns, als wir in ansehnlicher Stärke in dieses Haus einzogen, für verpflichtet, einen derartigen Wahlrechtsantrag einzubringen, um zu zeigen, daß wir der Wahlrechtsfrage in Sachsen nach wie vor die größte Beachtung schenken. Die Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts ist eine der wichtigsten Aufgaben des sozialdemokratischen Programms, und zwar die wichtigste, die wir an die gegenwärtige Gesellschaft und an den gegenwärtigen Staat stellen. Diese Forderung ist nicht sozialdemokratisches Ursprungs, sondern von uns übernommen worden vom Liberalismus der früheren Zeit. Für den gegenwärtigen Liberalismus ist es jedenfalls nicht schmeichelhaft, wenn die Sozialdemokratie eine Reihe von Forderungen liberaler Art übernehmen mußte, weil sie von den Liberalen fallen gelassen worden sind. Das trifft auch auf die Wahlrechtsfrage zu. Die Sozialdemokratie und die große Masse der Arbeiterschaft befinden sich heute in ähnlicher Situation wie das Bürgerium vor 60 Jahren. Nirgendwo, und gerade in der Entwicklung der Wahlrechtsfrage, können wir deshalb so scharf feststellen, daß die rückläufige Bewegung der Wahlrechtsfrage so recht identisch ist mit der rückläufigen Bewegung des Liberalismus. Gewiß können die Verhältnisse nicht von heute auf morgen umgestürzt werden, wir können nicht über die Gesellschaftsordnung hinwegspringen, wir müssen durch sie hindurch. Und demgemäß richten wir unser Verhalten ein.

Die Grundlage allen politischen Fortschritts bildet das Wahlrecht. Wenn man sich die historische Entwicklung der Wahlrechtsfrage in Sachsen vergegenwärtigt, so ergibt sich die Tatsache, daß ehemals bürgerliche Kreise die Forderung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts vertreteten und sie dann fallen ließen, um von der Sozialdemokratie aufgenommen zu werden. Ein gutes Wahlrecht muß selbstverständlich den breiten Massen zugute kommen und vornehmlich den politischen und wirtschaftlich organisierten Arbeitern. Daraus erklärt sich aber gerade die große Scheu der bürgerlichen Parteien vor der Gewährung eines guten Wahlrechts. Das Wahlrecht, das 1848 dem Volke gegeben wurde, kam unserer Forderung sehr nahe. Das liberale Bürgerium hat damals eine Sprache geführt, an die das bei weitem nicht herankommt, was man heute in der sozialdemokratischen Presse und Literatur findet. Wenn wir eine solche Sprache führen wollten, dann würden wir noch viel mehr mit dem Staatsanwalt in Verührung kommen, als es ohnehin schon der Fall ist. Das Wahlrecht von 1848 war sehr freiheitlich, im Jahre 1860 wurde es dann durch ein paar Federstriche, durch eine Verordnung, dem Volke wieder genommen. Das Bürgerium verstand es damals nicht, seiner Forderung den nötigen Nachdruck zu verleihen; so ging das wichtigste Recht verloren, für das auf den Barricaden das Bürgerium gekämpft hatte. Was hier von Seiten der Regierung geschah, war nichts weiter als nackte Diktatur, nackte Absolutismus! Seit dieser Zeit ist die Wahlrechtsfrage nicht mehr von der Tagesordnung gekommen. Wiederholt hat man sich mehr oder weniger im Landtage über die Wahlrechtsfrage unterhalten. Im Landtage 1897/98 beantragten 16 Abgeordnete die Auf-

lösung der Kammer und die Wiederherführung des 1848er Wahlgesetzes. 1888 kam dann das Zensuswahlrecht, das zweifellos gegenüber dem bestehenden Zustande eine wesentliche Verbesserung bedeutete. Aber selbst das Zensuswahlrecht genügte nicht den damaligen Liberalen, sie betrachteten es nur als eine Etappe auf dem Wege zum allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht. Vergleichen man die Stellung der nationalliberalen Partei von damals mit derjenigen der heutigen nationalliberalen Partei, so ergibt sich ein fundamentaler Unterschied, der sich aus dem gegenwärtigen Stand der Dinge erklärt. Jedenfalls stellt aber die Sozialdemokratie keine Forderung auf, die utopisch wäre. Von 1868 beginnt dann der Niedergang der Forderungen nach einem guten Wahlrecht, soweit die bürgerlichen Parteien in Frage kommen. Als 1870 als erster Sozialdemokrat der Leipziger Rechtsanwalt Freitag in die Kammer eintrat, stellte er sofort den Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts; er wurde zwar damals von den Liberalen unterstützt, um eine Besprechung zu ermöglichen, aber sie erklärten sich gegen ihn, wie auch die andern Parteien. Gatten sich bis 1898 die Nationalliberalen gegen jedes beschränkte Wahlrecht erklärt, so erklärten sie 1877, ein allgemeines, gleiches Wahlrecht, für das sie 1848 auf den Barricaden gekämpft hatten, dürfe nicht zur Einführung gelangen. Später beteiligten sich die bürgerlichen Parteien an den Wahlrechtsdebatten, wenn sie auch die Sozialdemokraten rehen ließen, überhaupt nicht mehr, womit sie wohl glaubten, eine derartige Volksbewegung erlösen zu können. Das war aber natürlich ein großer Irrtum. An Stelle der liberalen Kämpfer traten die sozialdemokratischen, die Arbeiterschaft. Und dann kam der schmähliche Vorgang im Jahre 1896! Als die sozialdemokratische Fraktion einen neuen Wahlrechtsantrag einbrachte, schuf man nicht ein besseres, sondern ein schlechteres Wahlrecht, von dem einmal Bismarck sagte, daß es das elendeste und erbärmlichste aller Wahlrechte sei: das Dreiklassenwahlrecht. Die ganze Art und Weise, wie dieses Wahlgesetz gemacht wurde, war einzig in seiner Art. Selbst bürgerliche Kreise haben vor diesem Schritt gewarnt. Später hat man sich zur Änderung dieses Wahlrechts entschließen müssen, weil man vermeiden wollte, daß Sachsen wieder das rote Königreich werden sollte. Damit hat man zugestanden, daß man der Forderung der Arbeiterschaft nachgeben mußte, wenn man nicht zu ganz ungläublichen Zuständen kommen wollte. Wenn wir nun ein vierstimmiges Pluralwahlrecht haben, so ergibt sich ein himmelweiter Abstand im Vergleich zu dem Wahlrecht von 1848. Wir erklären Ihnen aber, daß wir nicht locker lassen werden, es genügt uns nicht, daß Sie uns hier zu Worte kommen lassen, daß einige Vertreter des Volkes da sind, die die Wünsche der wertvollsten Bevölkerung zur Sprache bringen. Das ist ein Zustand, der nicht mit Billigkeit und Gerechtigkeitgefühl im Einklang steht. Die sozialdemokratische Agitation draußen im Lande ist es gewesen, die das Dreiklassenwahlrecht gestützt hat. Die wertvollsten Klassen sind schließlich eben der letzte Faktor, der nicht unberücksichtigt bleiben kann.

Die Sozialdemokratie stellt ihren bekannten Wahlrechtsantrag, sie verlangt das geheime und direkte Wahlrecht, sie verlangt ferner, daß dieses Wahlrecht allgemein und gleich sein soll. Diese Forderung entspringt dem bürgerlichen Grundgedanken: Gleiches Recht für alle! Das Wahlrecht ist unter allen politischen Rechten das wichtigste!

Die bürgerlichen Parteien legen heute das Schwergewicht auf Einkommen und Bildung. Großes Einkommen ist aber heute meist einem Zufall zu verdanken. Das Wahlrecht nach dem Einkommen zu bemessen, bedeutet, ein Unrecht auf das andre zu häufen, denn es ist das Lohnsystem, das heute zu diesen Ungleichheiten führt, an dem aber die Massen nicht mit schuld sind. Was aber die Bildung anbelangt, so ist es durchaus falsch, anzunehmen, daß ein Mensch mit viel formaler Bildung auch ein politisch ganz gebildeter Mensch sein muß. Man darf behaupten, daß die unteren Schichten des Volkes im allgemeinen in der politischen Reife den bemittelten Klassen sogar weit über sind; denn sie werden infolge ihrer wirtschaftlichen Notlage geradezu ins politische Leben hineingezogen und frühzeitig für das politische Leben reif gemacht. Deshalb sollte man den Arbeitern nicht weniger, sondern eher mehr Einfluß einräumen. Es ist auch undenkbar, daß das sächsische Volk zur Landtagswahl politisch weniger reif sein soll als zur Reichstagswahl. Daß die Arbeiter politisch weniger reif sind und gebildet wären, als die besitzenden Klassen, ist ja auch nicht der wirkliche Grund, warum man den Arbeitern das allgemeine, gleiche Wahlrecht nicht geben will. Im Gegenteil, die besitzenden Klassen fürchten die allzu weitgehende politische Aufklärung der Massen, sie wissen, daß die Arbeiterschaft von dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht nicht immer Gebrauch im Sinne der besitzenden Klassen machen werde. Das ist natürlich in einem Staate wie Sachsen vollständig ausgeschlossen. Wir fordern das Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Staatsbürger. Mit diesem Alter muß der Staatsbürger Soldat werden, Steuern zahlen, mit 21 Jahren ist der Mensch sogar rechtsfähig. Es ist deshalb nicht einzusehen, warum er von diesem Alter an nicht auch wahlberechtigt sein soll. Die Festsetzung des Wahlalters auf 25 Jahre ist ein ganz willkürlicher Maßstab. Heute ist auch möglich, mit 20 und noch weniger Jahren ein ganzes Volk zu regieren. Hinzu kommt das Moment, daß die Arbeiter wirtschaftlich viel früher selbständig werden als die Angehörigen der andern Klassen. Das führt dazu, daß die Arbeiter auch in politischen Dingen frühzeitig zu einem reifen Urteil gelangen. Und das ist auch ganz erklärlich, denn die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse hängt viel von der Ausgestaltung der politischen Dinge ab. Das Wahlrecht ist für den Arbeiter wenigstens ein Mittel, einen Versuch nach der Richtung einer Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu machen.

Wir verlangen auch das Wahlrecht für alle Staatsangehörigen, ohne Unterschied des Geschlechts, also auch für die Frauen. Die Gründe, die für die Gewährung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts an die männlichen Personen sprechen, treffen auch für die Frauen zu, seitdem die Frau für die Industrie als Lohnarbeiterin bedeutsam geworden ist. Die Frau ist ja auch Steuerzahler; da wird kein Unterschied gemacht; sie dringt auch immer mehr in die Verwaltung ein. Die sozialdemokratische Partei ist in Deutschland die einzige Partei, die unterschiedslos für die Frauen das Wahlrecht fordert, unter gleichen Verhältnissen und gleichen Voraussetzungen. Die Frau hat gleiche Pflichten zu erfüllen, sie ist vor dem Gesetz gleich, warum zieht man daraus nicht die Konsequenz und gibt ihr auch das Wahlrecht? Auch eine andre Frage kommt noch in Betracht. Die Frau spürt die Verelendung der Lebensmittel am allermeisten, sie teurer die Lebensmittel werden, desto schwieriger wird ihre Stellung als Hausfrau. Sie hat deshalb das größte Interesse, an einer Änderung der jetzigen Verhältnisse mitzuwirken, das kann sie aber nur, wenn sie das Wahlrecht besitzt. Auch die Dienstboten sollen das Wahlrecht haben. Allerdings würden sie dann nicht ihre Stimme denjenigen Parteien in diesem Hause geben, die für die Erhaltung der Gebundenheit eingetreten sind. Was das Wahlrecht der Frauen anbelangt, so sind wir in Deutschland gegenüber andern Kulturländern, wie Dänemark, Finnland usw., überhaupt sehr rückständig.

Weiter fordern wir die Einführung des Proportionalwahlsystems. Damit bengen wir dem Einwande vor, daß bei Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts die Minoritäten nicht zu Worte kommen und ausgeschaltet würden. Wir fordern aber auch die Vornahme der Wahlen am Sonntage. Das ist eine so selbstverständliche Forderung, daß darüber eigentlich kein Wort zu verlieren ist. Warum soll der Arbeiter, um sein Wahlrecht ausüben zu können, erst in die Lage versetzt werden, einen Teil seines Wochenverdienstes einzubüßen? Dagegen gibt es also überhaupt keine Argumente, wenn man nicht gerade einwenden will, daß durch die Wahlgeschäfte der Sonntag entheiligt wird. Diesen Einwande können wir aber nicht geben lassen, solange der Industrie das Recht ein-

geräumt wird, des Sonntags arbeiten zu lassen. Wird der Sonntag nicht durch die industrielle Arbeit entheiligt, so durch die Wahl erst recht nicht. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Run noch einige allgemeine Bemerkungen. Die bürgerlichen Kreise werfen uns immer vor, wir Sozialdemokraten wollten nicht positiv mitarbeiten, stellen nur unerfüllbare Forderungen usw. Nun, wenn Ihre Forderungen ernsthaft gemeint sind, dann gibt es kein einfacheres Mittel, als die Probe einmal aufs Exempel zu machen, und es mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht zu riskieren. Sie bekommen vielleicht eine sozialdemokratische Mehrheit in diesem Hause und Sie werden ja dann sehen, was wir leisten. (Heiterkeit rechts und in der Mitte.) Dann wirft man uns auch vor, daß wir den gewaltigen Kurs der Verhältnisse propagierten. Gerade durch unsern Wahlrechtsantrag zeigt sich aber, daß die Sozialdemokratie gar nicht daran denkt.

Wenn Sie aber das allgemeine, gleiche Wahlrecht verweigern, dann treiben Sie gerade darauf hin, daß es zu einer gewaltigen Erschütterung des ganzen Gesellschaftkörpers kommt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir wollen das Wahlrecht so gestaltet wissen, daß der Wille des Volkes unverhohlen und ungeschliffen zum Ausdruck kommt. Die Staatsverwaltung darf sich nicht von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß sie das Volk zu beherrschen hat, sondern daß sie eine Instanz zur Verwaltung der Angelegenheiten des Volkes ist. Das sind unsere prinzipiellen Gesichtspunkte, von denen wir uns bei der Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts leiten lassen. Auf die Dauer darf und kann dieses Recht dem Volke nicht verweigert werden, wenn es nicht zu gewaltigen Erschütterungen des Staats- und Gesellschaftskörpers kommen soll. Der Streit der einzelnen Verfassungskämpfer in dieser Richtung zu denken geben. Eine Million streitender Arbeiter ist eine Macht. (Abg. Dpiz: Sehr richtig!) Die Arbeitsverweigerung ist das gute Recht des Arbeiters und wird es bleiben; Sie werden niemals ein Gesetz schaffen können, das die Arbeiter zwingt, in allen Situationen zu arbeiten.

Wir wissen allerdings ganz genau, was Sie denken; Sie sagen sich, der Antrag hat ja doch keinen Erfolg, und wenn noch so viel geredet wird. Nun, wir sind durchaus nicht so naiv, zu glauben, daß Sie uns nun gleich das allgemeine, gleiche Wahlrecht geben werden. Aber das eine steht fest: So oft Sie unsern Antrag ablehnen, so oft werden wir mit ihm wiederkommen, und zwar werden wir mit immer größerem Nachdruck wiederkommen. Die Sozialdemokratie wird mit ihrer wachsenden Macht und Stärke die Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts so lange erheben, bis sie ihr Ziel erreicht hat. Die preussischen Arbeiter befinden sich mit uns in ähnlicher Lage. Die Wahlrechtskämpfe in Preußen spielen eine große Rolle für alle politischen Fragen in Deutschland. Deshalb freut es uns, den preussischen Kämpfern von hier aus unsere Sympathien auszusprechen zu können. Die Sozialdemokratie wird aber nie müde werden, immer und immer wieder die Forderung des allgemeinen Wahlrechts zu erheben, bis sie verwirklicht ist. (Sehr Bravo! bei den Soz.)

Abg. Nischke (nat.-lib.): Wir verhalten uns zu dem vorliegenden Antrage ablehnend. Das bestehende Wahlrecht hat gewiß eine Reihe von Schönheitsfehlern aufzuweisen, so die Wahlkreiseinteilung, die nicht genügende Sicherung des Wahlergebnisses usw. Aber diese Momente genügen uns nicht, an eine Aenderung des Wahlrechts heranzutreten. Auch ist die Zeit seit Bestehen des jetzigen Wahlrechts viel zu kurz, um schon ein endgültiges Urteil über seinen Wert fällen zu können. Die Sozialdemokraten verlangen mit ihrem Antrage ein Wahlrecht, wie es wohl noch in keinem andern Kulturstaate besteht. Wie es mit der positiven Arbeit der Sozialdemokratie aussieht, wenn sie die Mehrheit hat, haben die Vorgänge im Rudolstädter Landtage gezeigt. Da haben die Sozialdemokraten einen Antrag eingebracht, der als Aenderung bezeichnet werden muß, aber nicht als positive Mitarbeit. (Sehr richtig! bei den Nat.-lib.; Waschen und Jarnise bei den Soz.) Unser Wahlrecht ist kein ideales, aber ein solches gibt es überhaupt nicht, unser Wahlrecht ist aber nicht so schlecht, wie es immer von jener Seite hingestellt wird. (Sehr richtig! bei den Nat.-lib.) Es kommen alle Schichten der Bevölkerung

zu Worte. Sie (zur äußersten Linken) fassen das Wahlrecht immer vom Standpunkt des Endzwecks ab, wir aber vom Standpunkt des Staatsinteresses und da scheiden wir eben unsere Wege. Der Abg. Nischke hat immer nur von den Interessen der arbeitenden Klassen gesprochen, dabei aber vergessen, daß er ein Vertreter des gesamten Volkes sein soll. Am Reichstagswahlrecht halten wir fest, aber es läßt sich nicht auf schärfere Verhältnisse übertragen. Die indirekten Steuern haben bei uns auch lange nicht die Bedeutung, als daß sich überhaupt eine Aenderung des jetzigen Wahlrechts rechtfertigen ließe. Das Verhältniswahlsystem läßt sich dem Landtagswahlrecht nicht angleichen. Wenn die Arbeiter dem Wahlrecht wirklich so großen Wert belegen, dann können Sie auch einmal alle sechs Jahre ein kleines Opfer bringen, so daß es nicht nötig ist, an einem Sonntage den ganzen Beamtenapparat in Bewegung zu setzen. Der Umstand, daß der Mensch mit 20 Jahren Steuern zahlt und Soldat wird, ist noch kein Grund, ihm nun auch das Wahlrecht zu verweigern. Beim Militär soll der junge Mann noch lernen! (Waschen bei den Soz.) Das Wahlrecht trägt auch eine große Verantwortung für die einzelne Person in sich. Sie werden nun schon dafür sorgen, daß die jungen Leute ein Urteil bekommen, es fragt sich nur, ob es ihr eigenes ist oder das der sozialdemokratischen Zentralkommission. (Beifall rechts und in der Mitte; Waschen bei den Soz.) Was das Frauenwahlrecht anbetrifft, so sind wir der Meinung, daß es in demjenigen Staate am besten bestellt ist, wo die Männer für gute Gesetze sorgen und die Frauen für gute Mütter. (Waschen bei den Soz.; Sehr richtig! bei den Nat.-lib.) Man hat uns vorgeworfen, daß die Liberalen viele ihrer ehemaligen Forderungen fallen gelassen haben. Nun, wenn der Radikalismus der Sozialdemokratie nicht da wäre, hätten wir allerdings mitarbeiten können. (Stürmische Heiterkeit links.) Die Sozialdemokratie hat übrigens auch manche ihrer Forderungen fallen gelassen. (Widerspruch und lebhafter Zwischenruf bei den Soz.) Der Präsident schlägt wiederholt mit dem Hammer auf den Tisch. Wir sind uns aber treu geblieben. Die Tatsache, daß wir von rechts und links bekämpft werden, zeigt uns, daß wir uns auf dem rechten Wege befinden. (Bravo! bei den Nat.-lib.)

Abg. Schmidt (son.): Wir stehen dem Antrage scharf ablehnend gegenüber; wir wollen gerade das Gegenteil von dem, was Sie wollen! Der Antrag ist in der Kammer unter den heutigen Verhältnissen vollständig unbillig. Mit dem Antrage vergebend wir nur unsere kostbare Zeit, verfolgt man doch nur mit ihm agitatorische Zwecke. Wir lehnen es ab, an dem bestehenden Wahlrecht etwas zu ändern. Wir haben einmal die Probe gemacht und haben genug davon; wir haben 23 Sozialdemokraten bekommen, das ist ein bißchen viel. (Heiterkeit bei den Soz.) Die Sozialdemokratie ist zudem nicht die Vertreterin der Arbeiterschaft. (Waschen bei den Soz.) Nach meiner persönlichen Meinung stellt sie sich, weil sie eine antimonarchische Partei ist, außerhalb der Verfassung und gehört deshalb auch nicht zur verfassungsmäßigen Gesetzgebungsmacht. (Stürmische Heiterkeit links.) Das Interesse des Volkes am Wahlrecht ist übrigens gar nicht so bedeutend. Von einer lebenden Volkseele habe ich nie etwas gemerkt. Die Kautelen des jetzigen Wahlrechts gegen eine rote Ueberslutung der zweiten Kammer sind durchaus nicht genügend. Erlangt die Sozialdemokratie mehr als ein Drittel der Sitze in diesem Hause, was sehr leicht möglich ist, so ist sogar jede Verfassungsänderung in unserm Sinne unmöglich. (Abg. bei den Soz.) Würden wir dem Antrage zustimmen, bekämen wir einen vollständig rotgeschriebenen Sonntag. Die Sozialdemokratie will allen 20 Jahre alten Leuten das Wahlrecht geben, weil die Jugend zu Phantastereien und zum Radikalismus neigt. Zu den andern Parteien würden dann nur die vernünftigen Leute gehören. (Stürmische Heiterkeit.) Der Redner erklärt sich dann gegen das Frauenwahlrecht und die Verlegung der Wahl auf den Sonntag. Für uns ist der Sonntag der Tag innerer Einkehr (Waschen bei den Soz.), den wollen wir uns nicht entheiligen lassen.

Abg. Günther (Sp.) bedauert, daß die Regierung bei einem wichtigen Antrage einer großen Partei nicht vertreten ist. Aus dieser Haltung können Schlüsse gezogen werden, die von der Sozial-

demokratie agitatorisch verwendet werden können. Wir haben in Bezug auf den sozialdemokratischen Antrag große Bedenken und lehnen ihn ab, nicht weil darin das allgemeine, gleiche Wahlrecht verlangt, sondern weil darin das Wahlrecht für alle Personen über 20 Jahre gefordert wird. Wir wollen nicht über das Reichstagswahlrecht hinausgehen. Das Wahlrechtsalter von 25 Jahren ist die richtige Grenze. Anders ist es mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht, das auch wir fordern. Wenn wir unsern früheren diesbezüglichen Antrag diesmal nicht wiederholt haben, so mit Rücksicht auf die Fälle der sonstigen gesetzgeberischen Aufgaben. Wir behalten uns aber vor, mit unserm Antrage jederzeit wiederkommen. Wir treten auch für die Wahl am Sonntag ein.

Vizepräsident Fröhner (Soz.) weist zunächst an der Hand der Statistik der Regierung über die letzten Landtagswahlen die Ungerechtigkeit des heutigen Wahlsystems gegenüber der Arbeiterschaft nach. Die sozialdemokratische Partei würde bei dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht die absolute Mehrheit in diesem Hause haben, sie würde 53 aller Sitze einnehmen. Und selbst bei dem heutigen Pluralwahlrecht würde die Sozialdemokratie bei Anwendung des Verhältniswahlsystems Anspruch auf 35 Sitze haben. Diese Zahlen wirken außerordentlich verheerend. Das ist nicht unsere Schuld, sondern Schuld derjenigen, die das jetzige Wahlsystem geschaffen haben. Sie wollen uns unreife Wähler abspenstig machen. Nun, das gelingt Ihnen nicht mit Ihrem Wunsch nach einem Gesetz auf Beseitigung des Koalitionsrechts, sondern nur, wenn Sie das Unrecht aus der Welt schaffen. Sie haben eben keinen Begriff über das Rechtsgefühl der Arbeiterklasse. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn andere Verhältnisse eintraten, wird sich auch das Recht durchsetzen. Wir werden unsern Antrag weiter propagieren und dem Volke zeigen, wie es entzweit ist. Die Regierung glänzt heute durch ihre Abwesenheit, sie zeigt damit, welche Gefühle sie den Volksrechten entgegenbringt. Wir werden baraus die Konsequenzen ziehen und die Antwort zu gelegener Zeit erteilen. Das demonstrative Verlassen des Saales durch die Regierung bei Behandlung unsern Antrages ist eine Provokation der wertvollen Bevölkerung, die hier festgenagelt werden muß. (Bravo! bei den Soz.)

Was die Nationalliberalen für Freunde des Reichstagswahlrechts sind, wissen wir. Sobald es ihnen nicht mehr den gewünschten Erfolg bringt, dann verlassen sie. Herr Nischke hat vorhin dem Sinne nach gesagt: Die Liberalen würden liberaler sein, wenn die Sozialdemokratie nicht da wäre. Nun, einem solchen Liberalismus trauen wir nicht bis über die Straße. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Stellungnahme der konservativen Partei werden wir uns merken; bei den Wahlen soll sich die Wirkung zeigen. Der Abg. Günther hat sich gegen die Uebertragung des Wahlrechts an die Personen über 20 Jahre erklärt, dabei aber nicht daran gedacht, daß in der jetzigen Kammer ein königlicher Prinz bereits von 18 Jahren an gesetzgeberrisch mitwirken kann. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Sozialdemokratie kann mit dem Ausgange der heutigen Debatten sehr zufrieden sein. Sie haben wohl hier über den Antrag zu entscheiden, aber auf das Urteil der Bevölkerung haben Sie keinen Einfluß. Redner beantragt, den Antrag zur weiteren Behandlung der Reichstagsdeputation zu überweisen.

Präsident Dr. Vogel teilt mit, daß ein Antrag Fetscher-Hühnel vorliegt, den Antrag in sofortiger Schlussberatung ohne Bestellung von Referenten und Korreferenten zu erledigen. — Dieser Antrag wird gegen die sozialdemokratischen und freisinnigen Stimmen angenommen.

Ueber die einzelnen Absätze des Antrags wird getrennt abgestimmt. Absatz 1 des Antrags Gastan wird mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien, Absatz 2 mit den Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.
Nächste Sitzung: Donnerstag, vormittags 11 1/2 Uhr. Tagesordnung: Eisenbahnangelegenheiten.

Frühjahrs-Neuheiten!

Herren-Kleidung!

Anzüge, vorzüglicher Sitz, modernste Stoffe
25 27 30 32 35 38 40 45 50 Mk.

Knaben-Anzüge

Blusen-Fassons geschlossen	Blusen - Anzüge mit Matrosenkragen in blau und grau Chevot und engl. Dessins	Jackett-Anzüge ein- und zweireihig in Chevot und hochmodernen Dessins
1 bis 3 Jahr	1 bis 3 Jahr	1 bis 3 Jahr
Mk. 5 ⁰⁰ bis 6 ⁰⁰	Mk. 6 ⁰⁰ bis 7 ²⁵	Mk. 5 ⁰⁰ bis 6 ⁵⁰
3 bis 7 Jahr	3 bis 7 Jahr	3 bis 7 Jahr
Mk. 6 ⁵⁰ bis 8 ⁰⁰	Mk. 7 ⁵⁰ bis 9 ⁰⁰	Mk. 7 ⁰⁰ bis 10 ⁰⁰
8 bis 11 Jahr	8 bis 11 Jahr	8 bis 11 Jahr
Mk. 9 ⁰⁰ bis 10 ⁰⁰	Mk. 9 ⁵⁰ bis 12 ⁰⁰	Mk. 10 ⁵⁰ bis 15 ⁰⁰

Herren-Paletots von 20 Mk. an Anzüge nach Maß.
Grosses Stofflager und Reste.

Anzüge für Jünglinge

Auf Rosshaar! Ersatz für Maßarbeit! Mk. 15 Mk. 17 Mk. 20 Mk. 23 Mk. 24 Mk. 26 Mk. 27 Mk. 30 Mk. 32 Modernste Formen!

Konsumverein L.-Plagwitz

u. Umgeg.
E. G. m. b. H.

empfehlen wir unsern geehrten Mitgliedern in sorgfältigster und geschmackvollster Ausführung in den Geschäftshäusern der Genossenschaft:

REUDNITZ
Dresdner Strasse 55

LINDENAU
Nr. 18 Markt Nr. 18

PLAGWITZ
Ecke Zschochersche und Amalien-Strasse

Centrale

für Herren und Knaben Bekleidung, G. m. b. H.

Abzahlungsgeschäfte

Josef Schwarz

Apotheken

Adler(Apo) Apotheke

Friedens-Apotheke

Hubertus-Apotheke

Kronen-Apotheke

Kurprinz-Apotheke

Linden-Apotheke

Marien-Apotheke

Mohren-Apotheke

Ost-Apotheke

Ranstädter-Apotheke

Schiller-Apotheke

Sedam-Apotheke

Körner-Apotheke

Sophien-Apotheke

Victoria-Apotheke

West-Apotheke

Bäckerwaren, Konditoreien

Otto Anders, Hildegarthstr. 20.

Rich. Anerswald, Merseburgerstr. 45.

Alfred Beyer, Co., Bornaisch. Str. 87.

Frdr. Böhm, Thonbergstr. 28.

Anton Büttner, Kochstr. 16.

A. Claven, Zweinaundorferstr. 64a.

Dampfbackerei Otto Pause, Wachaue.

Karl Fischer, Merseburgerstr. 79.

Karl Glaser, Albertstr. 92.

A. Götter, Obere Münsterstr. 9.

Otto Hertel, Kisch, Dieckstr. 101.

W. Kabisch, Böhl.-Ehrb., Südstr. 24.

Rich. Kloos, Elisabethstr. 11.

Oak. Kost, L. Rietzelstr. 19.

Emil Körner, Thonbergstr. 55.

Aug. Krüskens, Bernhardsstr. 20.

H. Lischke, Döhlitz, Gleibnerstr. 1.

Paul Nerger, Mariannestr. 46.

Ercheint 3 mal wöchentl.

Bezugsquellen-Verzeichnis

Der Arbeiterschaft bei

Okrada-Dauwäsche

H. Oldag, Südstr. 2.

A. Pätzold, L. Birkenstr. 12.

Gust. Kölling, Tauchaerstr. 12.

Bruno Meyer, Dresdenstr. 36.

Emil Theile, Eisenbahnstr. 62.

Blumen u. Kränze

A. Burckhardt, v. d. T. D. u. W. 11.

Carl Fress, Eisenbahnstr. 24.

Böttcherwaren

A. Fröblich, Gohlis, Elisabethstr. 14.

Gehr. Hennig, Ang.-tr. 22, Zweinaundorf.

Brauerien, Bierhandl.

F. A. Ulrich

Brauer C. W. Naumann

Hallesche Aktien-Bierbrauerei

Halle a. S. Telefon 5000.

C. Schubert, Port.-u. Fischb. SdpL5

B. Hübler, Brauerei, Taucha.

Dampfbrauerei Zwenkau A. G.

Zwenkau.

J. Potkämper, Kutritsch, empfiehlt

seine aus best. Malz u. Hopfen gebr. Biere

Briketts, Kohlen.

A. J. Böttge, Lind., Kantler Str. 3a.

Ernst Claß, Josephinenstr. 31.

Elyschacht, G. m. b. H., Gleibitz.

O. Freiliger, Co., Pfaffingerstr. 19.

Ferd. Grabau, N. Tauchaer Str. 39.

Anna Haß, Lind., Odermannstr. 15.

Ernst Hill, Eutr., Görtzstr. 23.

Julius Ilge, Co., am Bahnhof.

A. King, Merseburgerstr. 3. T. 8628.

Emil Körner, Co., Thonbergstr. 55.

R. Kretschmar, Co., Mook. Str. 8.

O. Lindner, Neu. Viktorienstr. 13.

J. Lippe, Silih. Sobitzhausstr. 18.

O. Müller, Kisch, Markt. 12, T. 1144.

C. Pannicke, N. Tauchaer Str. 39.

P. Pannicke, Volk., Rabet 31.

Friedr. Meyer, Tübohenweg 81.

Frans Michaels, Albertstr. 4.

Carl Mühlhoff, Zweinaundorf, Str. 29.

H. Müller, Städt., Ferd. Just-Str. 44.

Otto Müller, Torgauerstr. 20.

Friedr. Nack, Bayersche Str. 66. 11415.

Georg Näther, Volkmarstr. 11.

A. Nestmann, Neu., Feldstr. 13.

C. E. Mößler, Inh. Lop. Maler,

Westplatz, Ecke Kolonnenstr.

Peter Nusch, Lind., Gundorfstr. 17.

M. Otto, Kreuzstr. E. Blumengasse.

Oskar Pfabler, Eisenstr. 28.

Br. Peitz, Städt., Christ. Wolfstr. 4.

Gust. Pöhlitz, Ang., Wörthstr. 17.

Reichstein, Go., Hallischestr. 101.

Hermann Richter, Weststr. 11.

L. Rohland, Weststraße 50.

Robert Röse, Kirchstr. 50.

I. P. H. Salmann, Vo., Ludwigstr. 91.

Wihl. Sauer, Zochobersche Str. 44.

Otto Scharf, Silih. S. S. S. S.

Friedrich Schmidt, Go., Lützowstr. 41.

Paul Schneider, Städt., Arnoldstr. 17.

G. Scholz, Zochobersche Str. 76.

Emil Schödel, Windmühlenstr. 17.

E. Ang. Seidel, Eisenbahnstr. 51.

F. A. Sieber, Silih., Zweinaundorf, Str. 1.

C. F. Siegel, Lind., Kulturstr. 1 b.

Otto Thie, Eisenbahnstr. 125.

Emil Thiem, Torgauerstr. 5.

H. Vogel, Reitzenhainerstr. 81.

E. Volkman, Mariannestr. 48.

O. Wagner, E. Lützen.-u. Dörrenbgat.

M. Winkler, Silih. S. S. S. S.

Karl Wüste, Kindergartenstr. 51.

Damen- u. Kinder-Konfekt.

Anna Gohler, Kisch., Wignandstr. 21.

Bertha Götz, Kisch., Dieckstr. 12.

Fähr., Hüh.-, Weing., Reiter, Ebnstr. 13.

Herrn Noack, Eutr., Dieckstr. 88.

O. Röhlig, E. Mühl-u. S. S. S. S.

J. Schmittmann, Kisch., Dieckstr. 4.

A. Teichmann, Weidenföhrstr. 20.

Rich. Wormuth, Nürnbergstr. 18.

Färbereien, Wäschereien

Franz Borelli

Hugo Luckner

Läden in allen Stadtteilen.

Pura, für Teppichreinigung.

Reinigung- u. Reparatur-Werkst.

Fischhandlungen

Albert Asch

älteste Firma d. Br. a. Pl.

Fische, Räucher-, Marin-, Anst.

Verlang. St. Preisl. o. Kosten.

P. Angermann, Co. Bornaischestr. 24.

F. Baumann, Windmühlenstr. 30.

F. Bester, L., Merseburger Str. 75.

„Blauer Laden“, Querstr. 9.

„Blauer Laden“, Eisenbahnstr. 50.

M. Beyer, M. S. S. S. S.

E. A. Böse, Dufourstr. 32.

Rud. Flemming, Eisenbahnstr. 145.

F. Brocke, Dieckstr., Kreuzstr. 52.

Fischhalle Delphi, Bayrische Str. 28.

Fischhalle, L., Gutemuthstr. 46.

Nordstern-Fischhalle, Breitestr. 14.

Tauchaer Str. 3.

Nürnberg Str. 5.

B. Bayerische Str. 44.

Fischhandlung „Xansa“

Gohlis, Wiederitzscherstr. 10.

P. Herlam, N., Kirchstr. 81.

Meyer & Schramm, G. S. S. S.

Hugo Rost, Zeitstr. 37.

Louis Schädler, Ost. S. S. S.

O. Schmidt, Go., Süd. H. Str. 64.

Prdr. Rohlfelder, Zweinaundorf, 61 b.

Herrmann Rütke, Kochstraße 27.

L. Rosenbaum, Kreuzstr. 31.

Reinhold Rost, Seb. Bachstr. 15.

Max Rothe, Sternwartenstr. 57.

Oswin Röger, Südstr. 31.

Tele. 12270.

Franz Sasse, Cranachstr. 1.

M. Sauer, Co., Biedermannstr. 65.

Felix Schaaf, Dufourstr. 20, T. 14408.

Paul Scheibner, Kochstraße 32.

Ernst Schmeller, Go., Lothringerg.

A. Schmidt, Silih., Schwarzackerstr. 1.

Wihl. Schneider, Merseburgerstr. 76.

Albin Schönbach, Berlinerstr. 8.

W. Schreiner, Leu., Lindenauerstr. 29.

Franz Schuberl, Talstr. 16, T. 3492.

Wihl. Schulze, M. S. S. S.

Carl Stela, Gohlis, St. Privatstr. 14.

Philipp Steinbach, Kochstraße 8.

Max Straßburger, Litznerstr. 32.

Rob. Sommerer, Biederstr. 34.

Paul Sperling, Dresdenstr. 66.

F. Sträubler, Co., Pfaffingerstr. 22.

Edm. Tamm, Eu., Delitzsch. Str. 64.

A. Tappert, Eutr., Delitzschstr. 57.

Otto Tschner, Bogislavstraße 18.

Otto Thalmann, Ang., Bernhardtstr. 1.

W. Thärichen, S. S. S. S.

A. Thiele, Städt., Christ.-Weinst. 5a.

Heinr. Thurn, St. S. S. S.

Otto Tilly, Eu., Magdalen. Str. 24.

P. Tschner, Gohlis, Hallesche Str. 145.

K. Vogel, Ecke Leipziger-Hoferstr.

O. Voigt, Kirchstr. 8.

H. Wackernagel, Döhlitz.

Friedrich Walther, L., Hähnelstr. 18.

Ed. Weber, Döhlitz, Schloßstr. 2.

Wernecke, H. W. W.

Central-Theater

Well-Panoptikum

Trianon-Theater

Welttheater Gohlis.

Koffer, Lederwaren

Kolonialwaren

Heinrich Abel, u. S. S. S.

H. Adam, Städt., Grenzstraße 6.

Franz Barth, Hedwigstr. 11.

Ida Biedermann, Tübohenweg 41.

Edmund Börner, Bogislavstr. 2.

W. Büttner, Städt., Mülkauerstr. 40.

Gustav Brömmel, Pl., Zochob. Str. 52.

Otto Bracklein, Südstr. 66.

M. Bässler, L.-Kisch., Mittelstr. 14.

O. Buschendorf, Städt., Lpzg. Str. 23.

Paul Buchheim, Sophienstr. 58.

Albin Busse, Paunsd., Wihl.-Str. 11.

J. Fr. Canth, L., Kulturstr. 23.

Max Rob. Dachs, Neustädterstr. 25.

Hugo Deuticke, Albertstraße 7.

Paul Dietz, Brandvorwerkstr. 15.

H. Dietzel Neht., Kurprinzstr. 7.

H. Dietzel, Silih., Würzenerstr. 90.

Paul Dorstowicz, Talstrasse 22.

Br. Engelberg, Südpfad 2.

G. C. Eisner, Kirchstr. 40.

M. Forberger, Städt., Chr. Weinst. 3.

G. Förster, Städt., Hofstr. 4.

G. Frisch, A., Schnorr., E. Brockhausstr.

Rob. Göttsch, Ludwigstr. 79. E. Kirchstr.

F. Hahnemann, Kirch-u. Eib. Str. E.

Clemens Hanke, Söfendorferstr. 11.

Heinrich A., Schnorr.-E. Blümenstr.

R. Hanger, Turnerstr. 29. E. Windm.

Hugo Hündorf, Co., Söfendorferstr. 11.

Gust. Kirchner, Hebelstr. 32.

H. Klaus, Len., E. West-u. Schwyist.

P. W. Klinge, Rautenstraße 1.

Max Kretschmar, u. S. S. S.

Ernst Kretsch, L., Litznerstr. 76.

G. Lerohe, Sell., Ostelmerstr. 2.

C. Lindner, Silih., Oberdorfstr. 39.

M. S., S. S. S.

P. Ludwig, S. S. S.

Clemens Lux, L., Joeselstr. 31.

Osw. Mahling, L., Aurenstr. 24.

C. W. M. Mühl, Nümb. Str. 43.

E. Müller, Lindenau, Siemeringstr. 3.

Naumann, Söfendorferstr. 11.

Prof. Niesselt, Go., N. S. S.

Otto Nollan, Vo., Marthstr. 30.

Hugo Peger, Kaiserstr. 37.

L. v. Pflaffer, Antonstr. 23.

Paul Pitzschke, Reuterstr. 16.

A. Polter, M. S. S. S.

E. Puppe, L., K. S. S.

K. Raytz, Co., Bornaischestr. 41.

H. Richter, L., Hauptstr. 20. 195.

Max Richter, L., Merseb. Str. 108.

Max Richter, Hospitalstr. 24.

Th. M. Richter, St., Leipzigerstr. 9.

Otto Rößler, G., Elisabethstr. 9.

R. Schaaf, Südstr. 59, Ecke Fichtestr.

Alma Scharrenberg, Sophienstr. 5.

August Schlag, Würzner Str. 49.

O. Schmidt, Go., Heroldstr. 15.

B. Schmidt, Eibst. 138. E. Torgauerstr.

Georg Schmidt, Eisenbahnstr. 120.

Adolf Schüller, Brandvorwerkstr. 20.

<

geräumt wird, des Sonntags arbeiten zu lassen. Wird der Sonntag nicht durch die industrielle Arbeit entheiligt, so durch die Wahl erst recht nicht. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Nun noch einige allgemeine Bemerkungen. Die bürgerlichen Kreise werfen uns immer vor, wir Sozialdemokraten wollten nicht positiv mitarbeiten, stellten nur unerfüllbare Forderungen usw. Nun, wenn Ihre Forderungen ernsthaft gemeint sind, dann gibt es kein einfacheres Mittel, als die Probe einmal auf Exempel zu machen, und es mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht zu riskieren. Sie bekommen vielleicht eine sozialdemokratische Mehrheit in diesem Hause und Sie werden ja dann sehen, was wir leisten. (Heiterkeit rechts und in der Mitte.) Dann wirft man uns auch vor, daß wir den gewalttätigen Umsturz der Verhältnisse propagierten. Gerade durch unsern Wahlrechtsantrag zeigt sich aber, daß die Sozialdemokratie gar nicht daran denkt.

Wenn Sie aber das allgemeine, gleiche Wahlrecht verweigern, dann treiben Sie gerade darauf hin, daß es zu einer gewalttätigen Erschütterung des ganzen Gesellschaftskörpers kommt. (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir wollen das Wahlrecht so gestalten wissen, daß der Wille des Volkes unverfälscht und ungefälscht zum Ausdruck kommt. Die Staatsverwaltung darf sich nicht von dem Gesichtspunkt leiten lassen, daß sie das Volk zu beherrschen hat, sondern daß sie eine Instanz zur Verwaltung der Angelegenheiten des Volkes ist. Das sind unsere prinzipiellen Gesichtspunkte, von denen wir uns bei der Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts leiten lassen. Auf die Dauer darf und kann dieses Recht dem Volke nicht verweigert werden, wenn es nicht zu gewalttätigen Erschütterungen des Staats- und Gesellschaftskörpers kommen soll. Der Streik der englischen Bergarbeiter sollte in dieser Richtung zu denken geben. Eine Million streikender Arbeiter ist eine Macht. (Abg. D. P. G.: Sehr richtig!) Die Arbeitsverweigerung ist das gute Recht des Arbeiters und wird es bleiben; Sie werden niemals ein Gesetz schaffen können, das die Arbeiter zwingt, in allen Situationen zu arbeiten.

Wir wissen allerdings ganz genau, was Sie denken; Sie sagen sich, der Antrag hat ja doch keinen Erfolg, und wenn noch so viel geredet wird. Nun, wir sind durchaus nicht so naiv, zu glauben, daß Sie uns nun gleich das allgemeine, gleiche Wahlrecht geben werden. Aber das eine steht fest: So oft Sie unsern Antrag ablehnen, so oft werden wir mit ihm wiederkommen, und zwar werden wir mit immer größerem Nachdruck wiederkommen. Die Sozialdemokratie wird mit ihrer wachsenden Macht und Stärke die Forderung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts so lange erheben, bis sie ihr Ziel erreicht hat. Die preussischen Arbeiter befinden sich mit uns in ähnlicher Lage. Die Wahlrechtskämpfe in Preußen spielen eine große Rolle für alle politischen Fragen in Deutschland. Deshalb freut es uns, den preussischen Kämpfern von hier aus unsere Sympathien auszusprechen zu können. Die Sozialdemokratie wird aber nie müde werden, immer und immer wieder die Forderung des allgemeinen Wahlrechts zu erheben, bis sie verwirklicht ist. (Beif. Bravo! bei den Soz.)

Abg. Nischke (nat.-lib.): Wir verhalten uns zu dem vorliegenden Antrage ablehnend. Das bestehende Wahlrecht hat gewiß eine Reihe von Schwächen aufzuweisen, so die Wahlkreiseinteilung, die nicht genügende Sicherung des Wahlsieges usw. Aber diese Momente genügen uns nicht, an eine Änderung des Wahlrechts heranzutreten. Auch ist die Zeit seit Bestehen des jetzigen Wahlrechts viel zu kurz, um schon ein endgültiges Urteil über seinen Wert fällen zu können. Die Sozialdemokraten verlangen mit ihrem Antrage ein Wahlrecht, wie es wohl noch in keinem andern Kulturstaate besteht. Wie es mit der positiven Arbeit der Sozialdemokratie aussieht, wenn sie die Mehrheit hat, haben die Vorgänge im Rudolstädter Landtage gezeigt. Da haben die Sozialdemokraten einen Antrag eingebracht, der als Kinderrei bezeichnet werden muß, aber nicht als positive Mitarbeit. (Sehr richtig! bei den Nat.-lib.; Lachen und Ironie bei den Soz.) Unser Wahlrecht ist kein ideales, aber ein solches gibt es überhaupt nicht, unser Wahlrecht ist aber nicht so schlecht, wie es immer von jener Seite hingestellt wird. (Sehr richtig! bei den Nat.-lib.) Es kommen alle Schichten der Bevölkerung

zu Worte. Sie (zur äußersten Linken) fassen das Wahlrecht immer vom Standpunkt des Endziels auf, wir aber vom Standpunkt des Staatsinteresses und da scheiden sich eben unsere Wege. Der Abg. Meißner hat immer nur von den Interessen der arbeitenden Klassen gesprochen, dabei aber vergessen, daß er ein Vertreter des gesamten Volkes sein soll. Am Reichstagswahlrecht halten wir fest, aber es läßt sich nicht auf lächerliche Verhältnisse übertragen. Die indirekten Steuern haben bei uns auch lange nicht die Bedeutung, als daß sie überhaupt eine Herabsetzung des jetzigen Wahlrechts rechtfertigen ließe. Das Verhältniswahlrecht läßt sich dem Landtagswahlrecht nicht angleichen. Wenn die Arbeiter dem Wahlrecht wirklich so großen Wert beilegen, dann können Sie auch einmal alle sechs Jahre ein kleines Opfer bringen, so daß es nicht nötig ist, an einem Sonntage den ganzen Beamtenapparat in Bewegung zu setzen. Der Umstand, daß der Mensch mit 20 Jahren Steuern zahlt und Soldat wird, ist noch kein Grund, ihm nun auch das Wahlrecht zu verweigern. Beim Militär soll der junge Mann noch lernen! (Lachen bei den Soz.) Das Wahlrecht trägt auch eine große Verantwortung für die einzelne Person in sich. Sie werden nun schon dafür sorgen, daß die jungen Leute ein Urteil bekommen, es fragt sich nur, ob es ihr eigenes ist oder das der sozialdemokratischen Zentralkommission. (Beif. rechts und in der Mitte; Lachen bei den Soz.) Was das Frauenwahlrecht anbelangt, so sind wir der Meinung, daß es in dem jetzigen Staat am besten bestellt ist, wo die Männer für gute Gesetze sorgen und die Frauen für gute Sitten. (Lachen bei den Soz.; Sehr richtig! bei den Nat.-lib.) Man hat uns vorgeworfen, daß die Liberalen viele ihrer ehemaligen Forderungen fallen gelassen haben. Nun, wenn der Radikalismus der Sozialdemokratie nicht da wäre, hätten wir allerdings mitarbeiten können. (Stürmische Heiterkeit links.) Die Sozialdemokratie hat übrigens auch manche ihrer Forderungen fallen gelassen. (Widerpruch und lebhafter Zwischenruf bei den Soz.) Der Präsident schlägt wiederholt mit dem Hammer auf den Tisch. Wir sind uns aber treu geblieben. Die Tatsache, daß wir von rechts und links bekämpft werden, zeigt uns, daß wir uns auf dem rechten Wege befinden. (Bravo! bei den Nat.-lib.)

Abg. Schmidt (kons.): Wir setzen dem Antrage scharf ablehnend gegenüber; wir wollen gerade das Gegenteil von dem, was Sie wollen! Der Antrag ist in der Kammer unter den heutigen Verhältnissen vollständig undiskutabel. Mit dem Antrage vergebend wir nur unsere kostbare Zeit, verfolgt man doch nur mit ihm agitatorische Zwecke. Wir lehnen es ab, an dem bestehenden Wahlrecht etwas zu ändern. Wir haben einmal die Probe gemacht und haben genug davon; wir haben 24 Sozialdemokraten bekommen, das ist ein blöses viel. (Heiterkeit bei den Soz.) Die Sozialdemokratie ist zudem nicht die Vertreterin der Arbeiterklasse. (Lachen bei den Soz.) Nach meiner persönlichen Meinung stellt sie sich, weil sie eine antimonarchische Partei ist, außerhalb der Verfassung und gehört deshalb auch nicht zur verfassungsmäßigen Gesetzgebung! (Stürmische Heiterkeit links.) Das Interesse des Volkes am Wahlrecht ist übrigens gar nicht so bedeutend. Von einer tosenden Volksseele habe ich nie etwas gemerkt. Die Kautelen des jetzigen Wahlrechts gegen eine rote Uebersetzung der Zweiten Kammer sind durchaus nicht genügend. Erlangt die Sozialdemokratie mehr als ein Drittel der Sitze in diesem Hause, was sehr leicht möglich ist, so ist sogar jede Verfassungsänderung in unserm Sinne ummöglich. (Lachen bei den Soz.) Würden wir dem Antrage stattgeben, bekämen wir einen vollständig rotgesrichenen Landtag. Die Sozialdemokratie will allen 20 Jahre alten Leuten das Wahlrecht geben, weil die Jugend zu Phantasieereien und zum Radikalismus neigt. Zu den andern Parteien würden dann nur die vernünftigen Leute gehören. (Stürmische Heiterkeit.) Der Redner erklärt sich dann gegen das Frauenwahlrecht und die Verlegung der Wahl auf den Sonntag. Für uns ist der Sonntag der Tag innerer Einkehr (Lachen bei den Soz.), den wollen wir uns nicht entheiligen lassen.

Abg. Günther (Sp.) bebauert, daß die Regierung bei einem wichtigen Antrage einer großen Partei nicht vertreten ist. Aus dieser Haltung können Schlüsse gezogen werden, die von der Sozial-

demokratie agitatorisch verwendet werden können. Wir haben es bezug auf den sozialdemokratischen Antrag große Bedenken und lehnen ihn ab, nicht weil darin das allgemeine, gleiche Wahlrecht verlangt, sondern weil darin das Wahlrecht für alle Personen über 20 Jahre gefordert wird. Wir wollen nicht über das Reichstagswahlrecht hinausgehen. Das Wahlrechtsalter von 25 Jahren ist die richtige Grenze. Anders ist es mit dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht, das auch wir fordern. Wenn wir unsern früheren diesbezüglichen Antrag diesmal nicht wiederholt haben, so mit Rücksicht auf die Fälle der sonstigen gesetzgeberischen Aufgaben. Wir behalten uns aber vor, mit unserm Antrage jederzeit wiederkommen. Wir treten auch für die Wahl am Sonntag ein.

Vizepräsident Fräßdorf (Soz.) weist zunächst an der Hand der Statistik der Regierung über die letzten Landtagswahlen die Ungerechtigkeit des heutigen Wahlsystems gegenüber der Arbeiterklasse nach. Die sozialdemokratische Partei würde bei dem allgemeinen, gleichen Wahlrecht die absolute Mehrheit in diesem Hause haben, sie würde 53 aller Sitze einnehmen. Und selbst bei dem heutigen Pluralwahlrecht würde die Sozialdemokratie bei Anwendung des Verhältniswahlsystems Anspruch auf 35 Sitze haben. Diese Zahlen wirken außerordentlich vergebend. Das ist nicht unsere Schuld, sondern Schuld derjenigen, die das jetzige Wahlgesetz geschaffen haben. Sie wollen uns unsere Wähler abspenstig machen. Nun, das gelingt Ihnen nicht mit Ihrem Wunsch nach einem Gesetz auf Befestigung des Koalitionsrechts, sondern nur, wenn Sie das Unrecht aus der Welt schaffen. Sie haben eben keinen Begriff über das Rechtsgefühl der Arbeiterklasse. (Beif. Sehr richtig! bei den Soz.) Wenn andre Verhältnisse eintreten, wird sich auch das Recht durchsetzen. Wir werden unsern Antrag weiter propagieren und dem Volke zeigen, wie es entrichtet ist. Die Regierung glänzt heute durch ihre Unwesenheit, sie zeigt damit, welche Gefühle sie den Volkswahlen entgegenbringt. Wir werden daraus die Konsequenzen ziehen und die Antwort zu gelegener Zeit erteilen. Das demonstrative Verlassen des Saales durch die Regierung bei Behandlung unsern Antrages ist eine Provokation der werktätigen Bevölkerung, die hier festgenagelt werden muß. (Bravo! bei den Soz.)

Was die Nationalliberalen für Freunde des Reichstagswahlrechts sind, wissen wir. Sobald es ihnen nicht mehr den gewünschten Erfolg bringt, dann verlassen sie. Herr Nischke hat vorhin dem Sinne nach gesagt: Die Liberalen würden liberaler sein, wenn die Sozialdemokratie nicht da wäre. Nun, einem solchen Liberalismus trauen wir nicht bis über die Straße. (Sehr richtig! bei den Soz.) Die Stellungnahme der konservativen Partei werden wir uns merken; bei den Wahlen soll sich die Wirkung zeigen. Der Abg. Günther hat sich gegen die Uebertragung des Wahlrechts an die Personen über 20 Jahre erklärt, dabei aber nicht daran gedacht, daß in der jenseitigen Kammer ein königlicher Prinz bereits von 18 Jahren an gesetzgebend mitwirken kann. (Sehr gut! bei den Soz.) Die Sozialdemokratie kann mit dem Ausgange der heutigen Debatten sehr zufrieden sein. Sie haben wohl hier über den Antrag zu entscheiden, aber auf das Urteil der Bevölkerung haben Sie keinen Einfluß. Redner beantragt, den Antrag zur weiteren Behandlung der Reichstagsdeputation zu überweisen.

Präsident Dr. Vogel teilt mit, daß ein Antrag Petter-Dähnel vorliegt, den Antrag in sofortiger Schlussberatung ohne Bestellung von Referenten und Korreferenten zu erledigen. — Dieser Antrag wird gegen die sozialdemokratischen und freisinnigen Stimmen angenommen.

Ueber die einzelnen Absätze des Antrages wird getrennt abgestimmt. Absatz 1 des Antrages Cassan wird mit den Stimmen aller bürgerlichen Parteien, Absatz 2 mit den Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen abgelehnt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.
Nächste Sitzung: Donnerstag, vormittags 11½ Uhr. Tagesordnung: Eisenbahnangelegenheiten.

Frühjahrs-Neuheiten!

Herren-Kleidung!



Anzüge, vorzüglicher Sitz, modernste Stoffe
25 27 30 32 35 38 40 45 50 Mk.

Knaben-Anzüge

Blusen-Fassons geschlossen	Blusen - Anzüge mit Matrosenkragen in blau und grau Chevot und engl. Dessins	Jackett - Anzüge ein- und zweireihig in Chevot und hochmodernen Dessins
1 bis 3 Jahr Mk. 5 ⁰⁰ bis 6 ⁰⁰	1 bis 3 Jahr Mk. 6 ⁰⁰ bis 7 ²⁵	1 bis 3 Jahr Mk. 5 ⁰⁰ bis 6 ⁵⁰
3 bis 7 Jahr Mk. 6 ⁵⁰ bis 8 ⁰⁰	3 bis 7 Jahr Mk. 7 ⁵⁰ bis 9 ⁰⁰	3 bis 7 Jahr Mk. 7 ⁰⁰ bis 10 ⁰⁰
8 bis 11 Jahr Mk. 9 ⁰⁰ bis 10 ⁰⁰	8 bis 11 Jahr Mk. 9 ⁵⁰ bis 12 ⁰⁰	8 bis 11 Jahr Mk. 10 ⁵⁰ bis 15 ⁰⁰

Herren-Paletots von 20 Mk. an Anzüge nach Maß.
Grosses Stofflager und Reste.

Anzüge für Jünglinge

Auf Rosshaar!	Mk. 15	Mk. 17	Mk. 20	Mk. 23	Mk. 24	Mk. 26	Mk. 27	Mk. 30	Mk. 32	Modernste Formen!
— Ersatz für Maßarbeit!										

K

onsumverein L.-Plagwitz u. Umgeg.
E. G. m. b. H.

